

Kodierbäume des Projekts „Neue Macht, neue Mächte – gute Gründe?“

Ulrich Roos und Charlotte Rungius

Der vorliegende Kodierbaum wird nach Diskurspositionen sortiert; D.h. zu jeder zur Analyse ausgewählten Diskurspositionierung wird zunächst ein getrennter Ast im Kodierbaum erstellt; Aufgrund seiner besonderen Prominenz im wissenschaftlichen Diskurs beginnt die Analyse mit dem NMNV-Papier. Schon jetzt stehen die Rede des Bundespräsidenten (Gauck), der Verteidigungsministerin (v.d.L) und des Außenministers (Steinmeier) als weitere Kandidaten fest.

Meine derzeitige Leitthese aufgrund der bisherigen Analyse der verschiedenen Sprechakte lautet, dass wir es mit einer konzertierten, geplanten Aktion einer Gruppe überzeugter „Transatlantiker“ innerhalb der größeren außenpolitischen Elite der Bundesrepublik zu tun haben. Ziel dieser Diskursoffensive ist die Korrektur des zuletzt unter AM Westerwelle eingeschlagenen Kurses der militärischen Zurückhaltung und der von mir an anderer Stelle als „multilateralism by demand“ bezeichneten Grundhaltung. Dieser multilateralism by demand zeichnete sich nicht durch ein genuines Bekenntnis zu multilateralem Handeln aus, sondern bezeichnete eine Haltung, in der über multilaterale Kooperationen von Fall zu Fall stets neu auf Grundlage der nationalen Interessen entschieden werden sollte. Hierbei sollte Deutschland potentiell mit allen Gestaltungsmächten gleichermaßen anschlussfähig operieren können. Die Diskursoffensive der Transatlantiker versucht m.E. nun eine Rückkehr in die bisherigen Bahnen deutscher Außenpolitik zu erreichen, zuvorderst eine Erneuerung der transatlantischen Beziehungen unter Führung der USA und einer größeren Bereitschaft Deutschlands, die bei der Stabilisierung der gemeinsamen Weltordnung anfallenden Kosten zu übernehmen. Es handelt sich also um ein Programm zur Erneuerung des Westens, zu Gunsten der US-amerikanischen Hegemonie, einer Stabilisierung der NATO, die Reklamation einer deutschen Führungsrolle in der EU, die sich als Juniorpartner des transatlantischen Bündnisses in den Dienst der gemeinsamen Sache stellt und sich an der Eindämmung der aufstrebenden neuen Weltmächte beteiligt.

Kodierbaum 1: Neue Macht Neue Verantwortung

Quellen:

Stiftung Wissenschaft und Politik / German Marshall Fund of the United States 2013: Neue Macht - Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch, Berlin.

Sequenzen:

Titel: „Neue Macht – Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch“ (NMNV: Titelblatt; Seq. 1)

„Die erklärten Feinde von früher sind vielfältigen, diffusen Sicherheitsrisiken gewichen. Aufsteigende Mächte fordern mehr Teilhabe. Die internationale Nachkriegsordnung wankt, aber eine neue ist nicht in Sicht.“ (NMNV: 2; Seq. 2)

„Die Vereinten Nationen, die NATO und die Europäische Union befinden sich im Umbruch...Die unübersichtliche neue Lage und die Lockerung tradierter Bindungen bedeutet aber auch keinen Freifahrtschein für deutsche Alleingänge in der Welt. Denn Deutschland hat – das ist das Paradoxon deutscher Außenpolitik nach der Wiedervereinigung – seine formale völkerrechtliche Bindungsfreiheit zurück erhalten zu einer Zeit, in der kaum eine Aufgabe der Außenpolitik mehr im nationalen Alleingang gelöst werden kann.“ (NMNV:2, Seq. 3)

„Deutschland war noch nie so wohlhabend, so sicher und so frei wie heute.“ (NMNV: 2, Seq. 4)

„Viele seiner Bürger sind europäisch integriert und weltweit vernetzt, seine Unternehmen operieren auf allen Kontinenten. Deutschland profitiert wie kaum ein anderes Land von der Globalisierung und der friedlichen, offenen und freien Weltordnung, die sie möglich macht.“ (NMNV: 2f; Seq. 5)

„Diese neue Abhängigkeit und ihre Folgen werden besonders deutlich in der Sicherheitspolitik. Staaten sind nach wie vor die Hauptakteure der Weltpolitik; Macht, Konkurrenz und Geografie bleiben bestimmende Faktoren der internationalen Beziehungen. Die traditionellen Bedrohungen und Gefahren – Krieg, Proliferation von Massenvernichtungswaffen – sind weiterhin aktuell. Die Globalisierung hat jedoch die Privatisierung und Individualisierung der Gewalt – etwa in Form von Terrorismus und organisierter Kriminalität – beschleunigt. Sie hat zudem ein breites Spektrum grenzüberschreitender Risikofaktoren hinzugefügt, die oft gehäuft auftreten, sich gegenseitig verstärken, und gegen die staatliche Hoheitsgewalt nur wenig auszurichten vermag: Klimawandel, demografische Entwicklung, unkontrollierte Migration, Ressourcen- und Nahrungsmittelknappheit, Pandemien, schwache und versagende Staaten. Damit ist neben der Gefahrenabwehr das Risikomanagement zum neuen Paradigma der Sicherheitspolitik geworden.“ (NMNV: 4; Seq. 6)

„Dem Westen und seiner auf Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Demokratie beruhenden Legitimität ist kein Gegenpol mit ähnlich universaler Strahlkraft erwachsen“ (NMNV:5, Seq. 7);

„Doch die USA signalisieren – im Bewusstsein geschrumpfter materieller Ressourcen – deutlich, dass Amerikas Engagement in der Welt künftig selektiver und sein Anspruch an Partner entsprechend höher wird. Vor allem für Europa und Deutschland bedeutet dies einen großen Zuwachs an Aufgaben und Verantwortung“ (NMNV: 5, Seq. 8);

„Gleichzeitig fordern aufstrebende Mächte eine angemessenere Vertretung in internationalen Institutionen. Manche stellen auch deren normative Grundlagen oder gar ihre Legitimität insgesamt in Frage. Aber sie tun dies nur selten in Verbindung mit dem Angebot eines Gegenentwurfs; oft sind

Kommentar [UR1]: Neben der zentralen These vom Zusammenhang von Macht und Verantwortung, deren genauen Gehalt es noch zu rekonstruieren gilt, überrascht der Subtitel durch die Sequenz „für eine Welt im Umbruch“. Es könnte ja auch heißen: „Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik in einer Welt des Umbruchs“. Diese Möglichkeit hätte mich sogar weit weniger stark überrascht. Grundsätzlich ist also davon auszugehen, dass hier, wenn schon nicht die vollständige Strategie, zumindest wesentliche Elemente einer politischen ...

Kommentar [UR2]: Die Verfasser gehen davon aus, dass sich die gegenwärtige Situation durch eine wesentlich größere Unübersichtlichkeit auszeichnet, als z.B. die Zeit des Ost-West-Konflikts. Es wird behauptet, sog. „aufsteigende Mächte“ würden mehr „Teilhabe“ fordern und dies wird in eine ...

Kommentar [UR3]: Aus dieser Sequenz lässt sich die These von einer Krise „des Westens“ ableiten sowie die Sequenz mit Blick auf die Lockerung „tradierter Bindungen“ und die neu gewonnene „Bindungsfreiheit“ können nur so gelesen werden, dass die Autoren davon ausgehen, dass Deutschland seine ...

Kommentar [UR4]: Aus dieser ersten Sequenz des Fließtexts der Einführung geht der besondere Stellenwert dreier Wertebezüge hervor: Wohlstand, Sicherheit und Freiheit. Aufgrund bestehender Vorurteile formuliere ich diesbezüglich die These, dass Wohlstand das zentralste Ziel ist, ...

Kommentar [UR5]: These: Die Verfasser gehen – trotz aller transnationaler Finanz- und Kapitalströme – vom Fortbestand genuin nationaler Unternehmen aus, deren Förderung im Rahmen einer klugen Außenwirtschaftspolitik der Staatszielbestimmung der ...

Kommentar [UR6]: In dieser Sequenz wird die Individualisierung zum Problem. Einzelne Personen gewinnen durch Globalisierung ungeahnte Möglichkeiten und Machtpotentiale, die durch Terroristen oder Kriminelle ausgenutzt werden können. Die Freiheit der Individuen wird so zum Sicherheitsrisiko. Die Ursachen für ...

Kommentar [UR7]: Die Sequenz gibt Aufschluss darüber, dass die Verfasser des Papiers vom Fortbestand „des Westens“ ausgehen und diesem die größte universale Strahlkraft aller existierender Pole der Weltpolitik zuschreiben. D.h. aber auch, dass die Welt im Sinne neorealisticer Ansätze als von Polarität ...

Kommentar [UR8]: Diese Sequenz nimmt das neorealistiche Motiv des relativen Machtverlustes der USA im Vergleich zu anderen Mächten (Europa und Deutschland) auf. ...

sie nur Störer, nicht Gegenpol. Die Staaten des Westens umgehen selbst angesichts von anhaltendem Dissens und Blockaden immer öfter die bewährten multilateralen Institutionen und greifen stattdessen zu „Koalitionen der Willigen“ oder informellen Formaten, um Krisen zu bewältigen und Probleme zu lösen“ (NMVN: 5; Seq. 9);

„Deutschlands Bekenntnis zu Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und rechtsstaatlicher Ordnung sowie zu einer auf universale Normen gestützten internationalen Ordnung bleibt gültig, ebenso wie die Einbindung der deutschen Außenpolitik in Vereinte Nationen, Europäische Union und atlantisches Bündnis. Vor dem Hintergrund seines veränderten strategischen Umfelds müssen zu dieser Definition deutscher Staatsziele jedoch neue Elemente hinzutreten. Deutschland mit seiner freien und offenen Bürgergesellschaft lebt wie kaum ein anderes Land von der Globalisierung. Seine gegenwärtige Stärke beruht wesentlich auf seiner Fähigkeit zu Reformen, die seine Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit erhalten haben – aber noch mehr auf seinem Erfolg als Handels- und Exportnation. Es ist existentiell abhängig vom Austausch (von Menschen, Gütern, Ressourcen, Ideen und Daten) mit anderen Gesellschaften. Deutschland braucht also die Nachfrage aus anderen Märkten sowie den Zugang zu internationalen Handelswegen und Rohstoffen. Mehr noch aber braucht es das stabile und vitale globale Umfeld, das diese Freiheiten erst möglich macht: ein starkes Europa, und eine liberale, normengestützte Weltordnung mit freien, offenen Staaten und Gesellschaften. Deutschlands überragendes strategisches Ziel muss es daher sein, diese Weltordnung zu erhalten, zu schützen und weiter zu entwickeln.“ (NMNV: 5f, Seq. 10);

„Gleichzeitig unterhält Deutschland allerdings auch strategisch wichtige Beziehungen zu Staaten, die zwar hohe Wachstumsraten und Renditen versprechen aber bisher wenig Neigung zeigen, sich das westliche Staats- und Gesellschaftsmodell zum Vorbild zu nehmen. Aus diesem Spannungsverhältnis folgt indes keineswegs, dass Deutschland im Zeichen einer neuen „Realpolitik“ zwischen seiner tradierten normativen und multilateralen Ausrichtung und einer geoökonomisch orientierten Außenpolitik zu wählen hat, oder dass es sich gar – noch deutlicher gesagt – zwischen seinen Werten und seinen Interessen entscheiden muss. Richtig ist, dass Zielkonflikte zwischen deutschen Werten und Interessen, gerade im Verkehr mit autoritären Staaten, kurzfristig oft unvermeidbar sind und im konkreten Einzelfall ausbalanciert werden müssen. In der langfristigen Perspektive aber ist Werteorientierung für eine westliche Demokratie ein existentielles Interesse“ (NMNV:6, Seq. 11);

„Wenn Deutschland als außenpolitischer Akteur nicht nur erfolgreich, sondern auch glaubwürdig sein will, muss es die Werte, die es zuhause pflegt, auch in seiner Außenpolitik verfolgen“ (NMNV: 6; Seq. 12);

„Politik und Öffentlichkeit müssen sich darauf einstellen, dass eine größere deutsche Rolle auf globaler Ebene mit einem höheren Aufwand an Ressourcen verbunden sein wird. Dabei sollte nicht unterschätzt werden, dass die politische Kontrolle deutscher Außenpolitik mit einer exponierteren Rolle schwieriger wird. Das kann Legitimationsprobleme im Inneren verschärfen. Eine aktivere deutsche Außenpolitik verlangt auch eine angemessene Begleitung und Kontrolle durch die Legislative. Dafür sollten nicht zuletzt die personellen und finanziellen Ressourcen des Parlaments gestärkt werden“ (NMNV:8; Seq. 13);

„Die größte aller außenpolitischen Aufgaben – die Erneuerung, Anpassung und Neugestaltung der internationalen Ordnung – ist von keinem Staat dieser Erde allein zu leisten. Bisher hat Deutschland jedoch, zumindest im Verhältnis zu seiner Wirtschaftskraft, seinem geopolitischen Gewicht und

Kommentar [UR9]: Abduktion: Die Krise der Global Governance sollte als Krise der demokratischen Idee und demokratischer Institutionen in den einzelnen Staaten begriffen werden (die in der Gesamtschau ein Muster der systemweiten Krise der Demokratie ergeben, bei gleichzeitiger Mobilisierung der Entmachteten durch neue Formen ziviler Organisation, Machtprojektion und Interessenvertretung). Die Entmachtung von Bevölkerungen, die Entkopplung der Regierenden von Wiederwahlinteressen (Putin), die Unterminierung der Unabhängigkeit der Richter, alles das führt zu staatlichen Außenpolitiken, die nicht dem Interesse der universellen Vernunft entsprechen, sondern den Partikularinteressen weniger Mächtiger, die den Staat für ihre Zwecke missbrauchen.

Kommentar [UR10]: Die aufgezählten Werte „Freiheit“, „Menschenwürde“, „Demokratie“, „rechtsstaatliche Ordnung“, „universale Normen und internationale Ordnung“ sowie multilaterale Einbindung als Staatsziele zu beschreiben, erscheint rätselhaft. Dies würde ja nur Sinn machen, wenn die Verwirklichung dieser Werte noch nicht erreicht sei und erst noch zukünftig errungen werden müsste. In aller Regel werden diese Werte nicht als Staatsziele, sondern als Normen verstanden, die über die gangbaren Wege deutscher Außenpolitik und deren

Kommentar [UR11]: Aufgrund der in Anlehnung an Sequenz 10 gebildeten These vom dialektischen Verhältnis von Wohlstand und Sicherheit lässt sich auch diese Sequenz aufschließen. Zwischen Werten und Interessen besteht natürlich aus der neo-klassischen Perspektive kein Widerspruch, da ja die im Zuge der Interessenpolitik erworbene ökonomische Stärke erst für die Sicherheit der „westlichen“ Werte sorgt. Das ist in sich konsistent. Umso erstaunlicher ist, dass noch in derselben Sequenz dann doch eingeräumt wird, dass Zielkonflikte

Kommentar [UR12]: Weiterer Indikator für den besonderen Stellenwert von Glaubwürdigkeit. Glaubwürdigkeit war im Diskurs bis 2008 kein zentrale Thema. Hier ist offensichtlich eine erstaunliche Aufwertung erfolgt.

Kommentar [UR13]: Besonders auffällig ist die Sequenz: „Dies kann Legitimationsprobleme im Inneren verschärfen“. Daran sind gleich zwei Eigenschaften bemerkenswert: Zunächst wird das Thema Legitimation und zwar durch den Begriff der „Legitimationsprobleme“ unmittelbar aufgegriffen, ein erneuter Hinweis darauf – wie bereits in K104 zum Glaubwürdigkeitsbegriff ausgeführt, dass deutsche Außenpolitik sich in einer Krise befindet. Die Autoren setzen das Vorhandensein von

seinem internationalen Ansehen, eher selektiv und zögerlich Gestaltungsangebote gemacht oder Initiativen ergriffen“ (NMNV: 9, Seq. 14);

„So ist die Fähigkeit des Westens geschrumpft, Impulse zu setzen und Koalitionen zu bilden. Auf globaler Ebene ist so ein Führungsvakuum entstanden“ (NMNV: 13; Seq. 15)

„Und er (der Trend hin zur Entwicklung des Südens, Anm. UR) hat zum Aufstieg von Schwellenländern geführt, die sich neben den etablierten Mächten des „Westens“ als neue Kraftzentren etabliert haben. Deutschland hat dies unter dem Gesichtspunkt der Armutsbekämpfung sowie der globalen Lastenteilung seit Jahrzehnten befürwortet und vorangetrieben. Deutschland hat außerdem erheblich von dieser Entwicklung profitiert: Es hat die aufsteigenden Nationen als neue Export- und Investitionsmärkte erschlossen und damit hohe Gewinne erzielt. Nicht zuletzt darauf fußt Deutschlands heutige Kraft und sein gewachsener Einfluss“ (NMNV: 13, Seq. 16);

„Der Aufstieg dieser neuen Mächte stellt aber auch eine fundamentale Herausforderung dar: für den Westen, für Europa – und vor allem für Deutschland, das seine Beziehungen zu vielen dieser Staaten als „strategische Partnerschaften“ deklariert hat. Die neuen Mächte fordern eine ihrem gewachsenen Gewicht entsprechende Teilhabe an den bestehenden Institutionen der internationalen Ordnung und machen damit Deutschland und anderen Staaten des Westens ihre bisher dominante Rolle in diesen Foren streitig“ (NMNV: 13; Seq. 17);

„Die Staaten des Westens haben ebenfalls dazu beigetragen, das geltende globale Normen- und Institutionengefüge zu schwächen: sei es durch Inkonsistenz oder doppelte Standards; sei es durch Handelsdiskriminierungen oder gar durch nicht ausreichend legitimierte Anwendungen militärischer Gewalt; durch das Ausweichen auf informelle „Koalitionen der Willigen“ und ad hoc-Formate wie die G-20 oder einfach nur dadurch, dass es ihnen noch immer nicht gelungen ist, die internationale Ordnung den neuen Herausforderungen entsprechend anzupassen“ (NMNV: 13, Seq. 18);

„Eine deutsche Rolle bei der Fortentwicklung der internationalen Ordnung muss sich an den Grundwerten von Menschenwürde, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und gutem Regieren, demokratischer Partizipation, globaler sozialer Marktwirtschaft, nachhaltiger Entwicklung, Frieden und menschlicher Sicherheit orientieren“ (NMNV: 14, Seq. 19);

„Da aber wo Störer die internationale Ordnung in Frage stellen; wo sie internationale Grundnormen (etwa das Völkermordverbot oder das Verbot der Anwendung von Massenvernichtungswaffen) verletzen; wo sie Herrschaftsansprüche über Gemeinschaftsräume oder die kritische Infrastruktur der Globalisierung geltend machen oder gar diese angreifen; wo mit anderen Worten Kompromissangebote oder Streitschlichtung vergeblich sind: Da muss Deutschland bereit und imstande sein, zum Schutz dieser Güter, Normen und Gemeinschaftsinteressen im Rahmen völkerrechtsgemäßer kollektiver Maßnahmen auch militärische Gewalt anzuwenden oder zumindest glaubwürdig damit drohen zu können“ (NMNV: 17; Seq. 20);

Kommentar [UR14]: Diese Sequenz kann als weiterer Indikator für die bereits rekonstruierten Motive „burden sharing mit den USA“ und grundlegendes Interesse am Erhalt der westlich dominierten Weltordnung dienen. Burden Sharing stellt eines der zentralen, wenn nicht DAS zentrale Motiv des Papiers dar: Wenn das Gestaltungsmächtigkeitskonzept der Bundesregierung auch als Versuch gelesen werden kann, China et al. zu mehr Verantwortungsübernahme (burden sharing) bezüglich des Erhalts der internationalen Ordnung zu bewegen (evtl. auch, um die Dynamik der sich derzeit einstellenden relative gains Chinas und anderer Schwellenländer zu verlangsamen), dann stellt NMNV unter anderem den Versuch deutscher transatlantischer Zirkel dar, dasselbe für ...

Kommentar [UR15]: Zunächst wird der Fortbestand des Westens als analytische Kategorie reproduziert, genauso wie das diesbezügliche Krisennarrativ. Das Konzept des Führungsvakuums ist hingegen neu und insofern spannend, da die Verfasser des Papiers ja einerseits dem Westen schwindende Gestaltungskapazitäten ...

Kommentar [UR16]: Die Schwellenländer haben ihren Aufstieg u.a. der jahrzehntelangen Unterstützung Deutschlands zu verdanken, so heißt es hier. Jedenfalls wird die These vertreten, dass die Kooperation mit den aufstrebenden Schwellenländern eine wichtige Quelle der neugewonnenen deutschen Kraft darstellt.

Kommentar [UR17]: Weiterer Indikator für das Konzept der aufstrebenden Mächte als Herausforderer (Herausforderung).

Kommentar [UR18]: Die Autoren des Strategiepapiers formulieren hier erstmals eine ernsthafte Kritik an charakteristischen Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte. Leider bleibt diese Sequenz eine besondere Ausnahme, da im weiteren Verlauf die Kritik am Bestehenden kaum formuliert wird. Einige der dort angesprochenen Phänomene, besonders die Idee der ...

Kommentar [UR19]: Wenn deutsche Außenpolitik sich an diesen Wertebezügen orientieren „muss“, dann „muss“ sich auch die hier vorgelegte Politikempfehlung der 40 Experten an diesen selbst formulierten Wertebezügen messen lassen. Schon jetzt neige ich dazu, eine Inkonsistenz zwischen der Hervorhebung dieses hehren Wertekanons und der grundlegenden ...

Kommentar [UR20]: Diese Sequenz bezieht Position zum fortwährenden Ringen um die Ziele und Wege deutscher Sicherheitspolitik und der daran gebundenen Gretchenfrage, welche Einsätze der Bundeswehr vom Souverän, dem deutschen Volk durch seine gewählten Vertreter bewilligt werden. Das Papier nimmt hierzu klar Stellung und dehnt da ...

„Deutschland hat als überdurchschnittlich globalisiertes Land ein vitales Interesse am Erfolg der europäischen Integration – von der es profitiert hat wie kaum ein anderer Mitgliedstaat“ (NMNV: 20; Seq. 21);

„Die Überwindung der Krise ist außerdem Voraussetzung dafür, dass Deutschland andere strategische Ziele erreicht: ohne wirtschaftliche Gesundung und Stabilisierung der Eurozone kein langfristiger Wachstumspfad für die Bundesrepublik; ohne Überwindung der Krise keine europäische Hebelkraft für Deutschlands globale Ordnungsideen“ (NMNV: 20; Seq. 22);

„Die internationale Ordnung muss folglich dem Aufstieg neuer Mächte besser Rechnung tragen als bisher. Die neuen Spieler müssen aber auch angehalten werden, selbst mehr Verantwortung bei der Bewältigung globaler Probleme zu übernehmen; und wo sie als Störer auftreten, müssen sie entweder eingebunden oder eingehegt werden. Bei alledem darf deutsche Außenpolitik sich nicht nur auf die Ebene der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit beschränken, sondern muss auch die Zivilgesellschaften mit einbeziehen. Alles dies kann Deutschland nur im Verbund mit gleichgesinnten Mittstreitern bewirken“ (NMNV: 30; Seq. 23);

„Andererseits befindet auch Deutschland sich in einer neuen Lage – weil es inzwischen selbst in der Liga der globalen Akteure mitspielt. Das war früher anders. Der Schwerpunkt deutscher Außenpolitik lag vor der Einheit weitgehend auf der Ost-West-Achse; in den Beziehungen zum globalen Süden ging es vor allem um Entwicklungspolitik sowie Anerkennung und Unterstützung in den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen. Der Bonner Republik fehlten sowohl das Gewicht als auch die Freiheit für eigenständige Politik gegenüber Partnern außerhalb des europäischen und transatlantischen Rahmens. Deutschlands gewachsene Kraft verleiht ihm heute neue Einflussmöglichkeiten. Auch das ist Anlass für eine Neuvermessung seiner internationalen Beziehungen“ (NMNV: 30, Seq. 24);

„Strategische Bedeutung für Deutschland kommt vor allem solchen Staaten zu, deren Entscheidungen und innere Entwicklungen gewichtige Auswirkungen auf deutsche Interessen und die internationale Ordnung insgesamt haben. Klassische Kriterien dafür sind militärische Macht, wirtschaftliches Gewicht, Bevölkerung, Ressourcen, Kapital und geografische Lage. Außenpolitisch relevant sind diese Staaten aber nur dann, wenn sie außerdem über Handlungs- und Gestaltungsmacht verfügen – also die Fähigkeit und den Willen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder religiösen Einfluss bilateral gegenüber dritten Staaten, in multilateralen Formaten oder auf einem strategischen Markt auszuüben“ (NMNV: 30; Seq. 25);

ANALYSE DES SCHAUBILDS (NMNV: 31, Seq. 26);

„Bewährte Partner und gleichgesinnte Mittstreiter: Die Leitlinien der deutschen Nachkriegsaußenpolitik – Westbindung, Aussöhnung, europäische Integration und effektiver Multilateralismus – sind nach wie vor gültig als Rahmen für die Wahrnehmung deutscher Werte und Interessen. Bei den meisten zentralen Themen – Frieden und Sicherheit, regelbasierte globale Ordnung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, funktionierende Märkte, Energie- und Rohstoffsicherheit, Umwelt- und Klimaschutz, menschliche Entwicklung – zeigt ein Vergleich der

Kommentar [UR21]: These: Die Verfasser gehen davon aus, dass Deutschland in ganz besonderer Weise von der europäischen Integration profitiert.

Kommentar [UR22]: Die Sequenz bestätigt erneut die These von der besonderen Bedeutung der EU für die Macht Deutschlands. Die Stabilisierung der Eurozone gilt hier als unverzichtbare Voraussetzung für deutsches Wachstum. Das Konzept der „Hebelkraft“ zeigt, dass die Verfasser des Papiers die These vertreten, dass die EU ein Hebel zur Durchsetzung deutscher Weltordnungsideen darstellt.

Diese Überzeugung konnte ich ja bereits in meiner Dissertation eingehend rekonstruieren.

Kommentar [UR23]: Die Verfasser vertreten die These, dass der Aufstieg neuer Mächte eine Anpassung der internationalen Ordnung notwendig mache. Obgleich hier zuvorderst die Schwellenländer angesprochen sind, sprechen die Verfasser hier auch für Deutschland selbst (vgl. z.B. die Forderung nach einer Beteiligung Deutschlands im UN-Sicherheitsrat). Dies lässt sich aufgrund der bisher rekonstruierten Überzeugungen mit Blick auf die neue Macht Deutschlands plausibilisieren. These: Die Verfasser fordern eine führende Rolle Deutschlands in einer reformierten internationalen Ordnung.

Die Sequenz bezüglich der gleichgesinnten Mitsstreiter legt offen, dass Deutschland nicht als Staat begriffen wird, der sich den USA anschließt und von diesen führen lässt, sondern in seinen Entscheidungen ...

Kommentar [UR24]: Die Sequenz betont, dass Deutschland erst nach der Vereinigung seine Freiheit als souveräner Staat wiedergewonnen hat und inzwischen als neuer „Spieler“ eine eigenständige (!) weltpolitische Positionierung vornimmt. These: Die Verfasser gehen davon aus, dass Deutschland inzwischen ein eigenständiger „Spieler“ auf der Weltbühne ist.

Kommentar [UR25]: Die erwähnten „klassischen Kriterien“ zur Bestimmung mächtiger Staaten geben einmal mehr Zeugnis für die Dominanz (neo-)realistischer Theoriegehalte. Die Unterscheidung von Fähigkeiten und Gestaltungswillen ist neoklassischen Theorien entlehnt.

Kommentar [UR26]: Besonders stechen die Begrifflichkeiten „Mittstreiter“, „Herausforderer“ und „Störer“ ins Auge. Daneben verblüfft, mit welcher Offenheit einzelne Staaten ganz konkret diesen drei Kategorien zugeordnet und entlang ihrer machtpolitischen Relevanz und wertebezogenen Konvergenz bewertet werden. Spannend ist dabei, dass die EU-Staaten nicht jeweils separat, sondern die EU als ...

deutschen Positionen mit denen bewährter europäischer und transatlantischer Partner weitgehende Übereinstimmung, trotz Abweichungen im Einzelfall“ (NMNV: 32, Seq. 27);

„Der Kreis dieser engen Partner mit Gewicht und Gestaltungsmacht geht dabei über den „Westen“ hinaus und umfasst in konzentrischen Ringen neben den EU-Mitgliedern (unentbehrliche Partner) und den NATO-Verbündeten USA, Kanada, Türkei (Schlüsselpartner) auch Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland, Mexiko und Israel (wichtige Partner). Die Pflege dieser bewährten Partnerschaften und eine Vertiefung bilateraler Beziehungen zu anderen gleichgesinnten Mitstreitern sollten für die deutsche Außenpolitik Vorrang haben, denn sie sind Kräfteverstärker: Sie erweitern den Spielraum, die Reichweite und die Legitimität deutscher Gestaltungskraft. Dies gilt insbesondere im Verhältnis zu den aufstrebenden Mächten in der Welt“ (NMNV: 32, Seq. 28);

„Deshalb wird es in Deutschlands Beziehungen zu den neuen wirtschaftlichen und politischen Kraftzentren der Welt unweigerlich auch zu Konkurrenz und Konflikten kommen: um Einfluss, um den Zugang zu Ressourcen aber auch um die Architektur der internationalen Ordnung sowie um die Geltung der Normen, die ihr zugrunde liegen. Deutschlands Interesse ist es, dass diese Konkurrenz und Konflikte in friedlichen Bahnen gelenkt werden. Dazu bedarf es einer Anpassung der internationalen Ordnung, die noch immer die Mächteverteilung der Nachkriegszeit widerspiegelt. Die neuen Mächte müssen dort angemessen repräsentiert werden – auch, um eine (in Ansätzen bereits sichtbare) neue Blockbildung zu verhindern. Manche Herausfordererstaaten könnten in diesem Prozess zu echten Partnern für Deutschland werden; vorstellbar ist aber auch, dass manche sich für die Konfrontation entscheiden. Hier wird Deutschland – in Zusammenarbeit mit anderen Gleichgesinnten – Einbindung und Einhegung kombinieren müssen“ (NMNV: 33, Seq. 29);

„Störer: Sowohl starke und funktionsfähige als auch fragile oder zerfallende Staaten können Störer der internationalen Ordnung sein. Iran und Nordkorea (sowie, mit deutlich geringerer Bedeutung, Venezuela oder Kuba) fallen in die erste Kategorie; zur letzteren gehören Staaten wie Syrien, Somalia, Afghanistan oder Mali. Ihr Störpotenzial kann sich aus dem Besitz oder der Weitergabe von Massenvernichtungswaffen ergeben; aus der Förderung oder Beherbergung von Terroristen; aus ihrer Lage (etwa an einer strategischen Transportroute oder einer Meerenge); oder auch aus inneren Konflikten, die in ihre Nachbarschaft hineinwirken – und nicht selten darüber hinaus. In der globalisierten Welt von heute kann so aus einem lokalen Problem schnell ein regionales oder internationales werden. Die Interessen (und die Werte) eines weltweit vernetzten Landes wie Deutschland können daher selbst durch einen kleinen oder weit entfernten Störer empfindlich beeinträchtigt werden“ (NMNV: 33, Seq. 30);

„Bei aller neuen Stärke tut Deutschland gut daran, sich bei den großen Fragen der Neugestaltung der internationalen Ordnung weiter grundsätzlich an die multilaterale Zusammenarbeit mit bewährten Partnern und anderen gleichgesinnten Mitstreitern zu halten. Diesen gegenüber verlässlich und berechenbar zu bleiben und langfristige Partnerschaften zu pflegen, bleibt für Deutschland eine kluge Strategie“ (NMNV: 33, Seq. 31);

„Und Mächten wie China oder Russland gelingt es nur allzu leicht, die Konkurrenz westlicher Staaten untereinander zu nutzen und so einen Keil in die EU oder das transatlantische Verhältnis zu treiben“ (NMNV: 34, Seq. 32);

„Zwei Schlüsselfragen prägen dagegen Deutschlands strategische Beziehungen zu den Herausforderern und Störern: Welche Instrumente sollte deutsche Außenpolitik im Umgang mit

Kommentar [UR27]: Neben die an anderer Stelle bereits rekonstruierten Werte deutscher Außenpolitik werden hier nun „zentrale Themen“ gestellt, die sich teilweise mit Ersteren überschneiden. Dabei ist abermals zu beobachten, dass nicht erklärt wird, warum es sich hierbei um „zentrale Themen“ handelt. Die Zentralität dieser Themen erscheint den Verfassern selbstverständlich zu sein. Dies unterstützt die Plausibilität des bereits rekonstruierten Selbstverständlichkeitskonzepts zusätzlich. Unter den als „zentral“ ausgewiesenen Themen fällt die Kopplung von „Frieden und Sicherheit“ besonders ins Auge. Die ...

Kommentar [UR28]: Die Sequenz informiert zunächst einmal darüber, dass die Verfasser die USA nicht als unverzichtbaren, sondern nur als Schlüsselpartner, auf einer Stufe mit Kanada und der Türkei stehend, betrachten. Dies unterstreicht die bereits etablierte These, dass die Verfasser Deutschland und die USA zwar grundsätzlich als Partner begreifen, die jedoch voneinander ...

Kommentar [UR29]: Die Herausfordererstaaten zeichnen sich durch ein ernstzunehmendes politisches Kapital aus, sie sind wichtige „Spieler“ der Weltpolitik. Die Verfasser gehen davon aus, dass aufgrund der im System herrschenden Konkurrenz um Einfluss, Ressourcen, Ordnungsvorstellungen und Regeln einige Herausforderer zu Gegnern werden, andere hingegen zu langfristigen Partnern ...

Kommentar [UR30]: In dieser Sequenz nehmen sich die Autoren die Klärung der Störer-Metapher vor. Störer zeichnen sich dadurch aus, dass Sie die internationale Ordnung als heilige Institution in ihrer Funktionalität stören oder in ihrem Erhalt gefährden. Störer sind entweder irrationale, ideologisch verblendete Staaten, die die Heiligkeit der westlichen Ordnung und ihrer Werte nicht anerkennen wollen, oder aber Staaten, die so schwach ...

Kommentar [UR31]: Die Sequenz dient als weiterer Beleg für die Selbstbeschreibung „neuer Stärke“ (K101B), die besondere Bedeutung von Glaubwürdigkeit (K104), die Kopplung von Vertrauen und Multilateralismus (K105) und ergänzt und bestätigt die bisherige Lesart von K107 „Kein genuines Bekenntnis zum Multilateralismus“. Die Verfasser nehmen zwar das Motiv der kontinuierlichen Orientierung am ...

Kommentar [UR32]: Diese Sequenz muss als wichtiger Beleg für das Konzept des permanenten Konkurrenzverhältnisses aller Staaten – auch der des westlichen Lagers – gelesen werden. Darüber hinaus gelangt darin zum Ausdruck, dass Russland und China immer größeren Einfluss auf die Beziehungen der westlichen Mitstreiter nehmen können und in immer mehr Fällen nicht weniger als einen „Keil“ in diese Beziehungen zu treiben vermögen. ...

ihnen einsetzen, um das Ziel einer friedlichen und regelbasierten internationalen Ordnung zu verfolgen? Und welchen Preis ist deutsche Außenpolitik bereit, im Falle von Zielkonflikten für dieses übergeordnete Ziel zu zahlen?“ (NMNV: 34, Seq. 33);

„Das Spannungsverhältnis zwischen dem ordnungspolitischen Interesse an einer friedlichen Neugestaltung der internationalen Ordnung einerseits und dem Interesse an bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit hohen Wachstumsraten, Renditen und Zugang zu wichtigen Ressourcen andererseits tritt besonders scharf hervor im Verhältnis zu Staaten, die wirtschaftlich und politisch stark genug sind, um selbst die Bedingungen der bilateralen Beziehungen zu diktieren. Wenn es sich darüber hinaus um autokratische Staaten handelt, kann die Geschäftsbeziehung auch an Deutschlands Wertebindung – an Menschenwürde, bürgerlichen Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und Partizipation – rühren. Solche Wirtschaftsbeziehungen können durchaus selbst eine Ertüchtigungswirkung zeitigen – indem sie das Land stärker in das Regelgeflecht der internationalen Ordnung einbinden, Anreize für konstruktives Verhalten schaffen und vielleicht sogar den gesellschaftlichen Wandel im Land selbst fördern. Möglich ist aber auch, dass sie vor allem dazu beitragen, das Regime selbst zu stabilisieren, oder ihm gar neue Druckmittel gegenüber der eigenen Zivilgesellschaft in die Hand geben. Solche Zielkonflikte sind weder vermeidbar noch leicht aufzulösen. Umgekehrt – und anders, als manchmal behauptet wird – zwingen sie deutsche Außenpolitik keineswegs, sich zwischen ihrer tradierten normativen und multilateralen Ausrichtung und einer eher geoökonomisch orientierten Außenpolitik zu entscheiden“ (NMNV: 35, Seq. 34);

„Trotzdem lassen sich Leitlinien formulieren, wie mit solchen Zielkonflikten umzugehen ist – und rote Linien, über die sich deutsche Außenpolitik nicht hinwegsetzen kann, ohne Schaden zu nehmen. Erstens...Fünftens: Bei der Abwägung zwischen bilateralem Geschäft und ordnungspolitischem Interesse sind auch die Kosten des Geschäfts zu berücksichtigen. Wenn zu befürchten ist, dass multilaterale Verhandlungen oder Institutionen Schaden nehmen, nehmen auch deutsche langfristige Interessen Schaden. Sechstens: Gerade im Umgang mit autokratischen Regimen sind Ziel, Mittel, Kosten und die Vereinbarkeit mit deutschen Werten besonders sorgfältig zu prüfen. Das gilt insbesondere für Rüstungsexporte oder Polizeizusammenarbeit – zumal, wenn zu befürchten ist, dass die vermittelten Güter oder Fähigkeiten von einer Regierung gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden können“ (NMNV: 35, Seq. 35);

„Wenn Deutschland seine neuen Möglichkeiten im Verbund mit Mitstreitern und Verbündeten nutzt, kann es zu Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand in der Welt beitragen und auf einigen Gebieten sogar eine Führungsrolle einnehmen“ (NMNV: 36, Seq. 36);

„Deutschlands Bürger genießen eine Phase lange nicht gekannter Sicherheit. Ihr Land lebt in Frieden mit seinen Nachbarn in Europa und ist Mitglied des stärksten Militärbündnisses der Welt. Die Erweiterung von EU und NATO hat einen schützenden Ring stabiler Demokratien um Deutschland gelegt. Aber das heißt nicht, dass der Schutz der individuellen, gesellschaftlichen und staatlichen Sicherheit in Deutschland nur noch eine Frage der inneren Sicherheit ist. Denn die Welt bleibt voller Ungewissheit und Gefahren. Für einen globalisierten Staat wie Deutschland heißt das: Die Sicherheit der Welt und deutsche Sicherheit sind untrennbar miteinander verknüpft“ (NMNV: 38, Seq. 37);

„Deutschland Offenheit und Verflechtung in weltweite Handels-, Transport- und Kommunikationsnetzwerke wirkt sich dabei in doppelter Weise auf seine Sicherheit aus. Sie machen Deutschland anfällig und verwundbar für alles, was diese Netzwerke stört. Gleichzeitig gilt aber auch: Abschottung wäre keine realistische Option, denn das hieße, den eigenen Lebensnerv zu kappen.

Kommentar [UR33]: In dieser Sequenz werden „Frieden“ und eine „regelbasierte internationale Ordnung“ als wichtigste Ziele deutscher Außenpolitik hervorgehoben. Diese Ziele können mit anderen wichtigen Zielen, wie zum Beispiel Wachstum und Wohlstand in Widersprüche geraten, wodurch sich die Frage zu stellen scheint: „welchen Preis“ deutsche Außenpolitik zur Verteidigung dieser Ziele zu zahlen bereit ist. Deutlich wird aber auch, dass nicht „jeder Preis“ akzeptabel erscheint. Frieden und regelbasierte internationale Ordnung sind zwar die wichtigsten Ziele, doch sie sind nicht „um jeden Preis“ zu verfolgen. Es ...

Kommentar [UR34]: In dieser Sequenz sind zwei Elemente besonders spannend: Die Idee der „Ertüchtigungswirkung“ sowie die These, deutsche Außenpolitik müsse sich nicht zwischen ihrer „tradierten normativen und multilateralen Ausrichtung“ einerseits und einer „geoökonomisch orientierten Außenpolitik“ andererseits entscheiden. Wirtschaftsbeziehungen können also „Ertüchtigungseffekte“ zeitigen, die sich darin zeigen, dass die Handelspartner stärker in die internationale Ordnung eingebunden werden, Anreize für friedli ...

Kommentar [UR35]: Diese Sequenz verdeutlicht nun das bestehende Dilemma zwischen Werten und wirtschaftlichen Interessen. Während in Sequenz 34 noch behauptet wird, zwischen diesen beiden Zielen dt. APOL müsse nicht entschieden werden, macht diese Sequenz jedoch deutlich, dass dies nicht als Freifahrtschein zu verstehen sei. Hier wird die Kategorie der „langfristigen Interessen“ eingeführt, ein Begriff der nur Sinn macht, wenn von der Existenz kurzfristiger Interessen ausgegangen wird. Die Autoren schlagen letztlich nicht weniger vor, als bei der ...

Kommentar [UR36]: Zwar nur im Verbund mit Mitstreitern und Verbündeten, nichtsdestotrotz kann Deutschland wichtige systemische Ziele verwirklichen. Die Sequenz steht im Einklang mit der Lesart einer imaginierten neuen Sonderrolle Deutschlands mit Blick auf den Ausgleich zwischen dem Westen und den neuen Schwellenländern, fügt sich jedenfalls nahtlos in ein Konzept der neuen „Süd-Ost“-Politik ein. Indikator für : XXY

Kommentar [UR37]: Hier wird mit Blick auf den Radius deutscher Außenpolitik das Bild gezeichnet, dass aufgrund der weitgehenden Einbindung in die Globalisierungsprozesse zwischen der Sicherheit der Welt und der Sicherheit des deutschen Staates, seiner Gesellschaft und Bürger keine Differenz besteht. Beide seien „untrennbar miteinander verknüpft“. Dieses Argument bereitet in aller Regel das Konzept der unbedingten Notwendigkeit des weltweiten Einsatzes der Streitkräfte und anderer staatlicher Kräfte aufgrund weltweiter Sicherheitsbedrohungen vor ...

Wenn aber Deutschland vom Austausch mit anderen Gesellschaften existentiell abhängig ist, ist die Verwundbarkeit von Nachbarn, Verbündeten und Partnern auch eine Angelegenheit deutscher Sicherheit; ihr Schutz ist ein deutsches Interesse. Darüber hinaus hat Deutschland ein strategisches Interesse an der offenen und freien Weltordnung, welche die Globalisierung erst möglich macht, - sowie am Schutz der Domänen (Meere, Luft- und Weltraum, Cyberspace), die globale Gemeinschaftsgüter (global commons) sind, aber auch wegen neuer technischer Entwicklungen zunehmend konfliktrichtig werden. Wenn Deutschland die eigenen Lebensweise erhalten und schützen will, muss es sich folglich für eine friedliche und regelbasierte Weltordnung einsetzen; mit allen legitimen Mitteln, die Deutschland zur Verfügung stehen, einschließlich, wo und wenn nötig, den militärischen“ (NMNV: 38, Seq. 38);

„Aus Deutschlands gewachsener Macht und seinem gestiegenen Einfluss folgt dabei auch ein Mehr an Verantwortung. Jahrzehntlang war Deutschland Konsument von Sicherheit, garantiert von der NATO und insbesondere von den USA. Heute erwarten Verbündete und Partner, dass Deutschland selbst Sicherheit produziert; und nicht nur für sich selbst“ (NMNV: 38, Seq. 39);

„Dazu gehört auch, dass sich eine pragmatische deutsche Sicherheitspolitik – besonders dann, wenn es um aufwendige und längerfristige militärische Einsätze geht – in erster Linie auf das zunehmend instabil werdende europäische Umfeld von Nordafrika über den Mittleren Osten bis Zentralasien konzentrieren muss; nicht zuletzt, um die amerikanischen NATO-Verbündeten im Zuge ihres wachsenden Engagements in Asien zu entlasten“ (NMNV: 39, Seq. 40);

„Als überdurchschnittlich globalisierter Staat muss Deutschland seine Sicherheitsvorsorge als umfassendes, gesamtgesellschaftliches Risikomanagement (das die Gefahrenabwehr mit einschließt) nach innen wie nach außen begreifen und organisieren. Sicherheitsvorsorge muss dann früher ansetzen, bei den kognitiven Fähigkeiten: Wissen, Wahrnehmung, Analyse, Urteilsfähigkeit und strategische Vorausschau. Eine als Risikomanagement verstandene Sicherheitspolitik umfasst ein breites Spektrum von staatlichen Instrumenten, von der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe über die klassische Diplomatie und die Nachrichtendienste bis hin zum Katastrophenschutz und den robusten Einsatz von Streitkräften. Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit sind dabei fließend. Eine vorausschauende, umfassende Sicherheitspolitik muss daher alle zuständigen Ressorts und Institutionen (und, wo angemessen, zivilgesellschaftlichen Akteure) in die Abstimmung mit einbeziehen“ (NMNV: 39, Seq. 41);

„Risikomanagement stellt hohe Anforderungen an die Kommunikation zwischen Staat und Öffentlichkeit. Risikoeinschätzungen, Priorisierungen und die daraus zu ziehenden Folgerungen müssen den Bürgern überzeugend erklärt und begründet werden“ (NMNV: 39, Seq. 42);

„Deutschland wird, wie andere Staaten vor ihm, seine Fähigkeit zur Systemintegration verstärken müssen. Krisenprävention, -management und -nachsorge bleiben in Deutschland geprägt von einem Nebeneinander der zivilen, polizeilichen und militärischen Kräfte“ (NMNV: 40, Seq. 43);

„Gleichzeitig wird die Bundeswehr auch nach dem Abzug aus Afghanistan weiter auf Einsätze zur Krisenvorbeugung und -bewältigung jenseits von Europa vorbereitet bleiben müssen. Deutschland sollte mit seinen Streitkräften sowohl im Rahmen der Vereinten Nationen als auch im Rahmen von NATO und EU zur Durchsetzung des Völkerrechts beitragen“ (NMNV: 40, Seq. 44);

Kommentar [UR38]: Diese Sequenz führt nun das bereits in Sequenz 37 vorweggesehene Argument der notwendigen Intervention in die Welt als Folge der Globalisierung ein. Deutschland muss aufgrund eigener Interessen intervenieren, da die Sicherheit der Partner ebenfalls im deutschen Interesse liegt. Darüber hinaus sieht diese Sequenz den Schutz der globalen Domänen ausdrücklich vor. Zwar wird hier nicht unter Verweis auf das Eintreten für die Interessen der Menschheit argumentiert, sondern unter Verweis auf zwischenstaatliche Konkurrenz um Ausbeutung und Nutzung dieser Domänen, trotzdem wird die Idee der global commons eingeführt und anerkannt, was erhebliche Konsequenzen auf die Ausgestaltung von Weltpolitik nimmt, da als Träger der Herrschaftsrechte über diese Domänen nicht Staaten, sondern die Menschheit insgesamt eingesetzt wird. Einmal institutionalisiert und anerkannt, kann die solcherart als Souverän etablierte Menschheit ihren Siegeszug über die staatlichen Souveräne antreten.

Indikator für die Souveränität der Menschheit

Kommentar [UR39]: Indikator für die Bedeutung von Sicherheit sowie der burden-sharing Erwartung der USA

Kommentar [UR40]: Aus dieser These geht hervor, dass die vierzig versammelten Experten längerfristige und aufwendige Einsätze (der Bundeswehr) in Nachbarregionen Europas angesichts der Weltlage für äußerst wahrscheinlich und politische selbstverständlich und unstrittig erachten. These: Die Verfasser gehen davon aus, dass die deutschen Streitkräfte zukünftig regelmäßig an aufwendigen und längerfristigen Einsätzen beteiligt sein werden. Indikator: burden-sharing Konzept

Kommentar [UR41]: Foucault hätte seine wahre Freude an dieser Sequenz: Das Sicherheitsparadigma wirkt hier offensichtlich als Gouvernementalität. Alle Handlungspläne für die Zukunft der Gesellschaft und des Staates sollen der Logik der Versicherheitlichung unterworfen werden. Das Regieren zielt stets auf Sicherheit, unterwirft alle Subjekte dieser Perspektive und formt dadurch die Individuen und die Gesellschaft. Welche Konsequenzen dies für „Freiheit“, „Menschenrechte“, auf die Beziehungen von Staat und Bürger nimmt, auf das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit, etc. bleibt hier vollkommen unthematisch. Ähnlich wie die Auswüchse des Geheimen, die natürlich auch Ergebnis dieser Gouvernementalität sind. Die „Sicherheitsvorsorge“ zeigt außerdem die Nähe zum Konzept der Biomacht an. Der Volkkörper soll gesichert werden. Grundsätzlich wird alles zum „Risiko“, alles einer Frage der Wahrscheinlichkeiten. Kosten-Nutzen von Risikoabwehr wird a ...

„Doch die Trias, die über Jahrzehnte den Bezugsrahmen für deutsche Sicherheitspolitik vorgab – Vereinte Nationen, NATO und EU –, befindet sich im Umbruch. Alle drei sind Schauplatz fundamentaler Auseinandersetzungen über Ausrichtung, Aufgaben und Architektur dieser Institutionen“ (NMNV: 42, Seq. 45);

„Das bevorstehende Ende der ISAF-Mission in Afghanistan, die neuen Prioritäten der amerikanischen Außenpolitik, die teils drastischen Kürzungen europäischer Verteidigungsetats und eine Militäreinsätzen gegenüber skeptische Öffentlichkeit stellen jedoch die künftige Ausrichtung des Bündnisses in Frage“ (NMNV: 42, Seq. 46);

„Auf der militärisch-operativen Ebene dagegen müssen die Europäer sich darauf einstellen, dass die USA nicht nur seltener eine Führungsrolle einnehmen, sondern sich überhaupt weniger an gemeinsamen Missionen beteiligen wollen“ (NMNV: 43, Seq. 47);

„Im Deutschen Bundestag sollte ein Krisen- und Einsatzausschuss geschaffen werden. Die Parlamentsbeteiligung an Einsätzen ist zu flexibilisieren – etwa in Form eines Rückrufvorbehalts bei gleichzeitig früherer Einbindung des Parlaments durch die Exekutive und Informationsaustausch mit den Parlamenten der Verbündeten“ (NMNV: 44, Seq. 48);

Kategoriensammlung

Inhalt

K101 Beschreibungen deutscher Außenpolitik	12
K101A Weltweite Relevanz, Reichweite und Wirkung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik	12
K101B Neue Macht und Verantwortung deutscher Außenpolitik	12
K101B1 Machtgewinne in Relation zu den USA als Quelle der neuen deutschen Macht und Verantwortung, Deutschland füllt Machtvakuum aus, das der Westen hinterlassen hat	12
K101C Allgemeine Legitimationskrise deutscher Außenpolitik.....	12
K101C1 Verlust an innergesellschaftlicher Kontrolle durch exponiertere internationale Führungsrolle.....	12

K101D Deutschland ist frei, unabhängig, stark und eine führende Nation.....	12
K102 besonderer Stellenwert des Sicherheitsbegriffs	13
K102a In-Eins-Setzung von Frieden und Sicherheit.....	13
K103 Von menschlichen Kräften herbeigeführter Umbruch in der Weltpolitik.....	13
K104 Die besondere Bedeutung von Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit	13
K105 Der Verantwortungsbegriff als Ressource zur Vertrauensbildung und seine Kopplung an das Konzept des Multilateralismus.....	13
K105A Verlässlichkeit und Berechenbarkeit als Dimensionen von Verantwortung	13
K106 Primat (neo-klassisch-realistischer) Theoriegehalte	13
K106A Besondere Relevanz relativer Machtgewinne und Verluste.....	14
K106A1 Führung kostet Ressourcen.....	14
K106B Polarität	14
K106C Besondere Bedeutung von Soft-Power	14
K106D Dominanz neorealistischer und neoklassischer Variablen zur Bestimmung staatlicher Macht	14
K107 Kein genuines Bekenntnis zum Multilateralismus, sondern aus Pragmatismus; multilateralism by demand und Koalitionen der Willigen.....	14
K108 die deutsche West-Politik.....	15
K108a Die Krise des Westens	15
K108a1 die Krise ist hausgemacht.....	15
K108a2 China und Russland als Verstärker der Krise	15
K108b Fortbestand des Westens und seiner Hegemonie trotz Krise.....	15
K108c Starkes Interesse Deutschlands am Fortbestand der westlich dominierten Weltordnung	15
K108d Das deutsch-amerikanische Verhältnis als Konkurrenzbeziehung.....	15
K108a Unfreiwillige Einbindung in den Westen bis 1990	15
K109 Primat der Außenwirtschaftspolitik	16
K109a Dialektisches Verhältnis von wirtschaftlicher Stärke und Sicherheit unserer Werte	16
K109B: Besonderer Stellenwert der Idee des „deutschen Unternehmens“	16
K110 Freiheit als Gefahr und Chance	16
K111 Beschreibungen des weltpolitischen Systems	16
K111a Polarität des Weltsystems.....	16
K111b USA als einzige Supermacht	16
K111C Aufstrebende Mächte	17
K111C1 Relative Machtgewinne der Schwellenländer als Sicherheitsrisiko.....	17
K111C2 Aufstrebende Mächte als Störer, nicht als Gegenpol?	17
K111C3 Kooperation mit aufstrebenden Mächten als Quelle deutscher Kraft	17

K111c4	Machtgewinn der Schwellenländer als Herausforderung	17
K111c5	Aufstieg neuer Mächte macht Anpassung der internationalen Ordnung notwendig..	17
K111C6	Deutschland als aufstrebende Macht	17
K111D	Konstituenten des Systems.....	17
K111D1	Störer	17
K111D1a	Störer sind irrational	17
K111D1b	Störer sind Krankheitswirte	18
K111D1c	Störer sind nicht souverän	18
K111D2	Zivilgesellschaften	18
K111D3	Mitstreiter	18
K111D4	Herausforderer	18
K111E	Die internationale Ordnung als heilige Institution	18
K111F	Das System ist von Konkurrenz bestimmt	18
K111G	Das System ist von einer Vier-Klassen-Souveränität bestimmt	19
K112	Beschreibungen des Verhältnisses von Deutschland und Europa	19
K112a	Deutschland als Europas Zentralmacht	19
K112b	EU als profitable Investition	19
K112c	EU als Instrument deutscher Weltordnungspolitik	19
K112D	Deutschland als von der EU unabhängige weltpolitische Macht.....	19
K114	Die grundlegenden Werte deutscher Außenpolitik	20
K115	Das Selbstverständnis der Verfasser des NMNV-Papiers.....	20
K115A	Das Konzept der Alternativlosigkeit als Instrument zur Verengung des politischen Möglichkeitenraums.....	20
K115B	Das Setzen vermeintlicher Selbstverständlichkeiten als Instrument zur Verengung des politischen Möglichkeitenraums	20
K116	Weltpolitik als Spiel	20
K117	Handlungsempfehlungen	21
K117A	Einbinden oder einhegen	21
K201	Ignoranz gegenüber bedeutsamen systemischen Problematiken aufgrund des Primats der Wohlstandssicherung und -Genese.....	21
K202	Einfluss des NMNV-Papiers und seiner Verfasser auf den regierungsamtlichen Diskurs	21
K203	zentrale Zielsetzungen des NMNV-Papiers	21
K203a	Beeinflussung deutscher Außenpolitik hin zu einer stärkeren Werteorientierung?	21
K203b	Verschleierung des Primats ökonomischer Interessen?	22
K203c	Besonderer Einfluss von US-Interessen auf die Gehalte des NMNV-Papiers	22
K203d	Plädoyer für die Ausdehnung möglicher Einsatzszenarien der Bundeswehr	22

K203e Forderung nach einer führenderen Rolle Deutschlands in einer reformierten internationalen Ordnung.....	22
K204 Unbedingter Vorrang deutscher Interessen und ambivalentes Verhältnis zu den BRICS.....	22
K205 Ambivalentes Verhältnis zum „Westen“	23
K205A Zwei konkurrierende Konzeptionen des transatlantischen Verhältnisses.....	24

K101 Beschreibungen deutscher Außenpolitik

K101A Weltweite Relevanz, Reichweite und Wirkung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik

Thesen: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Verfasser des Papiers davon ausgehen, dass die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik potentiell weltweite Wirkungen entfalten wird.

Indikatoren: Seq. 1

K101B Neue Macht und Verantwortung deutscher Außenpolitik

These: Die Verfasser gehen von einer neuen Stärke bzw. Macht deutscher Außenpolitik aus

Indikator: Seq. 1, Seq. 31

K101B1 Machtgewinne in Relation zu den USA als Quelle der neuen deutschen Macht und Verantwortung, Deutschland füllt Machtvakuum aus, das der Westen hinterlassen hat

These: Die Verfasser gehen davon aus, dass sich die neue Verantwortung und neue Macht Deutschlands daraus speist, dass Deutschland in Relation zu den USA an Macht gewonnen hat

These: Die Verfasser gehen davon aus, dass Deutschland einen Teil des vom Westen hinterlassen Machtvakuum ausfüllen wird.

Indikator: Sequenz 8; Seq. 15

K101C Allgemeine Legitimationskrise deutscher Außenpolitik

These: Die Verfasser des Papiers gehen davon aus, dass deutsche Außenpolitik vor nennenswerte Legitimationsprobleme gestellt ist, die sich zukünftig mit noch größerer Dringlichkeit stellen werden.

Indikator: Seq. 13

K101C1 Verlust an innergesellschaftlicher Kontrolle durch exponiertere internationale Führungsrolle

These: Die Verfasser gehen davon aus, dass eine größere Führungsrolle zu einem Verlust an politischer Kontrolle deutscher Außenpolitik führen wird.

Indikator: Seq. 13

K101D Deutschland ist frei, unabhängig, stark und eine führende Nation

Die Verfasser nehmen Deutschland als freie Gestaltungsmacht wahr. Dieses Selbstbild als „Gestaltungskraft“, dessen Potential durch Mitstreiter noch verstärkt wird, lässt Deutschland in der

Rolle eines Hegemons erscheinen, der eine Gruppe von Staaten anführt, zumindest jedenfalls die EU, und deren „Verhältnis“ zu den aufstrebenden Mächten konzeptionell bestimmt.

Indikator: Seq. 23, Seq. 24, 28; Seq. 36

K102 besonderer Stellenwert des Sicherheitsbegriffs

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass dem Sicherheitsbegriff ein besonderer Stellenwert zuteil wird.

Indikatoren: Seq. 1

K102a In-Eins-Setzung von Frieden und Sicherheit

These: Frieden und Sicherheit werden semantisch so miteinander verwoben, dass sie eine Einheit bilden und ineinander übergehen und hierüber ihre Trennschärfe verlieren.

Indikatoren: Seq. 27

K103 Von menschlichen Kräften herbeigeführter Umbruch in der Weltpolitik

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Verfasser davon ausgehen, dass sich derzeit ein (gewaltsamer) von menschlichen Kräften verursachter Umbruch in der Weltpolitik ereignet und dass Deutschland jenen Kräften angehört, die diesen Umbruch herbeiführen.

Indikatoren: Seq. 1

K104 Die besondere Bedeutung von Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die neuartige Kopplung von Macht und Verantwortung, Glaubwürdigkeit fördern und Ehrlichkeit demonstrieren soll.

Indikatoren: Seq. 1; Seq. 12,

K105 Der Verantwortungsbegriff als Ressource zur Vertrauensbildung und seine Kopplung an das Konzept des Multilateralismus

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die neuartige Kopplung von Macht und Verantwortung, die bisherige Ablehnung des Machtbegriffs entschärfen und ins Positive wenden soll, indem die neue deutsche Macht an Verantwortung gegenüber der internationalen Umwelt gebunden, also unmittelbar sozial eingeeht, wird.

Indikatoren: Seq. 1

K105A Verlässlichkeit und Berechenbarkeit als Dimensionen von Verantwortung

These: Die Verfasser gehen davon aus, dass es eine kluge Strategie sei, gegenüber den Partnern als verlässlich und berechenbar zu gelten.

Indikator: Seq. 31

K106 Primat (neo-klassisch-realistischer) Theoriegehalte

These: Das NMNV-Papier wird maßgeblich von Gehalten neorealistischer IB-Theorien bestimmt

Indikator: Seq. 2

K106A Besondere Relevanz relativer Machtgewinne und Verluste

These: Die Verfasser gehen davon aus, dass das neorealistische Konzept des relativen Machtgewinns bzw. -Verlustes bedeutsam ist

Indikator: Seq. 2, Seq. 8, Seq. 10

K106A1 Führung kostet Ressourcen

These: Die Verfasser des Papiers gehen davon aus, dass zu einer stärkeren Weltführungsrolle zwangsläufig die Bereitschaft gehört, mehr Ressourcen für die Stabilisierung des Systems aufzuwenden.

Indikator: Seq. 13

K106B Polarität

These: Die Verfasser gehen, in Anlehnung an neorealistische Konzepte davon aus, dass das Weltsystem von Polaritäten, bestimmt ist

Indikator: Seq. 7

K106C Besondere Bedeutung von Soft-Power

These: Die Verfasser gehen davon aus, dass Ideen und Werte und deren glaubwürdige Verfolgung eine bedeutsame Machtressource zur Gestaltung von Weltpolitik darstellen.

Indikator: Seq. 11, Seq. 1,

K106D Dominanz neorealistischer und neoklassischer Variablen zur Bestimmung staatlicher Macht

These: Die Verfasser legen ihrer Analyse staatlicher Macht neorealistische bzw. neoklassische Theoriegehalte zugrunde.

Indikator: Seq. 25,

K107 Kein genuines Bekenntnis zum Multilateralismus, sondern aus Pragmatismus; multilateralism by demand und Koalitionen der Willigen

These: Multilaterales Handeln erfolgt nicht auf Basis eines genuinen Überzeugt-Seins vom Primat multilateralen Handelns bzw. aufgrund eines grundsätzlich Verzichts auf unilaterale Vorgehensweisen, sondern aufgrund pragmatischer Effizienzerwägungen; Immer dann, wenn dieser multilateralism by demand als unnützlich erscheint, steht er zur Disposition. These: Die Verfasser gehen davon aus, dass multilaterale Kooperation eine Frage des strategischen Interesses Deutschlands sei und im Sinne des Konzepts eines multilateralism by demand von Fall zu Fall immer wieder neu über die konkreten Ausgestaltung der Kooperation entschieden werden müsse.

Indikatoren: Seq. 3, 31

These: Die Verfasser gehen davon aus, dass die westlichen Staaten die selbstgeschaffene Ordnung durch Koalitionen der Willigen unterlaufen und beschädigen.

Indikator: Seq. 9,

K108 die deutsche West-Politik

K108a Die Krise des Westens

These: Die Verfasser der Studie gehen davon aus, dass sich „der Westen“ in einer Krise befindet;

Indikator: Seq. 3, Seq. 9, Seq. 15; Seq. 32

K108a1 die Krise ist hausgemacht

These: Diese Krise des Westens ist auch „hausgemacht“, da sowohl Inkonsistenzen als auch eine Politik der doppelten Standards die internationale Ordnung unterminieren.

Indikator: Seq. 18

K108a2 China und Russland als Verstärker der Krise

These: Die Verfasser gehen davon aus, dass Russland und China den Zusammenhalt "des Westens" immer stärker unterminieren können, was die Krise des "Westens" verstärkt.

Indikator: Seq. 32

K108b Fortbestand des Westens und seiner Hegemonie trotz Krise

These: Die Verfasser gehen vom Fortbestand "des Westens" und der Hegemonie dessen politischer Werte aus

Indikator: Seq. 7; Seq. 15;

K108c Starkes Interesse Deutschlands am Fortbestand der westlich dominierten Weltordnung

These: Die Verfasser gehen davon aus, dass Deutschland ein starkes Interesse am Erhalt der westlich dominierten internationalen Ordnung haben sollte

Indikator: Seq. 14; Seq. 23, 29,

K108d Das deutsch-amerikanische Verhältnis als Konkurrenzbeziehung

These: Die Verfasser gehen davon aus, dass Deutschland und die USA zwar grundsätzlich als Partner zu begreifen sind, dabei jedoch voneinander unabhängige Interessenpolitiken verfolgen und letztlich miteinander um die Führung im westlichen Lager konkurrieren.

Indikator: Seq. 28, Seq. 29

K108a Unfreiwillige Einbindung in den Westen bis 1990

These: Die Verfasser erachten es als signifikantes Datum, dass Deutschland bis 1990 völkerrechtlich nicht souverän und kein freiwilliges Mitglied des westlichen Bündnisses gewesen ist

K109 Primat der Außenwirtschaftspolitik

K109a Dialektisches Verhältnis von wirtschaftlicher Stärke und Sicherheit unserer Werte

These: Neben Sicherheit ist vor allen Dingen Wohlstandswahrung und -Mehring das bedeutsamste Ziel deutscher Außenpolitik. Aus diesem Grund dient Sicherheitspolitik vor allen Dingen dem Primat der Außenwirtschaftspolitik, die Wohlstand generieren und erhalten soll (Indikatoren: Sequenz 4, 5). Gleichzeitig dient jedoch die wirtschaftliche Prosperität der Sicherung deutscher Werte wie Freiheit und Menschenwürde. Wer frei bleiben will, muss wachsen, sonst sind Menschenrechte und Freiheiten in Gefahr. Freiheit hängt aus dieser Sicht von wirtschaftlicher Prosperität und Stärke ab (Seq. 10). Die Verfasser gehen davon aus, dass zwischen Interessen und Werten kurzfristige Zielkonflikte bestehen können, die jedoch langfristig zugunsten der existentiell notwendigen Werte aufzulösen sind (Seq. 11); Die Verfasser sind davon überzeugt, dass Zielkonflikte von Werten und wirtschaftlichen Interessen unvermeidbar und unlösbar sind und daher pragmatisch von Fall zu Fall entschieden werden müssen (Seq. 34);

K109B: Besonderer Stellenwert der Idee des „deutschen Unternehmens“

These: Die Verfasser gehen – trotz aller transnationaler Finanz- und Kapitalströme – vom Fortbestand genuin nationaler Unternehmen aus, deren Förderung im Rahmen einer klugen Außenwirtschaftspolitik der Staatszielbestimmung der Wohlstandsmehring und –Erhaltung dienlich ist.

Indikatoren: Sequenz 5;

K110 Freiheit als Gefahr und Chance

These: Während der Freiheit der Unternehmen als Chance gilt, wird die Freiheit des Individuums als Problem begriffen.

Indikator: Seq. 6

K111 Beschreibungen des weltpolitischen Systems

K111a Polarität des Weltsystems

These: Die Verfasser gehen davon aus, dass das Weltsystem von verschiedenen Polen maßgeblich bestimmt ist, jedoch der Westen mit Blick auf die politische Attraktivität seiner Werte, noch immer führend ist

Indikator: Seq. 7

K111b USA als einzige Supermacht

These: Die Verfasser gehen davon aus, dass die USA die einzige Supermacht im System darstellen, doch dass diese die internationale Ordnung nicht mehr alleine garantieren kann

Indikator: Seq. 7, Seq. 14

K111C Aufstrebende Mächte

K111C1 Relative Machtgewinne der Schwellenländer als Sicherheitsrisiko

These: Relative Machtgewinne der Schwellenländer gelten als Sicherheitsrisiko

Indikator: Seq. 2, Seq. 29,

K111C2 Aufstrebende Mächte als Störer, nicht als Gegenpol?

These: Die Verfasser gehen davon aus, dass die aufstrebenden Mächte keinen Gegenpol zum Westen aufbauen konnten, da ihnen hierfür die ideellen Ressourcen fehlen. Stattdessen stören sie das System.

Indikator: Seq. 9

Dazu im Widerspruch: These2: Die Verfasser gehen davon aus, dass eine neue Blockbildung in Ansätzen bereits erkennbar wird.

Indikator: Seq. 29

K111C3 Kooperation mit aufstrebenden Mächten als Quelle deutscher Kraft

These: Die Verfasser sind davon überzeugt, dass die Kooperation mit den aufstrebenden Mächten eine entscheidende Quelle deutscher Kraft ist.

Indikatoren: Seq. 16;

K111c4 Machtgewinn der Schwellenländer als Herausforderung

These: Der Machtgewinn der „aufstrebenden Schwellenländer“ wird als Herausforderung für den Westen und Deutschland interpretiert, da diese Entwicklung die dominante Positionierung in den Institutionen der Weltordnung gefährdet.

Indikator: Seq. XX, 23, 29,

K111c5 Aufstieg neuer Mächte macht Anpassung der internationalen Ordnung notwendig

Die Verfasser vertreten die These, dass der Aufstieg neuer Mächte eine Anpassung der internationalen Ordnung notwendig mache.

Indikator: Seq. 23

K111C6 Deutschland als aufstrebende Macht

These: Die Verfasser des Papiers gehen davon aus, dass auch Deutschland, ähnlich wie z.B. die BRICS-Staaten, eine aufstrebende Macht ist.

Indikator: Seq. 29

K111D Konstituenten des Systems

K111D1 Störer

K111D1a Störer sind irrational

These: Die Verfasser des Papiers werten die Handlungsregeln und die zugrundeliegenden Interessen einiger als Störer bezeichneten Staaten kategorisch als irrational ab.

Indikator: Seq. 23, 30

K111D1b Störer sind Krankheitswirte

These: Die Verfasser des Papiers setzen Störer mit Krankheitswirten gleich, die zur Sicherheit der gesamten Bevölkerung auch zwangstherapiert werden dürfen.

Indikator: Seq. 30

K111D1c Störer sind nicht souverän

These: Die Verfasser des Papiers gehen davon aus, dass die Intervention in die inneren Angelegenheiten bzw. die Anwendung von Zwangsmaßnahmen und Gewalt gegen Störer legitimes Mittel zum Erhalt des Systems ist, weshalb deren Souveränität nur begrenzte Geltung hat.

Indikator: Seq. 30

K111D2 Zivilgesellschaften

Die Verfasser gehen davon aus, dass Zivilgesellschaften grundsätzlich wichtige Variablen im "Spiel" der Weltpolitik darstellen, also als bedeutsame Machtfaktoren gelten müssen.

Indikator: Seq. 23

K111D3 Mitstreiter

These: Die Verfasser gehen davon aus, dass Deutschland und seine Mitstreiter dazu berufen sind, die westliche Weltordnung vor Herausforderer und Störern zu verteidigen.

Indikator: Seq. 23

K111D4 Herausforderer

These: Die Verfasser definieren Herausforderer-Staaten als weltpolitische Spieler mit großem Gestaltungspotential, die entweder Partner oder Gegner deutscher Außenpolitik sein können.

Indikator: Seq. 29,

K111E Die internationale Ordnung als heilige Institution

These: Den Verfassern gilt die westliche dominierte internationale Ordnung als nicht hinterfragbare, heilige Institution.

Indikator: Seq. 23, Seq. 30

THESE: Die Autoren der Studie gehen davon aus, dass die Teilhabe an der westlich geprägten internationalen Ordnung eine ertüchtigende Wirkung auf andere Staaten ausübt. D.h. die Werte und Rationale der westlichen Ordnung gelten als unhinterfragbar, heilig, universell und besonders anstrebenswert.

Indikator: Seq. 35

K111F Das System ist von Konkurrenz bestimmt

These: Die Verfasser gehen davon aus, dass das weltpolitische System von Konkurrenz um Einfluss, Ressourcen, Ordnungsvorstellungen und Regelgeltung bestimmt ist.

These: Die Verfasser gehen von einem universalen Prinzip der Staatenkonkurrenz aus.

Indikator: Seq. 29, Seq. 32

K111G Das System ist von einer Vier-Klassen-Souveränität bestimmt

These: Die Verfasser des Papiers beschreiben eine Vier-Klassen-Souveränität: Souverän ist das System der westlichen Ordnung selbst, die für dessen Erhalt streitenden Staaten (Mitstreiter) sind als Ordnungskräfte in ihren inneren Angelegenheiten ebenfalls souverän, in ihrer äußeren Souveränität sind sie jedoch vom System eingeeht. Die Herausforderer sind aufgrund ihrer schier Größe nicht durch Akte äußerer Gewalt in das bestehende System zu zwingen, obwohl der Souveränitätsanspruch des Systems sich grundsätzlich auch auf deren äußere Souveränität erstreckt und weisen daher sowohl äußere, als auch innere Souveränität auf. Störer hingegen gelten nur höchst eingegrenzt als souverän, da sie potentiell über zu wenig Gewaltmittel verfügen, um sich gegen Interventionen des Systems und seiner Mitstreiter zu erwehren“.

Indikator: Seq. 30

K111H Das System unterscheidet westliche und nicht-westliche Staaten voneinander

K111H1 Überlegenheit der westlichen Werte

Der Begriff der Ertüchtigung signalisiert dabei, dass die nicht-westlichen Staaten als Entwicklungsobjekte betrachtet werden, die qua Wirtschaftskooperation noch ertüchtigt werden müssen, um sich erfolgreich in die soziale Ordnung integrieren zu können (SEq. 34);

K112 Beschreibungen des Verhältnisses von Deutschland und Europa

K112a Deutschland als Europas Zentralmacht

These: Die Verfasser gehen davon aus, dass Deutschland die Zentralmacht Europas ist

Indikator: Sequenz 8,

K112b EU als profitable Investition

These: Die Verfasser gehen davon aus, dass Deutschland in ganz besonderer Weise von der europäischen Integration profitiert.

Indikator: Sequenz 21,

K112c EU als Instrument deutscher Weltordnungspolitik

These: Die Verfasser des Papiers vertreten die These, dass die EU ein Hebel zur Durchsetzung deutscher Weltordnungsideen darstellt.

Indikator: Sequenz 22, 28

K112D Deutschland als von der EU unabhängige weltpolitische Macht

These: Die Verfasser des Papiers nehmen Deutschland als einzigen EU-europäischen Staat wahr, der eine von der EU unabhängige, eigenständige Weltpolitik praktiziert.

Indikator: Seq. 26

K114 Die grundlegenden Werte deutscher Außenpolitik

Die Verfasser gehen davon aus, dass Menschenwürde, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, gutes Regieren, demokratische Partizipation und globale soziale Marktwirtschaft, nachhaltige Entwicklung, Frieden und menschliche Sicherheit die Grundwerte deutscher Außenpolitik darstellen.

Indikatoren: Seq. 19

Die Verfasser gehen davon aus, dass Frieden und Sicherheit, regelbasierte globale Ordnung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, funktionierende Märkte, Energie- und Rohstoffsicherheit, Umwelt- und Klimaschutz, menschliche Entwicklung zentrale Themen deutscher Außenpolitik sind.

Indikatoren: Seq. 27,

Die Verfasser gehen davon aus, dass Frieden und regelbasierte internationale Ordnung die wichtigsten Ziele deutscher Außenpolitik sind.

Indikator: Seq. 33

K115 Das Selbstverständnis der Verfasser des NMNV-Papiers

These: Die Verfasser des Textes reklamieren für sich, den einzig vernünftigen Zukunftskurs deutscher Außenpolitik zu kennen und diesen maßgeblich mitzubestimmen. Die Verfasser nehmen durch die Veröffentlichung des Textes bewusst am politischen Ringen um deutsche Außenpolitik teil und verstehen sich als politische Akteure.

Indikator: Seq. 10, Seq. 11

K115A Das Konzept der Alternativlosigkeit als Instrument zur Verengung des politischen Möglichkeitenraums

These: Die Verfasser arbeiten mit Begriffen wie „müssen“ und „muss“ um den außenpolitischen Möglichkeitenraum zu begrenzen und dadurch alternative Politiken systematisch zu verunmöglichen bzw. undenkbar werden zu lassen

Indikatoren: Werden nachgeliefert durch Lektüre der bisherigen Memos

K115B Das Setzen vermeintlicher Selbstverständlichkeiten als Instrument zur Verengung des politischen Möglichkeitenraums

These: Die Verfasser stellen Behauptungen auf, die als Elemente eines selbstverständlich geteilten und daher nicht mehr zu rechtfertigenden oder erklärungsbedürftigen Wissens konstruiert werden, um auf diese Weise den außenpolitischen Möglichkeitenraum zu begrenzen und dadurch alternative Politiken systematisch zu verunmöglichen bzw. undenkbar werden zu lassen

Indikatoren: Werden nachgeliefert (ergeben sich aus der Lektüre der bisherigen Memos, Seq. 27)

K116 Weltpolitik als Spiel

These: Die Verfasser fassen Weltpolitik als Spiel auf.

Indikator: Seq. 23

K117 Handlungsempfehlungen

K117A Einbinden oder einhegen

These: Die Verfasser empfehlen, dass potentielle Störer und Herausforderer entweder eingebunden oder eingehegt werden sollen.

Indikator: Seq. 23

K201 Ignoranz gegenüber bedeutsamen systemischen Problematiken aufgrund des Primats der Wohlstandssicherung und -Genese

These: Die Verfasser nehmen bei ihrer weltpolitischen „Lageanalyse“ nur Symptome in den Blick und sprechen besonders bedeutsame Ursachen dieser systemischen Ereignisse nicht an, da sie vermuten, dass die Bekämpfung der wesentlich grundlegenderen Problematiken sich nicht mit dem Primat der Wohlstandssicherung und –Genese versöhnen lässt.

Indikator: Seq. 6 im Zusammenspiel mit K109 Primat der Außenwirtschaftspolitik;

K202 Einfluss des NMNV-Papiers und seiner Verfasser auf den regierungsamtlichen Diskurs

These: Ich bin davon überzeugt, dass das NMNV-Papier großen Einfluss auf die außen- und sicherheitspolitischen Grundsatzreden des Bundespräsidenten, der Verteidigungsministerin und des Außenministers auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 und auf das entsprechende Kapitel des Koalitionsvertrags von CDU/CSU und SPD genommen hat.

Indikator: Seq. 10 und die daraus abgeleitete Kategorie „Selbstverständnis der Verfasser von NMNV“ und die Lektüre des Koalitionsvertrags sowie die Analyse der Gauck-Rede (vgl. hierzu Kodierbäume X und Y).

K203 zentrale Zielsetzungen des NMNV-Papiers

K203a Beeinflussung deutscher Außenpolitik hin zu einer stärkeren Werteorientierung?

These: Da diese offensichtliche Tatsache (Primat wirtschaftlicher Interessen) selbstverständlich auch den Verfassern der Studie bekannt sein dürfte, stelle ich die These auf, dass sie durch das Formulieren der These vom Primat der Werteorientierung entweder i) diese Werteorientierung für die Zukunft herbeischreiben wollen (also eine Realität konstruieren wollen, der die Gegenwart zwar noch nicht entspricht, die zu erreichen sie aber wahrscheinlicher machen wollen) oder ii) durch die Konstruktion der vermeintlichen Werteorientierung von der Wirklichkeit ablenken wollen, da sie an die Bedeutung von Soft-Power glauben und die deutsche Soft-Power schützen wollen, damit diese trotz der fehlenden Werteorientierung so lange wie möglich erhalten bleibt.

Indikatoren: Sequenz 11;

K203b Verschleierung des Primats ökonomischer Interessen?

These: Da diese offensichtliche Tatsache (Primat wirtschaftlicher Interessen) selbstverständlich auch den Verfassern der Studie bekannt sein dürfte, stelle ich die These auf, dass sie durch das Formulieren der These vom Primat der Werteorientierung entweder i) diese Werteorientierung für die Zukunft herbeischreiben wollen (also eine Realität konstruieren wollen, der die Gegenwart zwar noch nicht entspricht, die zu erreichen sie aber wahrscheinlicher machen wollen) oder ii) durch die Konstruktion der vermeintlichen Werteorientierung von der Wirklichkeit ablenken wollen, da sie an die Bedeutung von Soft-Power glauben und die deutsche Soft-Power schützen wollen, damit diese trotz der fehlenden Werteorientierung so lange wie möglich erhalten bleibt. Insofern soft power von der Attraktivität der ideellen Ressourcen, also deren Anziehungskraft nach Außen wie Bindungswirkung nach Innen, muss Herrschaft daran interessiert sein, attraktive Werte zu vertreten und dabei glaubwürdig zu bleiben.

Indikatoren: Sequenz 11;

K203c Besonderer Einfluss von US-Interessen auf die Gehalte des NMNV-Papiers

These: Das Papier berücksichtigt bei seinem Versuch, Einfluss auf deutscher Außenpolitik zu nehmen, die Interessen der USA in besonderer Weise, vor allen Dingen das Interesse am burden sharing.

Indikator: Seq. 13; Seq. 14

K203d Plädoyer für die Ausdehnung möglicher Einsatzszenarien der Bundeswehr

These: Die Verfasser des Papiers befürworten eine deutliche Ausdehnung des bisherigen Einsatzspektrums deutscher Streitkräfte.

Indikatoren: Seq. 20

K203e Forderung nach einer führenderen Rolle Deutschlands in einer reformierten internationalen Ordnung

These: Die Verfasser fordern eine führende Rolle Deutschlands in einer reformierten internationalen Ordnung.

Indikator: Seq. 23, Seq. 29

K204 Unbedingter Vorrang deutscher Interessen und ambivalentes Verhältnis zu den BRICS

Aus der Verbindung von K111 (Bedeutung der Schwellenländer) und K109a (Dialektisches Verhältnis von wirtschaftlicher Stärke und Sicherheit unserer Werte) lässt sich eine Kategorie zweiten Grades bilden, deren Gehalt die folgende These ausmacht:

Das Verhältnis zu den „aufstrebenden Schwellenländern“ (BRICS) ist äußerst ambivalent. Einerseits gelten diese als Störer und Herausforderer, deren relative Machtgewinne ein Sicherheitsrisiko darstellen, gleichzeitig gilt die wirtschaftliche Kooperation mit diesen Mächten als besonders bedeutsame Quelle der neuen deutschen Kraft. Daraus ergibt sich ein äußerst spannendes Gebilde:

Die BRICS gelten zwar als Herausforderer und potentiell als langfristige Bedrohung unserer Werte, sollten diese sich nicht unseren Werten anpassen, da sie relative Machtgewinne verzeichnen können. Gleichzeitig profitiert Deutschland stärker als jede andere Macht im westlichen Bündnis von der Kooperation mit diesen Staaten und verliert in Relation zu den anderen westlichen Partnern weit weniger schnell an Boden und kann seine eigene Machtposition in Europa und im transatlantischen Verhältnis u.a. hierdurch deutlich steigern. Insofern aber „der Westen“ gemeinsam noch immer stark genug ist, die Bedrohung der westlichen Werte und des internationalen Systems durch diese Herausforderer ausbalancieren zu können, stellt diese Situation nur „langfristig“ ein Problem dar. Deutschland möchte wirtschaftlich so lange wie möglich von dieser Konstellation profitieren, hofft jedoch darauf, dass die Werte der Schwellenländer sich zusehends den westlichen Werten annähern, so dass sich die Gefahr eines Kampfes verschiedener Ordnungsvorstellungen erledigt. Eine Unterminierung der eigenen Wertebasis durch diese eindeutig wirtschaftspolitisch dominierte Strategie wird ausgeschlossen, was erneut den Primat der Geoökonomik verdeutlicht. Gleichzeitig verdeutlicht diese Haltung natürlich auch den Stellenwert neorealistischer Konzepte und plausibilisiert erneut den Vorrang deutscher Interessen vor den Interessen der westlichen Partner.

K205 Ambivalentes Verhältnis zum „Westen“

Unter anderem aus dem Zusammenspiel der Kategorien K101B1, K108c und K108d lassen sich die nachfolgenden Überlegungen ableiten:

Die Rekonstruktion ergibt mit Blick auf die Positionierung der Verfasser des Papiers zum „Westen“ ein höchst ambivalentes Bild. Einerseits kann die offensichtliche Aufforderung die Ressourcen der USA zu entlasten und zukünftig stärker in den Erhalt der westlich dominierten Weltordnung zu investieren, also die eigenen Beiträge zum burden-sharing anzuheben, als ein Leitmotiv des Papiers identifiziert werden. Daneben wird jedoch auch die nach 1989/90 neugewonnene geopolitische Freiheit und die inzwischen erreichte Eigenständigkeit positiv konnotiert. Nimmt man noch das Konzept des relativen Machtverlustes der USA und des relativen Machtgewinns Deutschlands hinzu und kombiniert dies mit dem Bild des vom Niedergang der westlichen Ordnung hinterlassenen Machtvakuum in das nun neben den aufstrebenden Schwellenländern auch Deutschland hineinströmt, wird deutlich, wie ambivalent die Positionierung zum und im Westen ausfällt. Deutschland erscheint sowohl als Teil des Westens, als auch als eigenständiger internationaler „Spieler“, mit eigenen Interessen, die es sowohl EU-europäisch als auch im Rahmen von NATO und UN durchzusetzen versucht. Dabei stehen die nationalen Interessen deutlich im Vordergrund. Ein genuines Bekenntnis zu Europa oder zur NATO wird nicht vorgenommen, es handelt sich um Instrumente, um „Kraftverstärker“ zur Umsetzung deutscher Zwecke. Nimmt man das äußerst komplexe Spannungsverhältnis von geoökonomischen Interessen und universalen Wertebezügen in die Gleichung auf, ließe sich die vorläufige These formulieren, dass die Verfasser Deutschland mit Blick auf diese Werte inzwischen womöglich als die ideelle Führungsmacht des Westens begreifen.

Die Kooperation mit den BRICS könnte dann als Versuch interpretiert werden, eine von den USA eigenständige, gegenüber den Schwellenländern non-konfrontative Strategie zur Sicherung deutscher Interessen einerseits und zur langfristigen Durchsetzung und dem Erhalt westlicher Werte andererseits zu realisieren. Dies wäre ggf. mit der früheren von Egon Bahr konzipierten Ost-Politik Deutschlands zu vergleichen bzw. könnte eventuell von dieser historischen Erfahrung bestärkt und informiert sein: Konfrontation lässt sich durch Annäherung abbauen.

K205A Zwei konkurrierende Konzeptionen des transatlantischen Verhältnisses

Das zeigt ein Spannungsverhältnis innerhalb der Bedeutungsstruktur des Papiers an. Dieses Spannungsverhältnis bezieht seine Brisanz aus der Gegenüberstellung zweier unterschiedlicher Modellierungen des transatlantischen Verhältnisses, nämlich erstens einer entlang traditioneller Linien orientierten, an der Idee einer unumstrittenen hegemonialen Rolle der USA im westlichen Bündnis festhaltenden und burden-sharing betonenden Konzeption und zweitens, einem Reformmodell, das die US-Führung für obsolet erachtet, die Eigenständigkeit Deutschlands als EU-europäischer Führungsmacht betont und für Deutschland als neue Macht eine größere weltpolitische Führungsrolle reklamiert und sich diesbezüglich als natürlichen Verbündeten z.B. der BRICS-Staaten begreift. Zur letzten Positionierung gehört auch die Idee, den letztlich zuvorderst über die NATO zusammengehaltenen Westen als Bündnisstruktur zu erhalten, hierbei jedoch die Unabhängigkeit des von Deutschland geführten europäischen Pols innerhalb des Westens hervorzuheben. Deutschland muss aus dieser Sicht ebenso grundsätzlich als Herausforderer der alten us-geführten Weltordnung gelten, wie z.B. die BRICS-Staaten, jedoch mit anderer Akzentuierung. Während es bei den BRICS als offene Frage gelten kann, ob sie sich der alten Ordnung anzuschließen bereit sein oder eine alternative Weltordnung anstreben werden, zielt Deutschland auf den Erhalt der wesentlichen Elemente des bisherigen Systems, möchte jedoch das Machtgefüge der an dessen Ausgestaltung maßgeblich beteiligten Staaten zu den eigenen Gunsten deutlich korrigieren.

Indikator: Seq. 29

K206 Frieden und Recht als Mäße von Wachstum und Wohlstand

In Sequenz 33 werden „Frieden“ und eine „regelbasierte internationale Ordnung“ als wichtigste Ziele deutscher Außenpolitik hervorgehoben. Diese Ziele können mit anderen wichtigen Zielen, wie zum Beispiel Wachstum und Wohlstand in Widersprüche geraten, wodurch sich die Frage zu stellen scheint: „welchen Preis“ deutsche Außenpolitik zur Verteidigung dieser Ziele zu zahlen bereit ist. Deutlich wird aber auch, dass nicht „jeder Preis“ akzeptabel erscheint. Frieden und regelbasierte internationale Ordnung sind zwar die wichtigsten Ziele, doch sie sind nicht „um jeden Preis“ zu verfolgen. Es wird hier eine Preisobergrenze imaginiert, die ja gerade erkennen lässt, dass im Zweifel eben der Preis entscheidet und nicht die Wertebezüge, dass letzten Endes das Primat der Ökonomie handlungsleitend ist und nicht die Frage des Friedens und des Rechts.

Die prima facie vorliegende besondere Priorisierung von Frieden und internationalen Regelwerken scheint daher auch nur scheinbar in einem Widerspruch zur These K109 bezüglich des Primats der Außenwirtschaftspolitik zu stehen. Denn der Widerspruch kann darüber aufgelöst werden, dass Frieden und internationale Regelwerke zwar als wichtigste Ziele gelten, dies jedoch nur insofern, da sie als notwendige Bedingung für Wohlstandsmehrung und -sicherung gelten. Dann wäre deren Gewährleistung zwar das oberste Ziel deutscher Außenpolitik, aber nicht als Werte an sich, sondern als Mittel zum Zweck (K206 Vom Zusammenhang von Frieden und Wohlstand).

These: Frieden und regelbasierte internationale Ordnung sind wichtige Ziele deutscher Außenpolitik, da diese notwendige Bedingungen für die Gewährleistung der zentralen Werte „Wohlstand“ und „Wachstum“ darstellen.

Quellen:

Sequenzen aus der Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck zur Eröffnung der 50. Münchner Sicherheitskonferenz (2014), vgl. Dokument „Kodierung Gauck Rede“
bearbeitet am: 9.-10.03.14

Sequenzen aus dem NMNV, 2013

Kodierbaum

1. Existenzielles Bedrohungsszenario für Deutschlands Sicherheit als Ausgangspunkt der Argumentation für eine progressivere deutsche Außenpolitik.....	26
1.1. Globaler Wandel als Bedrohung für Deutschland in Form eines potentiellen Verlusts an Gestaltungsmacht des Westens in der internationalen Ordnung.....	27
1.2. Bedrohung des Fortbestands der eigenen (westlichen) Wesenheit	29
1.3. Konstruktion einer Bedrohung durch ein Feindbild	30
2. Erhebung eines globalen Gestaltungsanspruchs für Deutschland	30
2.1. Legitimation eines westlich dominierten Gestaltungsanspruchs aufgrund des Anspruchs der Vertretung universeller Werte	31
3. Verbindung strategischer Ziele und Durchsetzung nationaler Interessen mit der Verbreitung der eigenen Werte.....	31
4. Aus der Bedrohungswahrnehmung wird die Notwendigkeit der Verteidigung des Westens mittels des Erhalts/Ausbaus des weltordnungspolitischen Gestaltungsanspruch eines westlichen Bündnisses abgeleitet.....	32
4.1. Notwendigkeit des Erhalt und Festigung der bisherigen (westlich dominierten) internationalen Ordnung wird hauptsächlich mit dem Schutz der eigenen wirtschaftspolitischen Interessen begründet	33
4.2. Bündnisse als Mittel der Aggregation internationaler Gestaltungsmacht.....	34
4.3. Stärkung des westlichen Bündnisses zum Zweck des Erhalts der bisherigen (westlich dominierten) Weltordnung und der Verteidigung der eigenen Interessen	35
4.4. Die geforderte progressivere Außenpolitik Deutschlands soll vor allem eine Stärkung des westlichen Bündnisses sein	36
5. Das Konzept der (internationalen) Verantwortung ist eine direkte Übersetzung des proklamierten westlichen Gestaltungsmachtanspruchs in der internationalen Ordnung zur Verteidigung der eigenen Sicherheit.....	36
6. Das Konzept „Verantwortung“ fungiert als argumentationsstrategisches Mittel mit besonderem moralischen Überzeugungsgehalt, nicht aber als finales Argument.....	39
7. Interesse an öffentlicher Debatte bleibt beschränkt auf eine „Anerkennungsdebatte“ der Notwendigkeit einer progressiveren deutschen Außenpolitik zur Verteidigung des westlichen Machtanspruchs und nationaler Interessen in einer sich verändernden Weltordnung.....	40
7.1. Die Argumentation ist durchdrungen und wird dominiert von einer sicherheitspolitischen Perspektive (vgl. auch 6.)	43

8. Aus der Vorstellung von einer „guten Wesenhaftigkeit“ Deutschlands wird das Recht zum „guten Nationalismus“ abgeleitet	43
---	----

1. Existenzielles Bedrohungsszenario für Deutschlands Sicherheit als Ausgangspunkt der Argumentation für eine progressivere deutsche Außenpolitik

Fünf Jahrzehnte Münchner Sicherheitskonferenz spiegeln ein gutes Stück Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: von der Verteidigung des Westens hin zur globalen Ordnungspolitik und von der Wehrkunde zu einem umfassenden Sicherheitsbegriff. Was für ein Bogen! Als die Tagung erstmals hier in München stattfand, waren Deutschland und seine Hauptstadt geteilt und sie standen unter atomarer Bedrohung. Heute treiben uns neue Spannungen und neue Kriege um: zwischen Staaten und innerhalb von Staaten, in der Nähe und in der Ferne. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Die ersten Sätze seiner Rede verwendet Gauck dazu, einen **thematischen Zusammenhang zwischen der Rolle und Positionierung der Bundesrepublik Deutschland im Ost-West-Konflikt und dem Verhältnis Deutschlands zur heutigen Weltordnung** herzustellen. Dass dieser „Bogen“ keinesfalls nur historisch geschlagen wird, sondern dass hier explizit **inhaltliche Parallelen zwischen der Verteidigungshaltung von damals und dem Verständnis einer „globalen Ordnungspolitik“ von heute** festgestellt werden sollen, verdeutlicht Gauck mit der Doppelung der Satzstruktur im zweiten Halbsatz des ersten Satzes: Dabei wird eine eindeutige Zuordnung vorgenommen zwischen der „Verteidigung des Westens“ und der „Wehrkunde“ sowie zwischen der „globalen Ordnungspolitik“ und einem „umfassenden Sicherheitsbegriff“. Die Parallelität wird nochmals durch die darauffolgenden Sätze gefestigt, in denen Gauck die Teilung Deutschlands und die atomare Bedrohung von damals neben die Situation Deutschlands von heute stellt, die sich durch vielfältige neue Spannungen und neue Kriege auszeichne. **Gauck thematisiert und charakterisiert damit die heutige Sicherheitslage Deutschlands in drastischer Weise als von außen bedroht und legt die Notwendigkeit einer geeigneten Verteidigung nahe.** Diese Einschätzung der Lage wird an keiner Stelle diskutiert, hinterfragt oder als solche gekennzeichnet. Ebenso wenig wird der genaue Grund für die bedrohte Sicherheitslage Deutschlands durch Spannungen in nah und fern erklärt (Warum treiben uns diese Spannungen um?).

Darüber hinaus legt Gauck nahe, dass die angesprochenen Spannungen und Kriege in anderen Teilen der Welt (wo auch immer sie stattfinden mögen) „uns“ gerade deswegen „umtreiben“, **weil** sie eine Gefahr für die deutsche Sicherheit darstellten. Die im ersten Absatz formulierten Gegenüberstellungen legen hingegen nicht die Auffassung nahe, dass die neuen Kriege und Spannungen an sich (unabhängig von Deutschland) ein Grund zur Beunruhigung seien.

Die Aufmerksamkeit für die Spannungen in anderen Teilen der Welt wird also durch deren vorgeblich hochproblematischen Bezug zu Deutschland hergestellt. Aus der prominenten Positionierung dieser Feststellung (Gefahr für Deutschland) direkt an den Beginn der Rede muss zudem abgeleitet werden, dass **die Einschätzung eines bedrohten Deutschlands für**

den Verlauf der Rede und die darin vorgenommene Argumentation von zentraler Bedeutung ist.

Deshalb ändert sich das Grundmotiv der Münchner Tagung nicht. **Sicherheit bleibt eine Existenzfrage, für Menschen und für Nationen.** Es gehört zu den Stärken offener Gesellschaften, schwierige und komplexe Themen auch öffentlich zu debattieren – so wie es traditionell auf der Münchner Sicherheitskonferenz geschieht. Denn mit allen ihren Kontroversen trägt sie dazu bei, Sicherheit und Frieden **durch Dialog** zu festigen. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Gleichfalls übernimmt und unterstützt Gauck vollständig die Themensetzung der Münchner Sicherheitskonferenz und bekräftigt damit auch deren spezifische Herangehensweise, also (deutsche) Außenpolitik als Sicherheitspolitik zu behandeln, von der Gefahr her zu denken. Er bestätigt explizit das „Grundmotiv“ der M. Sk. und führt es im Anschluss selbst nochmals aus, indem er „**Sicherheit als Existenzfrage**“ **dezidiert als seinen thematischen Zugang zu „Deutschlands Rolle in der Welt“ (Überschrift der Rede) wählt.** In Verbindung mit dem vorangegangenen Absatz (dem ersten) der Rede wird deutlich, dass Gauck seine Beobachtung einer **aktuellen Sicherheitsbedrohung Deutschlands** („durch neue Spannungen und neue Kriege“), die sogar einem Vergleich mit der atomaren Bedrohung während des Ost-West-Konflikts ausgesetzt wird, **dezidiert als thematischen Ausgangspunkt der Rede fixiert.** Wie sehr sich Gauck die Perspektive der Sicherheitspolitik zu eigen macht bzw. wie sehr sein Blick auf Außenpolitik durch die Perspektive der Sicherheitspolitik geprägt ist, wird auch im folgenden Absatz der Rede deutlich, in der er von Außen- und Sicherheitspolitik spricht.

1.1. Globaler Wandel als Bedrohung für Deutschland in Form eines potentiellen Verlusts an Gestaltungsmacht des Westens in der internationalen Ordnung

Deutschland ist überdurchschnittlich globalisiert und es profitiert deshalb überdurchschnittlich von einer offenen Weltordnung – **einer Weltordnung, die Deutschland erlaubt, Interessen mit grundlegenden Werten zu verbinden.** Aus all dem leitet sich Deutschlands wichtigstes außenpolitisches Interesse im 21. Jahrhundert ab: **dieses Ordnungsgefüge, dieses System zu erhalten und zukunftsfähig zu machen.**

Deutschlands so definiertes Kerninteresse zu verfolgen, während sich die Welt **rundherum tiefgreifend verändert, das ist die große Herausforderung unserer Zeit.** (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Der letzte Satz der obigen Sequenz muss so aufgefasst werden, dass Gauck die angesprochenen **globalen Veränderungen** als einen Antagonismus gegenüber dem wie vorgenommen definierten deutschen Kerninteresse versteht, sonst wäre die Verfolgung dieser deutschen Kerninteressen nicht „die große Herausforderung unserer Zeit“. **Es lässt sich daraus die Hypothese ableiten, dass Gauck die globalen Veränderungen als den potentiellen Verlust an Gestaltungsmöglichkeit/macht der globalen Ordnung im Sinne Deutschlands versteht.**

Soweit die Fakten. Und doch sind nicht alle Kritiker der deutschen Politik einfach nur ungerecht. Einige differenzieren und nuancieren, und in solcher Kritik steckt wohl oft ein wahrer Kern. Auf dem Weg zu einem **Garanten internationaler Ordnung und Sicherheit** bewegt sich Deutschland nun schon im 24. Jahr. Es ist eine mühsame

Wanderung auf gewundenem Pfad. **Wer aber die kleinsten Schritte für die besten hält, wird kaum mithalten können mit dem rasanten Wandel der Bedrohungen, und wird auch den Umwälzungen im strategischen Umfeld nicht gerecht werden können.**

Lassen sie mich ein paar Beispiele in Fragen kleiden: Tun wir, was wir tun könnten, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren, im Osten wie in Afrika? Tun wir, was wir tun müssten, um den Gefahren des Terrorismus zu begegnen? Und wenn wir überzeugende Gründe dafür gefunden haben, uns **zusammen mit unseren Verbündeten auch militärisch zu engagieren**, sind wir dann bereit, die Risiken fair mit ihnen zu teilen? Tun wir, was wir sollten, um neue oder **wiedererstarzte Großmächte für die gerechte Fortentwicklung der internationalen Ordnung zu gewinnen**? Ja, interessieren wir uns überhaupt für manche Weltgegenden so, wie es die Bedeutung dieser Länder verlangt? Welche Rolle wollen wir in den Krisen ferner Weltregionen spielen? Engagieren wir uns schon ausreichend dort, wo die Bundesrepublik eigene und eigens Kompetenz entwickelt hat – nämlich bei der **Prävention von Konflikten**? Ich meine: Die Bundesrepublik sollte sich **als guter Partner** früher, entschiedener und substantieller einbringen.

Deutschland zeigt zwar seit langem, dass es international verantwortlich handelt. Aber es könnte – gestützt auf seine Erfahrungen bei der Sicherung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit – entschlossener weitergehen, um den **Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, Nato und den Vereinten Nationen aufrechtzuerhalten und zu formen**. Die Bundesrepublik muss dabei auch bereit sein, mehr zu tun für **jene Sicherheit, die ihr von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde**.

(Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Wiederholt macht Gauck eine **Bedrohungslage, die mit dem Wandel der internationalen Ordnung in Zusammenhang** steht, zum **Ausgangspunkt seiner Argumentation** und nimmt diese zum Anlass für seine Forderung nach einer aktiveren Rolle Deutschlands in der Welt. Er tut damit kund, dass er sich darüber bewusst ist, dass es nicht die *eine* internationale Ordnung gibt. Im dritten Absatz konkretisiert Gauck folgerichtig seine spezifische Vorstellung der angestrebten internationalen Ordnung, die Deutschland mitformen soll als einen „Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, Nato und den Vereinten Nationen“. Das Verb „aufrechtzuerhalten“ unterstreicht den Eindruck, dass es dabei genau um **die bisherige, vom Westen dominierte internationale Ordnung geht, die Gauck als Handlungsziel des von ihm geforderten aktiveren Engagements Deutschlands in der Welt aufstellt**. In anderen Worten: **Deutschlands Rolle in der Welt besteht in der Aufrechterhaltung der alten internationalen Ordnung**. Diese Lesart bekräftigt Gauck, indem er im darauffolgenden Satz (also im letzten Satz des dritten Absatzes dieser Sequenz) die *eine* Sicherheit spezifiziert, die es seiner Meinung nach durch den „rasanten Wandel der Bedrohungen“ und die damit zusammenhängenden „Umwälzungen im strategischen Umfeld“ zu schützen gilt: „jene Sicherheit“, die Deutschland von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde, womit nur die USA und andere westliche Nato-Verbündete Westdeutschlands im Kalten Krieg gemeint sein können. **Wiederholt** recurriert Gauck dabei auf die **Bedrohungs- und Bündnislage im Kalten Krieg als Referenzrahmen für die Beschreibung Deutschlands Rolle in der Welt!** Diese Rolle wird als **Stärkung des traditionellen westlichen Bündnisses** gesehen. Um an dieser Sichtweise keinen Zweifel zu lassen, betont Gauck auch ein drittes Mal, dass sich Deutschland „**als guter Partner**“ mehr engagieren solle (letzter Satz des zweiten Absatzes).

Wenn es in den vergangenen Jahren eine Konstante gab, so ist es die Beobachtung, dass die **Geschwindigkeit des Wandels permanent unterschätzt wurde**. Regelmäßig wundern sich Zukunftsforscher, dass Veränderungen in der Welt deutlich schneller Wirklichkeit werden als von ihnen prognostiziert. **Dies hat auch Konsequenzen für unsere Sicherheit: Unvermutet** schnell geraten wir hinein in eine Welt, in der sich Einzelne so viel Vernichtungskraft kaufen können wie früher nur Staaten. **Eine Welt, in der ökonomische und politische Macht wandert oder ganze Regionen aufrüstet**. Im Nahen Osten drohen sich einzelne Feuer zu einem Flächenbrand zu verbinden. Just in dem Moment überdenkt die einzige Supermacht Ausmaß und Form ihres globalen Engagements. Ihr Partner Europa ist mit sich selbst beschäftigt. **Im Zuge dieser Entwicklung zu glauben, man könne in Deutschland einfach so weitermachen wie bisher – das überzeugt mich nicht.** (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Veränderungen/Wandel wird vor allem im Zusammenhang mit globalen Machtverschiebungen als Sicherheitsbedrohung wahrgenommen, die die acht weg von der westlichen Dominanz der Weltordnung: Das Aufrüsten neuer Regionen, die Verschiebung ökonomischer und politischer Macht werden als Beispiele **desselben Trends** genannt, wie die Möglichkeit eines weltpolitischen Rückzug der USA („einzige Supermacht“) und der Introversion des europäischen Partners. Der fehlende globale Gestaltungsanspruch der USA und Europas wird in eine Reihe mit der wachsenden Vernichtungskraft „Einzelner“ und dem Machtzuwachs anderer Regionen gestellt. Die Bedrohung besteht also in genau der Veränderung, die dem Westen (den USA und Europa) einen Machtverlust beschert.

So möchte ich erinnern an das, was ich an **unserem Nationalfeiertag** am 3. Oktober gesagt habe: **Wir können nicht hoffen, verschont zu bleiben von den Konflikten der Welt.** Aber wenn wir uns an deren Lösung beteiligen, können wir die Zukunft **zumindest mitgestalten**. Deshalb **lohnt** es sich für die Bundesrepublik, in die europäische Zusammenarbeit und in die internationale Ordnung angemessen zu **investieren**. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

An der Aussage, dass die Zukunft „zumindest mitgestaltet“ werden könnte, wenn man sich an der Konfliktlösung in der Welt beteiligt, wird deutlich, dass die **Angst vor Gestaltungsverlust** ein starkes, wenn nicht das primäre Handlungsmotiv ist.

1.2. Bedrohung des Fortbestands der eigenen (westlichen) Wesenheit

Aber gerade weil dies gute Zeiten für Deutschland sind, müssen wir überlegen, was wir heute zu verändern haben, damit morgen bleibt, was uns wesentlich ist. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Offensichtlich besteht aus der Sicht Gaucks die Möglichkeit, dass das, was „uns wesentlich ist“ (die Errungenschaften) in Gefahr ist. Damit bleibt, was ist, muss etwas getan werden.

Lassen Sie uns also nicht die Augen verschließen, vor Bedrohungen nicht fliehen, sondern standhalten, universelle Werte weder vergessen noch verlassen oder gar **verraten**, sondern **gemeinsam mit Freunden und Partnern zu ihnen stehen, sie glaubwürdig vorleben und sie verteidigen**. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Gauck beendet seine Rede mit dem wiederholten Verweis auf ein existierendes Bedrohungsszenario für Deutschland, das er bereits zu Beginn der Rede angeführt hat. Er

betont damit abermals die **zentrale Bedeutung, die diese Bedrohung für die Argumentation** seiner Rede hat. Das letzte Wort der Rede ist „verteidigen“.

1.3. Konstruktion einer Bedrohung durch ein Feindbild

Die neuen Weltmächte, wir sähen sie gerne als Teilhaber einer Weltordnung. Aber einige suchen ihren Platz nicht in der Mitte des Systems, sondern eher am Rande. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Lassen Sie uns also nicht die Augen verschließen, vor Bedrohungen nicht fliehen, sondern standhalten, universelle Werte weder vergessen noch verlassen oder gar **verraten, sondern gemeinsam mit Freunden und Partnern zu ihnen stehen, sie glaubwürdig vorleben und sie verteidigen**. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Feindbildkonstruktion: Ein Verrat kann dabei nur vorgenommen werden, wenn ein Sachverhalt, der die Interessen eines *bestimmten* Personenkreises betrifft, an Dritte *außerhalb* dieses Personenkreises gelangt, **die Willens und/oder in der Lage sind, diesen Interessen zuwiderzuhandeln**. Im Lichte dieses Begriffsverständnisses erscheint ein Verrat an universellen Werten entweder widersinnig (universelle Werte dürften ja gerade keinen bestimmten Personenkreis betreffen und daher gar nicht verraten werden können) oder aufschlussreich im Hinblick auf die Vorstellung von „universellen Werten“, die hier zugrunde gelegt wird.

So stellt diese Formulierung entweder in Frage, dass die gemeinten universellen Werte tatsächlich universell sind (es läge dann nahe, dass sie tatsächlich **nur von einem bestimmten Personenkreis vertreten werden**) oder sie legt es darauf an eine offensichtlich bemerkenswerte Anzahl von **Akteuren für böse und feindlich gesonnen zu erklären, die Willens und in der Lage sind, genau diesen „universellen Werten“ zuwiderzuhandeln**. Wenn wir also davon ausgehen, dass der Sprechakt von der Universalität der Werte ausgeht, dann erzeugt die implizite Behauptung, dass es nennenswerte Akteure gibt, die *universellen* Werten zuwiderhandeln, ein Bedrohungsszenario auf Kosten der **Konstruktion eines schwerwiegenden Feindbildes**.

2. Erhebung eines globalen Gestaltungsanspruchs für Deutschland

Fünf Jahrzehnte Münchner Sicherheitskonferenz spiegeln ein gutes Stück Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: **von der Verteidigung des Westens hin zur globalen Ordnungspolitik und von der Wehrkunde zu einem umfassenden Sicherheitsbegriff**. Was für ein Bogen! Als die Tagung erstmals hier in München stattfand, waren Deutschland und seine Hauptstadt geteilt und sie standen unter atomarer Bedrohung. Heute treiben uns neue Spannungen und neue Kriege um: **zwischen Staaten und innerhalb von Staaten, in der Nähe und in der Ferne**. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Durch die Beschreibung deutscher Außenpolitik als „globale Ordnungspolitik“ wird offenkundig ein **ausgesprochen umfassender (ein globaler) Gestaltungsanspruch für Deutschland** reklamiert (s.o.: „globale Ordnungspolitik“ wird als ein Teil „gutes Stück Geschichte“ beschrieben).

"Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen" (Überschrift; Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Die Überschrift der Rede postuliert Deutschland als Akteur mit einer eigenen Rolle in der Welt. Sie markiert die Begriffe Verantwortung, Normen und Bündnisse als zentrale Referenzpunkte dieser Rolle in der Welt. Deutschland (einem Land mit 80 Millionen Einwohnern) wird eine eigene Rolle in der Welt zugesprochen.

2.1. Legitimation eines westlich dominierten Gestaltungsanspruchs aufgrund des Anspruchs der Vertretung universeller Werte

Lassen Sie uns also nicht die Augen verschließen, vor Bedrohungen nicht fliehen, sondern standhalten, universelle Werte weder vergessen noch verlassen oder gar **verraten**, sondern **gemeinsam mit Freunden und Partnern zu ihnen stehen**, sie glaubwürdig **vorleben** und sie **verteidigen**. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Gleichzeitig beansprucht Gauck in seinem letzten Satz allgemein, dass Deutschland „gemeinsam mit Freunden und Partnern“ universelle Werte vertreten kann sowie er diese universellen Werte speziell für die in seiner Rede skizzierte Rolle Deutschlands beansprucht. Das heißt, er geht davon aus, dass die Werte, die eine kleine Gruppe von Ländern vertritt, universelle Gültigkeit besitzen kann. Dieses sich hier abzeichnende Missverhältnis wirft die zentrale Frage auf, warum Gauck die universellen Werte denn nicht in einem viel größeren Kreis, global vertreten wissen möchte, was angesichts des behaupteten Geltungsbereichs der Werte sehr viel näher läge. Die Antwort darauf kann nur lauten, dass Gauck davon ausgeht, dass andere Akteure, die nicht seine Freunde oder Partner sind, nicht an der Ausübung universell gültiger Werte interessiert sind, bzw. diesen geradezu widerstreben möchten. (Feindbildaufbau)

Gleichzeitig unterhält Deutschland allerdings auch strategisch wichtige Beziehungen zu Staaten, die zwar hohe Wachstumsraten und Renditen versprechen, **aber bisher wenig Neigung zeigen, sich das westliche Staats- und Gesellschaftsmodell zum Vorbild zu nehmen**. (NBMV, S. 6-7)

3. Werte und Interessen: Verschmelzung strategischer Ziele und nationaler Interessen mit der Verbreitung der eigenen Werte in anderen Ländern der Welt

Gleichzeitig unterhält Deutschland allerdings auch strategisch wichtige Beziehungen zu Staaten, die zwar hohe Wachstumsraten und Renditen versprechen, **aber bisher wenig Neigung zeigen, sich das westliche Staats- und Gesellschaftsmodell zum Vorbild zu nehmen**. Aus diesem Spannungsverhältnis folgt indes keineswegs, dass Deutschland im Zeichen einer neuen „Realpolitik“ zwischen seiner tradierten normativen und multilateralen Ausrichtung und einer geoökonomisch orientierten Außenpolitik zu wählen hat; oder dass es sich gar – noch deutlicher gesagt – **zwischen seinen Werten und seinen Interessen entscheiden muss**. Richtig ist, dass Zielkonflikte zwischen deutschen Werten und Interessen, gerade im Verkehr mit autoritären Staaten, kurzfristig oft unvermeidbar sind und im konkreten Einzelfall ausbalanciert werden müssen. **In der langfristigen Perspektive aber ist Werteorientierung für eine westliche Demokratie ein existenzielles Interesse.**

Denn Menschenwürde, bürgerliche Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit und Partizipation gefährden nicht etwa die Stabilität einzelner Länder und Regionen, sie sind deren Voraussetzung. Autoritäre Regime sind aber auch keineswegs schon deshalb stabil, weil sie autoritär sind. Gerade (Ost-)Deutschlands jüngere Geschichte hat gezeigt, wie fragil autokratische Macht sein kann. **Diese Ziele auch in anderen Staaten zu unterstützen, entspricht daher Deutschlands Werten ebenso wie seinen strategischen Interessen.** (NMINV, S. 6-7)

4. Aus der Bedrohungswahrnehmung wird die Notwendigkeit der Verteidigung des Westens mittels des Erhalts/Ausbaus des weltordnungspolitischen Gestaltungsanspruch eines westlichen Bündnisses abgeleitet

Fünf Jahrzehnte Münchner Sicherheitskonferenz spiegeln ein gutes Stück Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: **von der Verteidigung des Westens hin zur globalen Ordnungspolitik und von der Wehrkunde zu einem umfassenden Sicherheitsbegriff.** Was für ein Bogen! Als die Tagung erstmals hier in München stattfand, waren Deutschland und seine Hauptstadt geteilt und sie standen unter atomarer Bedrohung. Heute treiben uns neue Spannungen und neue Kriege um: zwischen Staaten und innerhalb von Staaten, in der Nähe und in der Ferne. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Globale Ordnungspolitik wird zu einer Verteidigungspolitik stilisiert, deren „Wehrkunde“ im umfassenden Sicherheitsbegriff besteht.

Eines gleich vorweg: **Dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir jemals hatten.** Das auszusprechen, ist keine Schönfärberei. Als ich geboren wurde, herrschten die Nationalsozialisten, die die Welt mit Leid und Krieg überzogen haben. Als der Zweite Weltkrieg endete, war ich fünf Jahre alt. Unser Land war zerstört, materiell und moralisch. Schauen wir uns an, wo **Deutschland heute steht: Es ist eine stabile Demokratie, frei und friedliebend, wohlhabend und offen. Es tritt ein für Menschenrechte. Es ist ein verlässlicher Partner in Europa und in der Welt, gleich berechtigt und gleich verpflichtet.** Das alles erfüllt mich mit tiefer Dankbarkeit und Freude.

Aber gerade weil dies gute Zeiten für Deutschland sind, müssen wir überlegen, was wir heute zu verändern haben, damit morgen bleibt, was uns wesentlich ist. Manche in Deutschland fragen, was es denn da eigentlich zu ändern gebe. Unser Land sei von Freunden umgeben, und weit und breit schicke sich kein Staat an, sich mit uns zu verfeinden. Sie glauben, dass die deutsche Außenpolitik ihre bekömmliche Rezeptur längst gefunden habe. Da gebe es wenig zu justieren, schon gar nichts zu ändern. Warum reparieren, was nicht kaputt ist? (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Die Frage nach dem Erhalt der eigenen Werte, der eigenen Verfasstheit und des eigenen Wohlstands, letztendlich also des eigenen Wesens („was uns wesentlich ist“) wird dem Ruf nach einer aktiveren Rolle Deutschlands in der Welt als Ausgangsüberlegung vorangestellt. **Die Begründung des Aufrufs zu mehr Verantwortungsübernahme durch Deutschland besteht damit offenkundig in der wahrgenommenen Notwendigkeit des Schutzes nationalstaatlicher Interessen und Bündnisinteressen.**

Aus all dem folgt: Die Beschwörung des Altbekannten wird künftig nicht ausreichen! Die Kernfrage lautet doch: **Hat Deutschland die neuen Gefahren und die Veränderung im Gefüge der internationalen Ordnung schon angemessen wahrgenommen?** Reagiert es seinem Gewicht entsprechend? Ergreift die Bundesrepublik genügend Initiative, um jenes **Geflecht aus Normen, Freunden und Allianzen zukunftsfähig zu machen, das uns doch Frieden in Freiheit und Wohlstand in Demokratie gebracht hat?** (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Im Zuge der Formulierung der „Kernfrage“ wird die beschriebene Bedrohungslage nochmals dezidiert mit „der Veränderung im Gefüge der internationalen Ordnung“ verknüpft, die mit der rhetorischen Frage ergänzt wird, ob Deutschland das westliche Bündnis (das angesprochene Geflecht) ausreichend unterstützt, was die Vorstellung impliziert, dass die geeignete Reaktion auf die beschriebene Gefahr darin besteht, durch eine Stärkung des westlichen Bündnisses den angesprochenen Gefahren und Veränderungen etwas entgegenzusetzen.

So möchte ich erinnern an das, was ich an **unserem Nationalfeiertag** am 3. Oktober gesagt habe: **Wir können nicht hoffen, verschont zu bleiben von den Konflikten der Welt.** Aber wenn wir uns an deren Lösung beteiligen, können wir die Zukunft **zumindest mitgestalten.** Deshalb **lohnt** es sich für die Bundesrepublik, in die europäische Zusammenarbeit und in die internationale Ordnung angemessen zu **investieren.**

Die Welt wird als konflikträchtig dargestellt und eine Vernetzung mit ihr erzeuge unweigerlich Gefahr, wobei sich die Vernetzung nicht auflösen lasse: Wiederholt (vgl. Inselfvergleich) wird hier auf ein **deutsches Schutzbedürfnis und auf den vermeintlichen Wunsch der Deutschen nach Isolation rekurriert** („wir können nicht hoffen“), um in dessen Widerlegung die Notwendigkeit zu einer Reaktion auf eine Bedrohung zu unterstreichen.

Durch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten, besonders in der Europäischen Union, gewinnt die Bundesrepublik Deutschland **Gestaltungskraft** hinzu. **Deutschland tut sogar noch mehr Zusammenarbeit gut.** In Zukunft kann daraus sogar eine gemeinsame **europäische Verteidigung** wachsen. In unserer vernetzten Welt gibt es **Probleme**, die kein Staat alleine lösen kann, und sei er noch so **mächtig.**

4.1. Notwendigkeit des Erhalt und Festigung der bisherigen (westlich dominierten) internationalen Ordnung wird hauptsächlich mit dem Schutz der eigenen wirtschaftspolitischen Interessen begründet

Deutschland mit seiner **freien und offenen Bürgergesellschaft** lebt wie kaum ein anderes Land von der **Globalisierung.** Seine **gegenwärtige Stärke** beruht wesentlich auf seiner Fähigkeit zu Reformen, die seine Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit erhalten haben – aber noch mehr auf seinem **Erfolg als Handels- und Exportnation.** Es ist **existenziell abhängig vom Austausch** (von Menschen, Gütern, Ressourcen,

Ideen und Daten) mit anderen Gesellschaften. Deutschland **braucht also die Nachfrage aus anderen Märkten sowie den Zugang zu internationalen Handelswegen und Rohstoffen.** Mehr noch aber braucht es das stabile und vitale globale Umfeld, das diese Freiheiten erst möglich macht: ein starkes Europa, und eine **liberale, normengestützte Weltordnung** mit freien, offenen Staaten und Gesellschaften. **Deutschlands überragendes strategisches Ziel muss es daher sein, diese Weltordnung zu erhalten, zu schützen und weiter zu entwickeln.** (NMNV, S. 6)

Deutschland ist überdurchschnittlich globalisiert und es profitiert deshalb überdurchschnittlich von einer offenen Weltordnung – **einer Weltordnung, die Deutschland erlaubt, Interessen mit grundlegenden Werten zu verbinden.** Aus all dem leitet sich Deutschlands wichtigstes außenpolitisches Interesse im 21. Jahrhundert ab: **dieses Ordnungsgefüge, dieses System zu erhalten und zukunftsfähig zu machen.**

Deutschlands so definiertes Kerninteresse zu verfolgen, während sich die Welt rundherum tiefgreifend verändert, das ist die große Herausforderung unserer Zeit.

(Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Gauck bekräftigt wiederholt, dass die proklamierte Verantwortung und Rolle Deutschlands in der Welt letztendlich darin besteht, **das alte Ordnungsgefüge zu erhalten, um damit eigene, nationale Interessen zu schützen.**

4.2. Bündnisse als Mittel der Aggregation internationaler Gestaltungsmacht

Durch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten, besonders in der Europäischen Union, gewinnt die Bundesrepublik Deutschland **Gestaltungskraft** hinzu. **Deutschland tut sogar noch mehr Zusammenarbeit gut.** In Zukunft kann daraus sogar eine gemeinsame **europäische Verteidigung** wachsen. In unserer vernetzten Welt gibt es Probleme, die kein Staat alleine lösen kann, und sei er noch so **mächtig.** Die Fähigkeit also und die Bereitschaft zur **Zusammenarbeit werden zum entscheidenden Signum internationaler Politik.** In diesem Sinne ist Verantwortung stets Mitverantwortung. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Die Probleme, die es offenkundig für Deutschland in der Welt zu lösen gibt, lassen sich nur oder vor allem mit Macht lösen. Diese Macht kann in Bündnissen aggregiert und dadurch vergrößert werden. **Eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik ist also vor allem ein internationales Machtinstrument zur Lösung der Probleme in der Welt.**

4.3. Stärkung des westlichen Bündnisses zum Zweck des Erhalts der bisherigen (westlich dominierten) Weltordnung und der Verteidigung der eigenen Interessen

Soweit die Fakten. Und doch sind nicht alle Kritiker der deutschen Politik einfach nur ungerecht. Einige differenzieren und nuancieren, und in solcher Kritik steckt wohl oft ein wahrer Kern. Auf dem Weg zu einem **Garanten internationaler Ordnung und Sicherheit** bewegt sich Deutschland nun schon im 24. Jahr. Es ist eine mühsame Wanderung auf gewundenem Pfad. **Wer aber die kleinsten Schritte für die besten hält, wird kaum mithalten können mit dem rasanten Wandel der Bedrohungen, und wird auch den Umwälzungen im strategischen Umfeld nicht gerecht werden können.**

Lassen sie mich ein paar Beispiele in Fragen kleiden: Tun wir, was wir tun könnten, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren, im Osten wie in Afrika? Tun wir, was wir tun müssten, um den Gefahren des Terrorismus zu begegnen? Und wenn wir überzeugende Gründe dafür gefunden haben, uns **zusammen mit unseren Verbündeten auch militärisch zu engagieren**, sind wir dann bereit, die Risiken fair mit ihnen zu teilen? Tun wir, was wir sollten, um neue oder **wiedererstarzte Großmächte für die gerechte Fortentwicklung der internationalen Ordnung zu gewinnen**? Ja, interessieren wir uns überhaupt für manche Weltgegenden so, wie es die Bedeutung dieser Länder verlangt? Welche Rolle wollen wir in den Krisen ferner Weltregionen spielen? Engagieren wir uns schon ausreichend dort, wo die Bundesrepublik eigene und eigens Kompetenz entwickelt hat – nämlich bei der **Prävention von Konflikten**? Ich meine: Die Bundesrepublik sollte sich **als guter Partner** früher, entschiedener und substantieller einbringen.

Deutschland zeigt zwar seit langem, dass es international verantwortlich handelt. Aber es könnte – gestützt auf seine Erfahrungen bei der Sicherung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit – entschlossener weitergehen, um den **Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, Nato und den Vereinten Nationen aufrechtzuerhalten und zu formen**. Die Bundesrepublik muss dabei auch bereit sein, mehr zu tun für **jene Sicherheit, die ihr von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde**.

(Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Wiederholt macht Gauck eine **Bedrohungslage, die mit dem Wandel der internationalen Ordnung in Zusammenhang** steht, zum **Ausgangspunkt seiner Argumentation** und nimmt diese zum Anlass für seine Forderung nach einer aktiveren Rolle Deutschlands in der Welt. Er tut damit kund, dass er sich darüber bewusst ist, dass es nicht die *eine* internationale Ordnung gibt. Im dritten Absatz konkretisiert Gauck folgerichtig seine spezifische Vorstellung der angestrebten internationalen Ordnung, die Deutschland mitformen soll als einen „Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, Nato und den Vereinten Nationen“. Das Verb „aufrechtzuerhalten“ unterstreicht den Eindruck, dass es dabei genau um **die bisherige, vom Westen dominierte internationale Ordnung geht, die Gauck als Handlungsziel des von ihm geforderten aktiveren Engagements Deutschlands in der Welt aufstellt**. In anderen Worten: **Deutschlands Rolle in der Welt besteht in der Aufrechterhaltung der alten internationalen Ordnung**. Diese Lesart bekräftigt Gauck, indem er im darauffolgenden Satz (also im letzten Satz des dritten Absatzes dieser Sequenz) die *eine* Sicherheit spezifiziert, die es seiner Meinung nach durch den „rasanten Wandel der Bedrohungen“ und die damit zusammenhängenden „Umwälzungen im strategischen Umfeld“ zu schützen gilt: „jene Sicherheit“, die Deutschland von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde, womit nur die

USA und andere westliche Nato-Verbündete Westdeutschlands im Kalten Krieg gemeint sein können. **Wiederholt** recurriert Gauck dabei auf die **Bedrohungs- und Bündnislage im Kalten Krieg als Referenzrahmen für die Beschreibung Deutschlands Rolle in der Welt!** Diese Rolle wird als **Stärkung des traditionellen westlichen Bündnisses** gesehen. Um an dieser Sichtweise keinen Zweifel zu lassen, betont Gauck auch ein drittes Mal, dass sich Deutschland „als guter Partner“ mehr engagieren solle (letzter Satz des zweiten Absatzes).

4.4. Die geforderte progressivere Außenpolitik Deutschlands soll vor allem eine Stärkung des westlichen Bündnisses sein

Wird Deutschland also "mehr Ärger bekommen", wenn es sich einmischt? Es gibt ja durchaus manche, die meinen, deutsche Initiativkraft erzeuge notwendigerweise Friktionen mit Freunden und Nachbarn. Aber ich glaube: Hier liegt ein Missverständnis vor. "Mehr Verantwortung" bedeutet eben nicht: "mehr Kraftmeierei"! Und auch nicht: "mehr Alleingänge"! Ganz im Gegenteil: Durch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten, besonders in der Europäischen Union, gewinnt die Bundesrepublik Deutschland **Gestaltungskraft** hinzu. **Deutschland tut sogar noch mehr Zusammenarbeit gut.** In Zukunft kann daraus sogar eine gemeinsame **europäische Verteidigung** wachsen. In unserer vernetzten Welt gibt es **Probleme**, die kein Staat alleine lösen kann, und sei er noch so **mächtig**. Die Fähigkeit also und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit werden zum entscheidenden **Signum** internationaler Politik. In diesem Sinne ist Verantwortung stets Mitverantwortung.
(Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Ich bin zutiefst davon überzeugt: Deutschland, der Welt stärker zugewandt, wird ein noch besserer Freund und ein noch besserer Alliierte sein – und übrigens ganz besonders in Europa. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

5. Das Konzept der (internationalen) Verantwortung ist eine direkte Übersetzung des proklamierten westlichen Gestaltungsmachtanspruchs in der internationalen Ordnung zur Verteidigung der eigenen Sicherheit

Soweit die Fakten. Und doch sind nicht alle Kritiker der deutschen Politik einfach nur ungerecht. Einige differenzieren und nuancieren, und in solcher Kritik steckt wohl oft ein wahrer Kern. Auf dem Weg zu einem **Garanten internationaler Ordnung und Sicherheit** bewegt sich Deutschland nun schon im 24. Jahr. Es ist eine mühsame Wanderung auf gewundenem Pfad. Wer aber die kleinsten Schritte für die besten hält, wird kaum mithalten können mit dem rasanten Wandel der Bedrohungen, und wird auch den Umwälzungen im strategischen Umfeld nicht gerecht werden können.

Lassen sie mich ein paar Beispiele in Fragen kleiden: Tun wir, was wir tun könnten, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren, im Osten wie in Afrika? Tun wir, was wir tun müssten, um den Gefahren des Terrorismus zu begegnen? Und wenn wir

überzeugende Gründe dafür gefunden haben, uns **zusammen mit unseren Verbündeten auch militärisch zu engagieren**, sind wir dann bereit, die Risiken fair mit ihnen zu teilen? Tun wir, was wir sollten, um neue oder **wiedererstarke Großmächte für die gerechte Fortentwicklung der internationalen Ordnung zu gewinnen**? Ja, interessieren wir uns überhaupt für manche Weltgegenden so, wie es die Bedeutung dieser Länder verlangt? Welche Rolle wollen wir in den Krisen ferner Weltregionen spielen? Engagieren wir uns schon ausreichend dort, wo die Bundesrepublik eigene und eigens Kompetenz entwickelt hat – nämlich bei der **Prävention von Konflikten**? Ich meine: Die Bundesrepublik sollte sich **als guter Partner** früher, entschiedener und substantieller einbringen.

Deutschland zeigt zwar seit langem, dass es **international verantwortlich** handelt. Aber es könnte – gestützt auf seine Erfahrungen bei der Sicherung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit – entschlossener weitergehen, **um den Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, Nato und den Vereinten Nationen aufrechtzuerhalten und zu formen**. Die Bundesrepublik muss dabei auch bereit sein, **mehr zu tun für jene Sicherheit, die ihr von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde**. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Trotz der vorgenommenen Differenzierung und Spezifizierung der angestrebten internationalen Ordnung (als eine westlich dominierte und definierte Ordnung) erhebt Gauck für diese Ordnung einen **globalen Gerechtigkeitsanspruch**, von dem die „wiedererstarkenden Großmächte“ überzeugt werden müssten. Die Perspektivität und der damit verbundene spezifische Macht- und Gestaltungsanspruch **einer** bestimmten Weltregion (bzw. Akteurkreises) wird also nicht als solche reflektiert, **sondern in eine globale Ordnungsvorstellung und einen damit zusammenhängenden Gestaltungsanspruch des Westens übersetzt** und mit dem Begriff der „internationalen Verantwortlichkeit“ versehen.

Politiker müssen **immer verantworten**, was sie tun. Sie müssen aber auch die Folgen dessen tragen, was sie unterlassen. Auch wer nicht handelt, übernimmt doch Verantwortung. **Es ist trügerisch sich vorzustellen, Deutschland sei geschützt vor den Verwerfungen unserer Zeit – wie eine Insel. Denn Deutschland ist so tief verwoben mit der Welt wie wenige andere Staaten**. Somit profitiert Deutschland von der **offenen Ordnung** der Welt. Und es ist **anfällig für Störungen im System**. **Eben deshalb** können die Folgen des Unterlassens ebenso gravierend wie die Folgen des Eingreifens sein – manchmal sogar gravierender. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Die Argumentation und die Bewertung der Globalisierung erfolgt ausschließlich in Bezug auf Deutschland. Sowohl die angesprochene Vorteile einer globalisierten Welt als auch die Gefahren gelten in Bezug auf Deutschland. Dabei wird eine globalisierte Welt vor allem und sehr deutlich als gefährlich für Deutschland beschrieben. Diese Bedrohungen würden leicht unterschätzt, sie seien „trügerisch“, was die Brisanz der Situation nur noch erhöht. Im obigen Abschnitt wird deutlich, dass das Szenario Globalisierung, auf das verantwortlich reagiert werden müsse, ein **bedrohliches** ist. (Als ein für die deutsche Lage völlig absurdes Kontrastbild wird eine Insel angeführt, die einzig Schutz vor den „Verwerfungen unserer Zeit“ bieten könne, womit die Unausweichlichkeit einer deutschen Reaktion unterstrichen wird). Um den Profit, den Deutschland aus der offenen Ordnung der Welt zieht, zu erhalten, müsse also auf die damit einhergehenden Bedrohungen reagiert werden. **These: An dieser Stelle wird so deutlich, wie an kaum einer anderen Stelle, dass**

es in erster Linie um deutsche Interessen geht, für die „Verantwortung“ übernommen werden müsse.

Wird Deutschland also "mehr Ärger bekommen", wenn es sich einmischt? Es gibt ja durchaus manche, die meinen, deutsche Initiativkraft erzeuge notwendigerweise Friktionen mit Freunden und Nachbarn. Aber ich glaube: Hier liegt ein Missverständnis vor. "Mehr Verantwortung" bedeutet eben nicht: "mehr Kraftmeierei"! Und auch nicht: "mehr Alleingänge"! Ganz im Gegenteil: Durch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten, besonders in der Europäischen Union, gewinnt die Bundesrepublik Deutschland **Gestaltungskraft** hinzu. **Deutschland tut sogar noch mehr Zusammenarbeit gut.** In Zukunft kann daraus sogar eine gemeinsame **europäische Verteidigung** wachsen. In unserer vernetzten Welt gibt es **Probleme**, die kein Staat alleine lösen kann, und sei er noch so **mächtig**. Die Fähigkeit also und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit werden zum entscheidenden **Signum** internationaler Politik. In diesem Sinne ist Verantwortung stets Mitverantwortung.
(Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Ganz offenkundig geht der hier verwendete Verantwortungsbegriff unmittelbar aus einem Machtbegriff bzw. internationalen Gestaltungsmachtbegriff hervor: Verantwortung für das Lösen der angesprochenen Probleme ergibt sich direkt und einzig aus ausreichend großer Macht. Diese Macht oder „Gestaltungskraft“ vergrößert sich in Bündnissen. In der unmittelbaren Übersetzung wird aus Macht Verantwortung und aus dem Zusammenschluss in Bündnissen wird Mitverantwortung.

So möchte ich erinnern an das, was ich an **unserem Nationalfeiertag** am 3. Oktober gesagt habe: **Wir können nicht hoffen, verschont zu bleiben von den Konflikten der Welt.** Aber wenn wir uns an deren Lösung beteiligen, können wir die Zukunft **zumindest mitgestalten.** Deshalb **lohnt** es sich für die Bundesrepublik, in die **europäische Zusammenarbeit und in die internationale Ordnung angemessen zu investieren.** (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

An der Aussage, dass die Zukunft „zumindest mitgestaltet“ werden könnte, wenn man sich an der Konfliktlösung in der Welt beteiligt, wird deutlich, dass die **Angst vor Gestaltungsverlust** ein starkes, wenn nicht das primäre Handlungsmotiv ist.

Die Lösung von „Konflikten in der Welt“ wird nicht als Ziel an sich deklariert, sondern vor allem als **Mittel zum Zweck der Mitgestaltung.** Die deutsche Beteiligung an der Lösung dieser Konflikte wird mit einer Investition verglichen, die sich noch lohnen werde. Es geht also nicht um Kooperation oder Solidarität, sondern um eine **Handlungsentscheidung, die mit klaren Nutzenerwartungen verbunden ist.** Diese Sequenz **widerspricht** also einer Lesart des Verantwortungsbegriffes, wonach deutsche Außenpolitik vor allem im Sinne Dritter eine solidarische Form der Verantwortung übernehmen solle.

Ich muss wohl sehen, dass es bei uns – neben aufrichtigen Pazifisten – jene gibt, die Deutschlands historische Schuld benutzen, um dahinter Weltabgewandtheit oder Bequemlichkeit zu verstecken. In den Worten des deutschen Historikers Heinrich August Winkler ist das eine Haltung, die Deutschland ein fragwürdiges "Recht auf Wegsehen" bescheinigt, "das andere westliche Demokratien nicht für sich in Anspruch nehmen" können. So kann dann aus Zurückhaltung so etwas wie Selbstprivilegierung entstehen,

und wenn das so ist, werde ich es immer kritisieren. **Denn für mich ist ganz klar: Wir brauchen das Nato-Bündnis. Und gerade wenn die Vereinigten Staaten nicht ständig mehr leisten können, müssen Deutschland und seine europäischen Partner für ihre Sicherheit zunehmend selbst verantwortlich sein.** (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

6. Das Konzept „Verantwortung“ fungiert als argumentationsstrategisches Mittel mit besonderem moralischen Überzeugungsgehalt, nicht aber als finales Argument

Nun vermuten manche in meinem Land im Begriff der "internationalen Verantwortung" ein **Codewort**. Es verschleierte, worum es in Wahrheit gehe. Deutschland solle mehr zahlen, so meinen die einen, Deutschland solle mehr schießen, so sagen die anderen. Und die einen wie die anderen sind davon überzeugt, dass "mehr Verantwortung" vor allem mehr Ärger bedeute. Es wird Sie nicht überraschen: Ich sehe das anders.

Politiker müssen **immer verantworten**, was sie tun. Sie müssen aber auch die Folgen dessen tragen, was sie unterlassen. Auch wer nicht handelt, übernimmt doch Verantwortung. **Es ist trügerisch sich vorzustellen, Deutschland sei geschützt vor den Verwerfungen unserer Zeit – wie eine Insel. Denn Deutschland ist so tief verwoben mit der Welt wie wenige andere Staaten.** Somit profitiert Deutschland von der **offenen Ordnung** der Welt. Und es ist **anfällig für Störungen im System.** **Eben deshalb** können die Folgen des Unterlassens ebenso gravierend wie die Folgen des Eingreifens sein – manchmal sogar gravierender. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Die zuvor selbst konstruierte und leicht zu entkräftende, vorweggenommene Kritik am eigenen Appell wird mit dem Begriff der Verantwortung widersprochen. Dabei zeigt sich deutlich, wie sehr sich der Verantwortungsbegriff als rhetorische Ressource und nicht als inhaltliches Argument eingesetzt wird (denn als inhaltliches Argument wird ja die Notwendigkeit der Verteidigung der bundesdeutschen Sicherheit und Interessen zum Schluss der Sequenz wiederholt).

Diese Ressource profitiert vor allem von ihrem **moralischen Gehalt**: gegen die Übernahme von Verantwortung lässt sich nichts einwenden, weil der Begriff per Definition beansprucht, im Sinne dessen/derjenigen praktiziert zu werden, wofür/für die Verantwortung übernommen wird und gleichzeitig Selbstlosigkeit im Rahmen dieser Verantwortungsübernahme reklamiert. (Das Interesse, das es zu schützen gilt, ist bei der Verantwortungsübernahme nicht dasjenige des Verantwortungsübernehmenden („Agenten“), sondern dasjenige eines zu Vertretenden („Principals“) s.u.). Gerade dadurch, dass die vorweggenommene Kritik als amoralisch (entweder weil egoistisch oder verblendet/gleichgültig) gekennzeichnet wird, funktioniert der Verantwortungsbegriff als Argumentationsstrategie. Der Verantwortungsbegriff wird hingegen nicht als Argumentationsziel eingesetzt. Das finale Argument bleibt die Notwendigkeit der Verteidigung deutscher Interessen. Daraus leite ich die **These ab: Das Konzept „Verantwortung“ fungiert hier in erster Linie als**

argumentationsstrategisches Mittel mit besonderem moralischen Überzeugungsgehalt, nicht aber als finales Argument.

Die **Principal/Agent-Trennung im Verantwortungsbegriff** entlässt paradoxerweise praktisch denjenigen, der als Agent für den Principal Verantwortung übernimmt aus der Verantwortung, schließlich handelt der Agent ausschließlich im (moralischen) Interesse des Prinzipals, nicht in seinem eigenen. Letztendlich müsste diese **Principal-Agent-Trennung aber gerade im herkömmlichen Sinne des Modells problematisiert werden** (hier ist der Agent mit mannigfaltigen Eigeninteressen behaftet). Wer beansprucht denn im Interesse von wem zu handeln? Wie eindeutig und unumstritten sind denn die Interessen, für die es hier Verantwortung zu übernehmen gelte?

Lassen Sie uns also nicht die Augen verschließen, vor Bedrohungen nicht fliehen, sondern standhalten, universelle Werte weder vergessen noch verlassen oder gar **verraten**, sondern **gemeinsam mit Freunden und Partnern zu ihnen stehen, sie glaubwürdig vorleben und sie verteidigen.** (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Vorwurf der moralischen Unzulänglichkeit gegenüber möglicher Kritik: **Der moralische Anteil in der Argumentation wird hier wiederholt vor allem als Überzeugungsstrategie und zur Abwehr möglicher Kritik eingesetzt. Die moralischen Argumentationsanteile sind hingegen kein Kernziel der Argumentation (dieses Kernziel bleibt auch hier explizit die Verteidigung des eigenen Lebensstandards und der eigenen Sicherheit gegenüber möglichen Bedrohungen).** Dem Anspruch universelle Werte zu vertreten kann kein anderer moralisch überlegener Anspruch entgegen gesetzt werden. Insofern zieht die Behauptung es gäbe Menschen, die diese Werte „vergessen“ oder diese „verlassen“ ihre argumentative Überzeugungskraft zwangsläufig aus dem **Vorwurf der moralischen Unzulänglichkeit**. Die Tatsache, dass sich ein **Verrat** entweder durch mangelnde Loyalität oder niedere Beweggründe oder gar beides auszeichnet, verschärft diesen moralischen Vorwurf erheblich.

7. Interesse an öffentlicher Debatte bleibt beschränkt auf eine „Anerkennungsdebatte“ der Notwendigkeit einer progressiveren deutschen Außenpolitik zur Verteidigung des westlichen Machtanspruchs und nationaler Interessen in einer sich verändernden Weltordnung

Deshalb ändert sich das Grundmotiv der Münchner Tagung nicht. **Sicherheit bleibt eine Existenzfrage, für Menschen und für Nationen.** Es gehört zu den Stärken offener Gesellschaften, schwierige und komplexe Themen auch öffentlich zu debattieren – so wie es traditionell auf der Münchner Sicherheitskonferenz geschieht. Denn mit allen ihren Kontroversen trägt sie dazu bei, Sicherheit und Frieden **durch Dialog zu festigen.** (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Gauck beansprucht für die Münchner Sicherheitskonferenz ein Format der öffentlichen Debatte zu sein(!). Dass die Sicherheitskonferenz nur einen ganz bestimmten und kleinen

Personenkreis einlädt und zu Wort kommen lässt, der die angesprochene „offene Gesellschaft“ sicher nicht abbilden kann, scheint ihm entweder nicht bewusst zu sein oder seine Erwartungen an eine öffentliche Debatte werden von dieser Form der Öffentlichkeit erfüllt. In letzterem Fall wäre dringend zu hinterfragen, welche Form der Öffentlichkeit und vor allem wieviel Offenheit Gauck tatsächlich für die Auseinandersetzung mit deutscher Außenpolitik für wünschenswert hält. Aus dem obigen Absatz lässt sich zumindest eine gewisse Zufriedenheit mit dem aktuellen Format an Öffentlichkeit erkennen, die dafür spricht, dass eine Debatte, die einen breiteren gesellschaftlichen Personenkreis einbeziehen würde, aus der Sicht Gaucks gar nicht notwendig ist.

Die Tatsache, dass Gauck selbst auf der Sicherheitskonferenz spricht, wobei er die Herangehensweise und Bewertung einer sicherheitspolitischen Agenda weitgehend reproduziert und dies als Format des kontroversen und öffentlichen Dialogs preist, ist zumindest eindeutig **mehr dazu geeignet, von der dieser Konferenz eigenen sicherheitspolitischen Handlungslogik und Perspektive zu überzeugen, als einen kontroversen und öffentlichen Dialog zu befördern.**

Der runde Geburtstag gibt Anlass zur Rückschau, aber natürlich vor allem zum Blick nach vorn. Deshalb möchte ich heute über den Weg der Bundesrepublik sprechen – und darüber, wo er in Zukunft hinführen **kann**. Denn wir Deutschen sind auf dem Weg zu einer Form von Verantwortung, die wir noch wenig eingeübt haben.

Kurzum: Ich möchte sprechen über die Rolle Deutschlands in der Welt.
(Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

An dieser Stelle stellt Gauck den Zusammenhang zwischen Verantwortung und der Rolle Deutschlands in der Welt her: Der Begriff der **Verantwortung bezieht sich auf die Rolle Deutschlands in der Welt**. Während Gauck ankündigt über die **mögliche** Ausgestaltung dieser Rolle in der Zukunft zu reden, nimmt er bereits vorweg, dass diese Rolle in der Übernahme von mehr Verantwortung bestehe. **Deutschlands Rolle in der Welt als eine „verantwortlichere“ und aktivere wird also an sich gar nicht zur Debatte gestellt.**

Die Bemerkung, dass diese (zukünftige) Rolle „noch wenig eingeübt“ sei, vermittelt den Eindruck, als käme Deutschland diese Rolle von selbst, von außen und gewissermaßen überraschend zu, bzw. als sei dies eine eigenständige, unabhängige Entwicklung, die **insofern eben nicht das Ergebnis eines bewussten gesellschaftlichen Willensbildungsprozesses ist**: Anders ist es nicht zu erklären, dass Gauck sich verpflichtet fühlt, darauf hinzuweisen, dass „wir“ (wohl die Deutschen) „uns“ bereits auf dem Weg zu mehr Verantwortung befänden. Diesen Eindruck greift er später in seiner Rede wieder auf, wenn er davon spricht, dass sich Deutschland bereits **„auf dem Weg zu einem Garanten internationaler Ordnung und Sicherheit bewegt“**.

Nun vermuten manche in meinem Land im Begriff der "internationalen Verantwortung" ein **Codewort**. Es verschleierte, worum es in Wahrheit gehe. Deutschland solle mehr zahlen, so meinen die einen, Deutschland solle mehr schießen, so sagen die anderen. Und die einen wie die anderen sind davon überzeugt, dass "mehr Verantwortung" vor allem mehr Ärger bedeute. Es wird Sie nicht überraschen: Ich sehe das anders. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Hier bedient sich Gauck einer klassischen rhetorischen Strategie, um Kritik zu entkräften: Er konstruiert und pauschalisiert mögliche Kritik auf eine Art und Weise, sodass ihr sehr einfach widersprochen werden kann. Die **mögliche Kritik wird personalisiert (womit ihnen das logische Argument genommen wird) und auf eine sehr vereinfachte Argumentation reduziert**, die entweder ausschließlich Geld und damit das eigene Wohl im Blick habe oder sich grundsätzlich gegen militärische Gewaltanwendung ausspreche. Schon die Platitude dieser vermeintlichen Vorwürfe („mehr zahlen“, „mehr schießen“) wirkt dummlich und naiv. Beiden Typen von „KritikerInnen“ lässt sich daraufhin leicht Engstirnigkeit, Misstrauen, Selbstbezogenheit, Grobschlächtigkeit und fehlende Moral vorwerfen. (Die ZuhörerInnen werden jedoch von diesem Vorwurf entlastet, weil Gauck zu verstehen gibt, dass er davon ausgeht, dass sie seine Ansicht im Hinblick auf die Haltlosigkeit der Kritik teilen. Das ist eine rhetorische Verbrüderungsstrategie, wobei nicht das Argument im Mittelpunkt steht, sondern die Übereinstimmung an sich.)

Gleichzeitig werden, wie im nächsten Absatz der Rede noch deutlicher wird, die möglichen Handlungsoptionen deutscher Außenpolitik in der Form eines Entweder-oder dargestellt (in Tätig Sein oder Untätig Sein), wobei die Option des Tätig Seins bereits spezifiziert ist, vor allem im Hinblick auf die Szenarien, auf die (tätig) zu reagieren sei (Umgang mit „den Verwerfungen unserer Zeit“, Herausforderungen, Reaktion auf Bedrohungen, Gefahrenabwehr). Diese Darstellung übergeht die Vielfalt der möglichen Ausgestaltungen eines „Mehr“ an „deutschem Engagement“ („**There is no Alternative“-Strategie**), weil sie bereits ein Szenario definiert, das an keiner Stelle zur Disposition gestellt wird. **Von dem Interesse an einer echten, öffentlichen Debatte um die Art und Weise des geforderten deutschen Engagements zeugen diese Rhetorik und ein solcher Umgang mit Kritik nicht.**

Als global vernetzte Volkswirtschaft kann Deutschland gar nicht anders, **als Partner zu finden, Rücksicht zu nehmen und Kompromisse zu schließen**. Vor **Sonderpfaden** – das weiß Deutschland seit langem – sollte es sich hüten. Ein demokratisches Gemeinwesen muss zwar sehr **wohl** das Recht haben, **einmal abseits zu stehen**. Aber dieser Schritt sollte gut überlegt sein und **nicht zur Regel werden**. **Alleingänge haben ihren Preis**. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Es ist auch kein gutes Zeichen, wenn jüngere Mitglieder des Bundestages das Gefühl haben, die Beschäftigung mit Außen- und Sicherheitspolitik sei für ihre Karriere **nicht** förderlich. Übrigens hat der Deutsche Bundestag seit 1994 ungefähr 240 Mal über **Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr** beraten, und zwar in einer Weise, die durchaus Respekt gebietet. Allerdings hat das Parlament im selben Zeitraum weniger als zehn Mal grundsätzlich über deutsche Außen- und Sicherheitspolitik debattiert. Dabei brauchen wir **solche Debatten** – im Bundestag wie übrigens überall: in Kirchen und Gewerkschaften, bei der Bundeswehr, in den Parteien, in den Verbänden.

Denn Außenpolitik soll doch nicht eine Sache von Experten oder Eliten sein – und **Sicherheitspolitik** schon gar nicht. Das Nachdenken über Existenzfragen gehört in die Mitte der Gesellschaft. Was alle angeht, das soll von allen beraten werden. Dazu drängt uns immer wieder die Weltlage – in diesen Tagen die Ereignisse in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik. Zum Anspruch, die Debatte zu öffnen, passt gut,

wie Deutschlands neuer Außenminister die Politik seines Ministeriums auf den Prüfstand – und zur Diskussion – stellen möchte. **Frank-Walter Steinmeier will den Dialog mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft suchen.** Das wäre ein Schritt auf dem Weg zu einer neuen gesellschaftlichen Selbstverständigung. **Das Gespräch darüber, wo, wie und wann wir unsere Werte und unsere Sicherheit verteidigen wollen, führt uns zu mehr Klarheit über Maß und Ziel von Deutschlands internationalem Engagement.** (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Das Gespräch, das öffentlich geführt werden soll, ist eines über die Verteidigung „unserer Werte und unsere Sicherheit“ und zwar mittels des internationalen Engagements Deutschlands.

Lassen Sie uns also nicht die Augen verschließen, vor Bedrohungen nicht fliehen, sondern standhalten, universelle Werte weder vergessen noch verlassen oder gar verraten, sondern gemeinsam mit Freunden und Partnern zu ihnen stehen, sie glaubwürdig vorleben und sie verteidigen.

Die Eindringlichkeit, mit der Gauck sich an die ZuhörerInnen wendet, vermittelt den Eindruck, als müssten diese von der **Ernsthaftigkeit der Bedrohung überzeugt** werden um auf diese Bedrohung angemessen zu reagieren. Die **Fremdzuschreibung**, die Gauck mit seinem eindringlichen Appell vornimmt, besteht in einer **tendenziell desinteressierten und mutlosen Öffentlichkeit** (die an sich lieber weglaufen möchte und sich verschließen, nicht standhalten). (Würden diese Annahmen über die potentiellen Eigenschaften der adressierten Gruppe nicht bestehen, wäre dieser Satz so nicht sinnvoll.)

7.1. Die Argumentation Gaucks ist durchdrungen und wird dominiert von einer sicherheitspolitischen Perspektive (vgl. auch 6.)

Um seinen Weg in schwierigen Zeiten zu finden, braucht Deutschland Ressourcen, vor allem geistige Ressourcen – Köpfe, Institutionen, Foren. Jedes Jahr eine Sicherheitskonferenz in München – das ist gut, aber nicht genug. Ich frage mich: Ist es nicht an der Zeit, dass die Universitäten mehr anbieten als **nur eine Handvoll Lehrstühle für die Analyse deutscher Außenpolitik?** **Muss nicht auch die Sicherheitsforschung gestärkt werden, einschließlich der Abwehr von Cyberangriffen durch Kriminelle oder durch Nachrichtendienste?** (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

8. Grundsätzliche Überzeugtheit von der Überlegenheit des westlichen Staats- und Gesellschaftsmodells

zu Hypothese 8: Die Überzeugtheit von der Überlegenheit des westlichen Staats- und Gesellschaftsmodells vermischt sich mit der Überzeugung, dass der Westen dieses Modell

tatsächlich lebt und dementsprechend einen Anspruch auf die weltweite Durchsetzung dieser Werte anderswo auf der Welt erheben kann. Hier zeigt sich, dass die **Betonung der Universalität der westlichen Werte teilweise dazu führt, dass diese Universalität unterschiedslos für das eigene Tun und die eigenen Interessen beansprucht wird.**

Gleichzeitig unterhält Deutschland allerdings auch strategisch wichtige Beziehungen zu Staaten, die zwar hohe Wachstumsraten und Renditen versprechen, **aber bisher wenig Neigung zeigen, sich das westliche Staats- und Gesellschaftsmodell zum Vorbild zu nehmen.** (NMNV)

8.1. Aus der Vorstellung von einer „guten Wesenhaftigkeit“ Deutschlands wird das Recht zum „guten Nationalismus“ abgeleitet

Eines gleich vorweg: **Dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir jemals hatten. [...]**

Ganz zum Schluss aber, da möchte ich eine Bitte an uns Deutsche richten: dass auch wir diesem **grundsätzlich gebesserten Land** zuallererst in der Erhaltung des Vertrauens begegnen. Es gab für die Nachkriegsgenerationen gute Gründe, misstrauisch zu sein – gegenüber der deutschen Staatlichkeit wie gegenüber der deutschen Gesellschaft. **Aber die Zeit dieses ganz grundsätzlichen Misstrauens, sie ist vorüber.** Lassen Sie mich zurückkommen auf den Anfang, auf meinen Ausgangspunkt: Seit mehr als sechs Jahrzehnten lebt die Bundesrepublik mit allen Nachbarn im Frieden. Seit sechs Jahrzehnten gelten Bürger- und Menschenrechte. Seit sechs Jahrzehnten existiert die **Herrschaft des Rechts**. Auch Wohlstand und Sicherheit prägen dieses Land. **Es ist eine lebendige Zivilgesellschaft, die Fehler erkennt und helfen kann, sie zu korrigieren.**

[...] Als Deutsche einst ihr Land "über alles" stellten, da entwickelte sich ein Nationalismus, der von forciertem Selbstbewusstsein über Selbstblendung bis zur Hybris alle Stadien eines **unaufgeklärten** Nationalbewusstseins durchlief. Unser **heutiges "ja" zur eigenen Nation** gründet in dem, was dieses Land glaubwürdig und vertrauenswürdig macht – einschließlich des **Bekenntnisses zur Zusammenarbeit mit unseren europäischen und nordatlantischen Freunden**. Nicht weil wir die deutsche Nation sind, dürfen wir vertrauen, sondern weil wir **diese deutsche Nation sind.** (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Gauck argumentiert, dass sich die deutsche Zivilgesellschaft nicht allzu selbstkritisch betrachten muss, weil sie ja bereits eine lebendige, selbstkritische Zivilgesellschaft ist. Dieses Argument ist entweder zu 100 % **inkonsistent** oder das Argument besteht in der Vorstellung, dass **Deutschland aufgrund seiner „guten Wesenhaftigkeit“ („dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir jemals hatten“) von der grundsätzlichen Notwendigkeit der Selbstreflexion und des Selbstzweifels entbunden ist (!).** Argumentationsstrategisch versucht Gauck den Appell an eine gestaltungsbewusstere Rolle Deutschlands zum Schluss seiner Rede gegen jegliche Kritik/Zweifel zu immunisieren.

Quelle: Sequenzen aus der Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck zur Eröffnung der 50. Münchner Sicherheitskonferenz (2014), vgl. Dokument „Kodierung Gauck Rede“
bearbeitet am: 9.-10.03.14

Kodierbaum

1. Existenzielles Bedrohungsszenario für Deutschlands Sicherheit als Ausgangspunkt der Argumentation für eine progressivere deutsche Außenpolitik.....	46
1.1. Globaler Wandel als Bedrohung für Deutschland in Form eines potentiellen Verlusts an Gestaltungsmacht des Westens in der internationalen Ordnung.....	47
1.2. Bedrohung des Fortbestands der eigenen (westlichen) Wesenheit	49
1.3. Konstruktion einer Bedrohung durch Feindbild.....	50
2. Erhebung eines globalen Gestaltungsanspruchs für Deutschland.....	50
2.1. Legitimation eines westlich dominierten Gestaltungsanspruchs aufgrund des Anspruchs der Vertretung universeller Werte	51
3. Aus der Bedrohungswahrnehmung wird die Notwendigkeit der Verteidigung des Westens mittels des Erhalts/Ausbaus des weltordnungspolitischen Gestaltungsanspruch eines westlichen Bündnisses abgeleitet.....	51
3.1. Aufruf zum Erhalt und Festigung der bisherigen (westlich dominierten) internationalen Ordnung zum Schutz der eigenen Interessen	53
3.2. Bündnisse als Mittel der Aggregation internationaler Gestaltungsmacht.....	53
3.3. Stärkung des westlichen Bündnisses zum Zweck des Erhalts der bisherigen (westlich dominierten) Weltordnung und der Verteidigung der eigenen Interessen.....	54
3.4. Die geforderte progressivere Außenpolitik Deutschlands soll vor allem eine Stärkung des westlichen Bündnisses sein	55
4. Das Konzept der (internationalen) Verantwortung ist eine direkte Übersetzung des proklamierten westlichen Gestaltungsmachtanspruchs in der internationalen Ordnung zur Verteidigung der eigenen Sicherheit.....	56
5. Das Konzept „Verantwortung“ fungiert als argumentationsstrategisches Mittel mit besonderem moralischen Überzeugungsgehalt, nicht aber als finales Argument.....	58
6. Interesse an öffentlicher Debatte bleibt beschränkt auf eine „Anerkennungsdebatte“ der Notwendigkeit einer progressiveren deutschen Außenpolitik zur Verteidigung des westlichen Machtanspruchs und nationaler Interessen in einer sich verändernden Weltordnung.....	60
6.1. Die Argumentation ist durchdrungen und wird dominiert von einer sicherheitspolitischen Perspektive (vgl. auch 6.)	63
7. Aus der Vorstellung von einer „guten Wesenhaftigkeit“ Deutschlands wird das Recht zum „guten Nationalismus“ abgeleitet	63

1. Existenzielles Bedrohungsszenario für Deutschlands Sicherheit als Ausgangspunkt der Argumentation für eine progressivere deutsche Außenpolitik

Fünf Jahrzehnte Münchner Sicherheitskonferenz spiegeln ein gutes Stück Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: von der Verteidigung des Westens hin zur globalen Ordnungspolitik und von der Wehrkunde zu einem umfassenden Sicherheitsbegriff. Was für ein Bogen! Als die Tagung erstmals hier in München stattfand, waren Deutschland und seine Hauptstadt geteilt und sie standen unter atomarer Bedrohung. Heute treiben uns neue Spannungen und neue Kriege um: zwischen Staaten und innerhalb von Staaten, in der Nähe und in der Ferne. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Die ersten Sätze seiner Rede verwendet Gauck dazu, einen **thematischen Zusammenhang zwischen der Rolle und Positionierung der Bundesrepublik Deutschland im Ost-West-Konflikt und dem Verhältnis Deutschlands zur heutigen Weltordnung** herzustellen. Dass dieser „Bogen“ keinesfalls nur historisch geschlagen wird, sondern dass hier explizit **inhaltliche Parallelen zwischen der Verteidigungshaltung von damals und dem Verständnis einer „globalen Ordnungspolitik“ von heute** festgestellt werden sollen, verdeutlicht Gauck mit der Doppelung der Satzstruktur im zweiten Halbsatz des ersten Satzes: Dabei wird eine eindeutige Zuordnung vorgenommen zwischen der „Verteidigung des Westens“ und der „Wehrkunde“ sowie zwischen der „globalen Ordnungspolitik“ und einem „umfassenden Sicherheitsbegriff“. Die Parallelität wird nochmals durch die darauffolgenden Sätze gefestigt, in denen Gauck die Teilung Deutschlands und die atomare Bedrohung von damals neben die Situation Deutschlands von heute stellt, die sich durch vielfältige neue Spannungen und neue Kriege auszeichne. **Gauck thematisiert und charakterisiert damit die heutige Sicherheitslage Deutschlands in drastischer Weise als von außen bedroht und legt die Notwendigkeit einer geeigneten Verteidigung nahe.** Diese Einschätzung der Lage wird an keiner Stelle diskutiert, hinterfragt oder als solche gekennzeichnet. Ebenso wenig wird der genaue Grund für die bedrohte Sicherheitslage Deutschlands durch Spannungen in nah und fern erklärt (Warum treiben uns diese Spannungen um?).

Darüber hinaus legt Gauck nahe, dass die angesprochenen Spannungen und Kriege in anderen Teilen der Welt (wo auch immer sie stattfinden mögen) „uns“ gerade deswegen „umtreiben“, **weil** sie eine Gefahr für die deutsche Sicherheit darstellten. Die im ersten Absatz formulierten Gegenüberstellungen legen hingegen nicht die Auffassung nahe, dass die neuen Kriege und Spannungen an sich (unabhängig von Deutschland) ein Grund zur Beunruhigung seien.

Die Aufmerksamkeit für die Spannungen in anderen Teilen der Welt wird also durch deren vorgeblich hochproblematischen Bezug zu Deutschland hergestellt. Aus der prominenten Positionierung dieser Feststellung (Gefahr für Deutschland) direkt an den Beginn der Rede muss zudem abgeleitet werden, dass **die Einschätzung eines bedrohten Deutschlands für den Verlauf der Rede und die darin vorgenommene Argumentation von zentraler Bedeutung ist.**

Deshalb ändert sich das Grundmotiv der Münchner Tagung nicht. **Sicherheit bleibt eine Existenzfrage, für Menschen und für Nationen.** Es gehört zu den Stärken offener Gesellschaften, schwierige und komplexe Themen auch öffentlich zu debattieren – so wie es traditionell auf der Münchner Sicherheitskonferenz geschieht. Denn mit allen ihren Kontroversen trägt sie dazu bei, Sicherheit und Frieden **durch Dialog zu festigen.** (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Gleichfalls übernimmt und unterstützt Gauck vollständig die Themensetzung der Münchner Sicherheitskonferenz und bekräftigt damit auch deren spezifische Herangehensweise, also (deutsche) Außenpolitik als Sicherheitspolitik zu behandeln, von der Gefahr her zu denken. Er bestätigt explizit das „Grundmotiv“ der M. Sk. und führt es im Anschluss selbst nochmals aus, indem er „**Sicherheit als Existenzfrage**“ **dezidiert als seinen thematischen Zugang zu „Deutschlands Rolle in der Welt“ (Überschrift der Rede) wählt.** In Verbindung mit dem vorangegangenen Absatz (dem ersten) der Rede wird deutlich, dass Gauck seine Beobachtung einer **aktuellen Sicherheitsbedrohung Deutschlands** („durch neue Spannungen und neue Kriege“), die sogar einem Vergleich mit der atomaren Bedrohung während des Ost-West-Konflikts ausgesetzt wird, **dezidiert als thematischen Ausgangspunkt der Rede fixiert.** Wie sehr sich Gauck die Perspektive der Sicherheitspolitik zu eigen macht bzw. wie sehr sein Blick auf Außenpolitik durch die Perspektive der Sicherheitspolitik geprägt ist, wird auch im folgenden Absatz der Rede deutlich, in der er von Außen- und Sicherheitspolitik spricht.

1.1. Globaler Wandel als Bedrohung für Deutschland in Form eines potentiellen Verlusts an Gestaltungsmacht des Westens in der internationalen Ordnung

Deutschland ist überdurchschnittlich globalisiert und es profitiert deshalb überdurchschnittlich von einer offenen Weltordnung – **einer Weltordnung, die Deutschland erlaubt, Interessen mit grundlegenden Werten zu verbinden.** Aus all dem leitet sich Deutschlands wichtigstes außenpolitisches Interesse im 21. Jahrhundert ab: **dieses Ordnungsgefüge, dieses System zu erhalten und zukunftsfähig zu machen.**

Deutschlands so definiertes Kerninteresse zu verfolgen, während sich die Welt rundherum tiefgreifend verändert, **das ist die große Herausforderung unserer Zeit.** (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Der letzte Satz der obigen Sequenz muss so aufgefasst werden, dass Gauck die angesprochenen **globalen Veränderungen** als einen Antagonismus gegenüber dem wie vorgenommen definierten deutschen Kerninteresse versteht, sonst wäre die Verfolgung dieser deutschen Kerninteressen nicht „die große Herausforderung unserer Zeit“. **Es lässt sich daraus die Hypothese ableiten, dass Gauck die globalen Veränderungen als den potentiellen Verlust an Gestaltungsmöglichkeit/macht der globalen Ordnung im Sinne Deutschlands versteht.**

Soweit die Fakten. Und doch sind nicht alle Kritiker der deutschen Politik einfach nur ungerecht. Einige differenzieren und nuancieren, und in solcher Kritik steckt wohl oft ein wahrer Kern. Auf dem Weg zu einem **Garanten internationaler Ordnung und Sicherheit** bewegt sich Deutschland nun schon im 24. Jahr. Es ist eine mühsame Wanderung auf gewundenem Pfad. **Wer aber die kleinsten Schritte für die besten hält, wird kaum mithalten können mit dem rasanten Wandel der Bedrohungen,**

und wird auch den Umwälzungen im strategischen Umfeld nicht gerecht werden können.

Lassen sie mich ein paar Beispiele in Fragen kleiden: Tun wir, was wir tun könnten, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren, im Osten wie in Afrika? Tun wir, was wir tun müssten, um den Gefahren des Terrorismus zu begegnen? Und wenn wir überzeugende Gründe dafür gefunden haben, uns **zusammen mit unseren Verbündeten auch militärisch zu engagieren**, sind wir dann bereit, die Risiken fair mit ihnen zu teilen? Tun wir, was wir sollten, um neue oder **wiedererstarzte Großmächte für die gerechte Fortentwicklung der internationalen Ordnung zu gewinnen**? Ja, interessieren wir uns überhaupt für manche Weltgegenden so, wie es die Bedeutung dieser Länder verlangt? Welche Rolle wollen wir in den Krisen ferner Weltregionen spielen? Engagieren wir uns schon ausreichend dort, wo die Bundesrepublik eigene und eigens Kompetenz entwickelt hat – nämlich bei der **Prävention von Konflikten**? Ich meine: Die Bundesrepublik sollte sich **als guter Partner** früher, entschiedener und substantieller einbringen.

Deutschland zeigt zwar seit langem, dass es international verantwortlich handelt. Aber es könnte – gestützt auf seine Erfahrungen bei der Sicherung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit – entschlossener weitergehen, um den **Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, Nato und den Vereinten Nationen aufrechtzuerhalten und zu formen**. Die Bundesrepublik muss dabei auch bereit sein, mehr zu tun für **jene Sicherheit, die ihr von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde**.

(Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Wiederholt macht Gauck eine **Bedrohungslage, die mit dem Wandel der internationalen Ordnung in Zusammenhang** steht, zum **Ausgangspunkt seiner Argumentation** und nimmt diese zum Anlass für seine Forderung nach einer aktiveren Rolle Deutschlands in der Welt. Er tut damit kund, dass er sich darüber bewusst ist, dass es nicht die *eine* internationale Ordnung gibt. Im dritten Absatz konkretisiert Gauck folgerichtig seine spezifische Vorstellung der angestrebten internationalen Ordnung, die Deutschland mitformen soll als einen „Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, Nato und den Vereinten Nationen“. Das Verb „aufrechtzuerhalten“ unterstreicht den Eindruck, dass es dabei genau um **die bisherige, vom Westen dominierte internationale Ordnung geht, die Gauck als Handlungsziel des von ihm geforderten aktiveren Engagements Deutschlands in der Welt aufstellt**. In anderen Worten: **Deutschlands Rolle in der Welt besteht in der Aufrechterhaltung der alten internationalen Ordnung**. Diese Lesart bekräftigt Gauck, indem er im darauffolgenden Satz (also im letzten Satz des dritten Absatzes dieser Sequenz) die *eine* Sicherheit spezifiziert, die es seiner Meinung nach durch den „rasanten Wandel der Bedrohungen“ und die damit zusammenhängenden „Umwälzungen im strategischen Umfeld“ zu schützen gilt: „jene Sicherheit“, die Deutschland von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde, womit nur die USA und andere westliche Nato-Verbündete Westdeutschlands im Kalten Krieg gemeint sein können. **Wiederholt** recurriert Gauck dabei auf die **Bedrohungs- und Bündnislage im Kalten Krieg als Referenzrahmen für die Beschreibung Deutschlands Rolle in der Welt!** Diese Rolle wird als **Stärkung des traditionellen westlichen Bündnisses** gesehen. Um an dieser Sichtweise keinen Zweifel zu lassen, betont Gauck auch ein drittes Mal, dass sich Deutschland „**als guter Partner**“ mehr engagieren solle (letzter Satz des zweiten Absatzes).

Wenn es in den vergangenen Jahren eine Konstante gab, so ist es die Beobachtung, dass die **Geschwindigkeit des Wandels permanent unterschätzt wurde**. Regelmäßig wundern sich Zukunftsforscher, dass Veränderungen in der Welt deutlich schneller Wirklichkeit werden als von ihnen prognostiziert. **Dies hat auch Konsequenzen für unsere Sicherheit: Unvermutet** schnell geraten wir hinein in eine Welt, in der sich Einzelne so viel Vernichtungskraft kaufen können wie früher nur Staaten. **Eine Welt, in der ökonomische und politische Macht wandert oder ganze Regionen aufrüstet**. Im Nahen Osten drohen sich einzelne Feuer zu einem Flächenbrand zu verbinden. Just in dem Moment überdenkt die einzige Supermacht Ausmaß und Form ihres globalen Engagements. Ihr Partner Europa ist mit sich selbst beschäftigt. **Im Zuge dieser Entwicklung zu glauben, man könne in Deutschland einfach so weitermachen wie bisher – das überzeugt mich nicht.**

(Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Veränderungen/Wandel wird vor allem im Zusammenhang mit globalen Machtverschiebungen als Sicherheitsbedrohung wahrgenommen, die die acht weg von der westlichen Dominanz der Weltordnung: Das Aufrüsten neuer Regionen, die Verschiebung ökonomischer und politischer Macht werden als Beispiele **desselben Trends** genannt, wie die Möglichkeit eines weltpolitischen Rückzug der USA („einzige Supermacht“) und der Introversion des europäischen Partners. Der fehlende globale Gestaltungsanspruch der USA und Europas wird in eine Reihe mit der wachsenden Vernichtungskraft „Einzelner“ und dem Machtzuwachs anderer Regionen gestellt. Die Bedrohung besteht also in genau der Veränderung, die dem Westen (den USA und Europa) einen Machtverlust beschert.

So möchte ich erinnern an das, was ich an **unserem Nationalfeiertag** am 3. Oktober gesagt habe: **Wir können nicht hoffen, verschont zu bleiben von den Konflikten der Welt.** Aber wenn wir uns an deren Lösung beteiligen, können wir die Zukunft **zumindest mitgestalten**. Deshalb **lohnt** es sich für die Bundesrepublik, in die europäische Zusammenarbeit und in die internationale Ordnung angemessen zu **investieren**. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

An der Aussage, dass die Zukunft „zumindest mitgestaltet“ werden könnte, wenn man sich an der Konfliktlösung in der Welt beteiligt, wird deutlich, dass die **Angst vor Gestaltungsverlust** ein starkes, wenn nicht das primäre Handlungsmotiv ist.

1.2. Bedrohung des Fortbestands der eigenen (westlichen) Wesenheit

Aber gerade weil dies gute Zeiten für Deutschland sind, müssen wir überlegen, was wir heute zu verändern haben, damit morgen bleibt, was uns wesentlich ist. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Offensichtlich besteht aus der Sicht Gaucks die Möglichkeit, dass das, was „uns wesentlich ist“ (die Errungenschaften) in Gefahr ist. Damit bleibt, was ist, muss etwas getan werden.

Lassen Sie uns also nicht die Augen verschließen, vor Bedrohungen nicht fliehen, sondern standhalten, universelle Werte weder vergessen noch verlassen oder gar **verraten**, sondern **gemeinsam mit Freunden und Partnern zu ihnen stehen, sie glaubwürdig vorleben und sie verteidigen**. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Gauck beendet seine Rede mit dem wiederholten Verweis auf ein existierendes Bedrohungsszenario für Deutschland, das er bereits zu Beginn der Rede angeführt hat. Er

betont damit abermals die **zentrale Bedeutung, die diese Bedrohung für die Argumentation** seiner Rede hat. Das letzte Wort der Rede ist „verteidigen“.

1.3. Konstruktion einer Bedrohung durch ein Feindbild

Die neuen Weltmächte, wir sähen sie gerne als Teilhaber einer Weltordnung. Aber einige suchen ihren Platz nicht in der Mitte des Systems, sondern eher am Rande. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Lassen Sie uns also nicht die Augen verschließen, vor Bedrohungen nicht fliehen, sondern standhalten, universelle Werte weder vergessen noch verlassen oder gar **verraten**, sondern **gemeinsam mit Freunden und Partnern zu ihnen stehen**, sie glaubwürdig **vorleben** und sie **verteidigen**. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Feindbildkonstruktion: Ein Verrat kann dabei nur vorgenommen werden, wenn ein Sachverhalt, der die Interessen eines *bestimmten* Personenkreises betrifft, an Dritte *außerhalb* dieses Personenkreises gelangt, **die Willens und/oder in der Lage sind, diesen Interessen zuwiderzuhandeln**. Im Lichte dieses Begriffsverständnisses erscheint ein Verrat an universellen Werten entweder widersinnig (universelle Werte dürften ja gerade keinen bestimmten Personenkreis betreffen und daher gar nicht verraten werden können) oder aufschlussreich im Hinblick auf die Vorstellung von „universellen Werten“, die hier zugrunde gelegt wird.

So stellt diese Formulierung entweder in Frage, dass die gemeinten universellen Werte tatsächlich universell sind (es läge dann nahe, dass sie tatsächlich **nur von einem bestimmten Personenkreis vertreten werden**) oder sie legt es darauf an eine offensichtlich bemerkenswerte Anzahl von **Akteuren für böse und feindlich gesonnen zu erklären, die Willens und in der Lage sind, genau diesen „universellen Werten“ zuwiderzuhandeln**. Wenn wir also davon ausgehen, dass der Sprechakt von der Universalität der Werte ausgeht, dann erzeugt die implizite Behauptung, dass es nennenswerte Akteure gibt, die *universellen* Werten zuwiderhandeln, ein Bedrohungsszenario auf Kosten der **Konstruktion eines schwerwiegenden Feindbildes**.

2. Erhebung eines globalen Gestaltungsanspruchs für Deutschland

Fünf Jahrzehnte Münchner Sicherheitskonferenz spiegeln ein gutes Stück Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: **von der Verteidigung des Westens hin zur globalen Ordnungspolitik und von der Wehrkunde zu einem umfassenden Sicherheitsbegriff**. Was für ein Bogen! Als die Tagung erstmals hier in München stattfand, waren Deutschland und seine Hauptstadt geteilt und sie standen unter atomarer Bedrohung. Heute treiben uns neue Spannungen und neue Kriege um: **zwischen Staaten und innerhalb von Staaten, in der Nähe und in der Ferne**. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Durch die Beschreibung deutscher Außenpolitik als „globale Ordnungspolitik“ wird offenkundig ein **ausgesprochen umfassender (ein globaler) Gestaltungsanspruch für**

Deutschland reklamiert (s.o.: „globale Ordnungspolitik“ wird als ein Teil „gutes Stück Geschichte“ beschrieben).

"Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen" (Überschrift; Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Die Überschrift der Rede postuliert Deutschland als Akteur mit einer eigenen Rolle in der Welt. Sie markiert die Begriffe Verantwortung, Normen und Bündnisse als zentrale Referenzpunkte dieser Rolle in der Welt. Deutschland (einem Land mit 80 Millionen Einwohnern) wird eine eigene Rolle in der Welt zugesprochen.

2.1. Legitimation eines westlich dominierten Gestaltungsanspruchs aufgrund des Anspruchs der Vertretung universeller Werte

Lassen Sie uns also nicht die Augen verschließen, vor Bedrohungen nicht fliehen, sondern standhalten, universelle Werte weder vergessen noch verlassen oder gar **verraten**, sondern **gemeinsam mit Freunden und Partnern zu ihnen stehen**, sie glaubwürdig **vorleben** und sie **verteidigen**. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Gleichzeitig beansprucht Gauck in seinem letzten Satz allgemein, dass Deutschland „gemeinsam mit Freunden und Partnern“ universelle Werte vertreten kann sowie er diese universellen Werte speziell für die in seiner Rede skizzierte Rolle Deutschlands beansprucht. Das heißt, er geht davon aus, dass die Werte, die eine kleine Gruppe von Ländern vertritt, universelle Gültigkeit besitzen kann. Dieses sich hier abzeichnende Missverhältnis wirft die zentrale Frage auf, warum Gauck die universellen Werte denn nicht in einem viel größeren Kreis, global vertreten wissen möchte, was angesichts des behaupteten Geltungsbereichs der Werte sehr viel näher läge. Die Antwort darauf kann nur lauten, dass Gauck davon ausgeht, dass andere Akteure, die nicht seine Freunde oder Partner sind, nicht an der Ausübung universell gültiger Werte interessiert sind, bzw. diesen geradezu widerstreben möchten. (Feindbildaufbau)

3. Aus der Bedrohungswahrnehmung wird die Notwendigkeit der Verteidigung des Westens mittels des Erhalts/Ausbaus des weltordnungspolitischen Gestaltungsanspruch eines westlichen Bündnisses abgeleitet

Fünf Jahrzehnte Münchner Sicherheitskonferenz spiegeln ein gutes Stück Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: **von der Verteidigung des Westens hin zur globalen Ordnungspolitik und von der Wehrkunde zu einem umfassenden Sicherheitsbegriff**. Was für ein Bogen! Als die Tagung erstmals hier in München stattfand, waren Deutschland und seine Hauptstadt geteilt und sie standen unter atomarer Bedrohung. Heute treiben uns neue Spannungen und neue Kriege um:

zwischen Staaten und innerhalb von Staaten, in der Nähe und in der Ferne.
(Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Globale Ordnungspolitik wird zu einer Verteidigungspolitik stilisiert, deren „Wehrkunde“ im umfassenden Sicherheitsbegriff besteht.

Eines gleich vorweg: **Dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir jemals hatten.** Das auszusprechen, ist keine Schönfärberei. Als ich geboren wurde, herrschten die Nationalsozialisten, die die Welt mit Leid und Krieg überzogen haben. Als der Zweite Weltkrieg endete, war ich fünf Jahre alt. Unser Land war zerstört, materiell und moralisch. Schauen wir uns an, wo **Deutschland heute steht: Es ist eine stabile Demokratie, frei und friedliebend, wohlhabend und offen. Es tritt ein für Menschenrechte. Es ist ein verlässlicher Partner in Europa und in der Welt, gleich berechtigt und gleich verpflichtet.** Das alles erfüllt mich mit tiefer Dankbarkeit und Freude.

Aber gerade weil dies gute Zeiten für Deutschland sind, müssen wir überlegen, was wir heute zu verändern haben, damit morgen bleibt, was uns wesentlich ist. Manche in Deutschland fragen, was es denn da eigentlich zu ändern gebe. Unser Land sei von Freunden umgeben, und weit und breit schicke sich kein Staat an, sich mit uns zu verfeinden. Sie glauben, dass die deutsche Außenpolitik ihre bekömmliche Rezeptur längst gefunden habe. Da gebe es wenig zu justieren, schon gar nichts zu ändern. Warum reparieren, was nicht kaputt ist? (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Die Frage nach dem Erhalt der eigenen Werte, der eigenen Verfasstheit und des eigenen Wohlstands, letztendlich also des eigenen Wesens („was uns wesentlich ist“) wird dem Ruf nach einer aktiveren Rolle Deutschlands in der Welt als Ausgangsüberlegung vorangestellt. **Die Begründung des Aufrufs zu mehr Verantwortungsübernahme durch Deutschland besteht damit offenkundig in der wahrgenommenen Notwendigkeit des Schutzes nationalstaatlicher Interessen und Bündnisinteressen.**

Aus all dem folgt: Die Beschwörung des Altbekannten wird künftig nicht ausreichen! Die Kernfrage lautet doch: **Hat Deutschland die neuen Gefahren und die Veränderung im Gefüge der internationalen Ordnung schon angemessen wahrgenommen?** Reagiert es seinem Gewicht entsprechend? Ergreift die Bundesrepublik genügend Initiative, um jenes **Geflecht aus Normen, Freunden und Allianzen zukunftsfähig zu machen, das uns doch Frieden in Freiheit und Wohlstand in Demokratie gebracht hat?** (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Im Zuge der Formulierung der „Kernfrage“ wird die beschriebene Bedrohungslage nochmals dezidiert mit „der Veränderung im Gefüge der internationalen Ordnung“ verknüpft, die mit der rhetorischen Frage ergänzt wird, ob Deutschland das westliche Bündnis (das angesprochene Geflecht) ausreichend unterstützt, was die Vorstellung impliziert, dass die geeignete Reaktion auf die beschriebene Gefahr darin besteht, durch eine Stärkung des westlichen Bündnisses den angesprochenen Gefahren und Veränderungen etwas entgegenzusetzen.

So möchte ich erinnern an das, was ich an **unserem Nationalfeiertag** am 3. Oktober gesagt habe: **Wir können nicht hoffen, verschont zu bleiben von den Konflikten**

der Welt. Aber wenn wir uns an deren Lösung beteiligen, können wir die Zukunft **zumindest mitgestalten.** Deshalb **lohnt** es sich für die Bundesrepublik, in die europäische Zusammenarbeit und in die internationale Ordnung angemessen zu **investieren.**

Die Welt wird als konflikträchtig dargestellt und eine Vernetzung mit ihr erzeuge unweigerlich Gefahr, wobei sich die Vernetzung nicht auflösen lasse: Wiederholt (vgl. Insellvergleich) wird hier auf ein **deutsches Schutzbedürfnis und auf den vermeintlichen Wunsch der Deutschen nach Isolation rekurriert** („wir können nicht hoffen“), um in dessen Widerlegung die Notwendigkeit zu einer Reaktion auf eine Bedrohung zu unterstreichen.

Durch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten, besonders in der Europäischen Union, gewinnt die Bundesrepublik Deutschland **Gestaltungskraft** hinzu. **Deutschland tut sogar noch mehr Zusammenarbeit gut.** In Zukunft kann daraus sogar eine gemeinsame **europäische Verteidigung** wachsen. In unserer vernetzten Welt gibt es **Probleme**, die kein Staat alleine lösen kann, und sei er noch so **mächtig.**

3.1. Aufruf zum Erhalt und Festigung der bisherigen (westlich dominierten) internationalen Ordnung zum Schutz der eigenen Interessen

Deutschland ist überdurchschnittlich globalisiert und es profitiert deshalb überdurchschnittlich von einer offenen Weltordnung – **einer Weltordnung, die Deutschland erlaubt, Interessen mit grundlegenden Werten zu verbinden.** Aus all dem leitet sich Deutschlands wichtigstes außenpolitisches Interesse im 21. Jahrhundert ab: **dieses Ordnungsgefüge, dieses System zu erhalten und zukunftsfähig zu machen.**

Deutschlands so definiertes Kerninteresse zu verfolgen, während sich die Welt rundherum tiefgreifend verändert, das ist die große Herausforderung unserer Zeit.

(Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Gauck bekräftigt wiederholt, dass die proklamierte Verantwortung und Rolle Deutschlands in der Welt letztendlich darin besteht, **das alte Ordnungsgefüge zu erhalten, um damit eigene, nationale Interessen zu schützen.**

3.2. Bündnisse als Mittel der Aggregation internationaler Gestaltungsmacht

Durch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten, besonders in der Europäischen Union, gewinnt die Bundesrepublik Deutschland **Gestaltungskraft** hinzu. **Deutschland tut sogar noch mehr Zusammenarbeit gut.** In Zukunft kann daraus sogar eine gemeinsame **europäische Verteidigung** wachsen. In unserer vernetzten Welt gibt es Probleme, die kein Staat alleine lösen kann, und sei er noch so **mächtig.** Die Fähigkeit also und die Bereitschaft zur **Zusammenarbeit werden zum**

entscheidenden Signum internationaler Politik. In diesem Sinne ist Verantwortung stets **Mitverantwortung.** (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Die Probleme, die es offenkundig für Deutschland in der Welt zu lösen gibt, lassen sich nur oder vor allem mit Macht lösen. Diese Macht kann in Bündnissen aggregiert und dadurch vergrößert werden. **Eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik ist also vor allem ein internationales Machtinstrument zur Lösung der Probleme in der Welt.**

3.3. Stärkung des westlichen Bündnisses zum Zweck des Erhalts der bisherigen (westlich dominierten) Weltordnung und der Verteidigung der eigenen Interessen

Soweit die Fakten. Und doch sind nicht alle Kritiker der deutschen Politik einfach nur ungerecht. Einige differenzieren und nuancieren, und in solcher Kritik steckt wohl oft ein wahrer Kern. Auf dem Weg zu einem **Garanten internationaler Ordnung und Sicherheit** bewegt sich Deutschland nun schon im 24. Jahr. Es ist eine mühsame Wanderung auf gewundenem Pfad. **Wer aber die kleinsten Schritte für die besten hält, wird kaum mithalten können mit dem rasanten Wandel der Bedrohungen, und wird auch den Umwälzungen im strategischen Umfeld nicht gerecht werden können.**

Lassen sie mich ein paar Beispiele in Fragen kleiden: Tun wir, was wir tun könnten, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren, im Osten wie in Afrika? Tun wir, was wir tun müssten, um den Gefahren des Terrorismus zu begegnen? Und wenn wir überzeugende Gründe dafür gefunden haben, uns **zusammen mit unseren Verbündeten auch militärisch zu engagieren**, sind wir dann bereit, die Risiken fair mit ihnen zu teilen? Tun wir, was wir sollten, um neue oder **wiedererstarzte Großmächte für die gerechte Fortentwicklung der internationalen Ordnung zu gewinnen**? Ja, interessieren wir uns überhaupt für manche Weltgegenden so, wie es die Bedeutung dieser Länder verlangt? Welche Rolle wollen wir in den Krisen ferner Weltregionen spielen? Engagieren wir uns schon ausreichend dort, wo die Bundesrepublik eigene und eigens Kompetenz entwickelt hat – nämlich bei der **Prävention von Konflikten**? Ich meine: Die Bundesrepublik sollte sich **als guter Partner** früher, entschiedener und substantieller einbringen.

Deutschland zeigt zwar seit langem, dass es international verantwortlich handelt. Aber es könnte – gestützt auf seine Erfahrungen bei der Sicherung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit – entschlossener weitergehen, um den **Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, Nato und den Vereinten Nationen aufrechtzuerhalten und zu formen.** Die Bundesrepublik muss dabei auch bereit sein, mehr zu tun für **jene Sicherheit, die ihr von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde.** (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Wiederholt macht Gauck eine **Bedrohungslage, die mit dem Wandel der internationalen Ordnung in Zusammenhang** steht, zum **Ausgangspunkt seiner Argumentation** und nimmt diese zum Anlass für seine Forderung nach einer aktiveren Rolle Deutschlands in der Welt. Er tut damit kund, dass er sich darüber bewusst ist, dass es nicht die *eine* internationale Ordnung gibt. Im dritten Absatz konkretisiert Gauck folgerichtig seine spezifische Vorstellung der angestrebten internationalen Ordnung, die Deutschland mitformen soll als einen

„Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, Nato und den Vereinten Nationen“. Das Verb „aufrechtzuerhalten“ unterstreicht den Eindruck, dass es dabei genau um **die bisherige, vom Westen dominierte internationale Ordnung geht, die Gauck als Handlungsziel des von ihm geforderten aktiveren Engagements Deutschlands in der Welt aufstellt**. In anderen Worten: **Deutschlands Rolle in der Welt besteht in der Aufrechterhaltung der alten internationalen Ordnung**. Diese Lesart bekräftigt Gauck, indem er im darauffolgenden Satz (also im letzten Satz des dritten Absatzes dieser Sequenz) die *eine* Sicherheit spezifiziert, die es seiner Meinung nach durch den „rasanten Wandel der Bedrohungen“ und die damit zusammenhängenden „Umwälzungen im strategischen Umfeld“ zu schützen gilt: „jene Sicherheit“, die Deutschland von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde, womit nur die USA und andere westliche Nato-Verbündete Westdeutschlands im Kalten Krieg gemeint sein können. **Wiederholt** rekurriert Gauck dabei auf die **Bedrohungs- und Bündnislage im Kalten Krieg als Referenzrahmen für die Beschreibung Deutschlands Rolle in der Welt!** Diese Rolle wird als **Stärkung des traditionellen westlichen Bündnisses** gesehen. Um an dieser Sichtweise keinen Zweifel zu lassen, betont Gauck auch ein drittes Mal, dass sich Deutschland „als guter Partner“ mehr engagieren solle (letzter Satz des zweiten Absatzes).

3.4. Die geforderte progressivere Außenpolitik Deutschlands soll vor allem eine Stärkung des westlichen Bündnisses sein

Wird Deutschland also "mehr Ärger bekommen", wenn es sich einmischt? Es gibt ja durchaus manche, die meinen, deutsche Initiativkraft erzeuge notwendigerweise Friktionen mit Freunden und Nachbarn. Aber ich glaube: Hier liegt ein Missverständnis vor. "Mehr Verantwortung" bedeutet eben nicht: "mehr Kraftmeierei"! Und auch nicht: "mehr Alleingänge"! Ganz im Gegenteil: Durch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten, besonders in der Europäischen Union, gewinnt die Bundesrepublik Deutschland **Gestaltungskraft** hinzu. **Deutschland tut sogar noch mehr Zusammenarbeit gut**. In Zukunft kann daraus sogar eine gemeinsame **europäische Verteidigung** wachsen. In unserer vernetzten Welt gibt es **Probleme**, die kein Staat alleine lösen kann, und sei er noch so **mächtig**. Die Fähigkeit also und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit werden zum entscheidenden **Signum** internationaler Politik. In diesem Sinne ist Verantwortung stets Mitverantwortung.
(Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Ich bin zutiefst davon überzeugt: Deutschland, der Welt stärker zugewandt, wird ein noch besserer Freund und ein noch besserer Alliierte sein – und übrigens ganz besonders in Europa. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

4. Das Konzept der (internationalen) Verantwortung ist eine direkte Übersetzung des proklamierten westlichen Gestaltungsmachtanspruchs in der internationalen Ordnung zur Verteidigung der eigenen Sicherheit

Soweit die Fakten. Und doch sind nicht alle Kritiker der deutschen Politik einfach nur ungerecht. Einige differenzieren und nuancieren, und in solcher Kritik steckt wohl oft ein wahrer Kern. Auf dem Weg zu einem **Garanten internationaler Ordnung und Sicherheit** bewegt sich Deutschland nun schon im 24. Jahr. Es ist eine mühsame Wanderung auf gewundenem Pfad. Wer aber die kleinsten Schritte für die besten hält, wird kaum mithalten können mit dem rasanten Wandel der Bedrohungen, und wird auch den Umwälzungen im strategischen Umfeld nicht gerecht werden können.

Lassen sie mich ein paar Beispiele in Fragen kleiden: Tun wir, was wir tun könnten, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren, im Osten wie in Afrika? Tun wir, was wir tun müssten, um den Gefahren des Terrorismus zu begegnen? Und wenn wir überzeugende Gründe dafür gefunden haben, uns **zusammen mit unseren Verbündeten auch militärisch zu engagieren**, sind wir dann bereit, die Risiken fair mit ihnen zu teilen? Tun wir, was wir sollten, um neue oder **wiedererstarzte Großmächte für die gerechte Fortentwicklung der internationalen Ordnung zu gewinnen**? Ja, interessieren wir uns überhaupt für manche Weltgegenden so, wie es die Bedeutung dieser Länder verlangt? Welche Rolle wollen wir in den Krisen ferner Weltregionen spielen? Engagieren wir uns schon ausreichend dort, wo die Bundesrepublik eigene und eigens Kompetenz entwickelt hat – nämlich bei der **Prävention von Konflikten**? Ich meine: Die Bundesrepublik sollte sich **als guter Partner** früher, entschiedener und substantieller einbringen.

Deutschland zeigt zwar seit langem, dass es **international verantwortlich** handelt. Aber es könnte – gestützt auf seine Erfahrungen bei der Sicherung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit – entschlossener weitergehen, **um den Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, Nato und den Vereinten Nationen aufrechtzuerhalten und zu formen**. Die Bundesrepublik muss dabei auch bereit sein, mehr zu tun für jene Sicherheit, die ihr von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Trotz der vorgenommenen Differenzierung und Spezifizierung der angestrebten internationalen Ordnung (als eine westlich dominierte und definierte Ordnung) erhebt Gauck für diese Ordnung einen **globalen Gerechtigkeitsanspruch**, von dem die „wiedererstarkenden Großmächte“ überzeugt werden müssten. Die Perspektivität und der damit verbundene spezifische Macht- und Gestaltungsanspruch **einer** bestimmten Weltregion (bzw. Akteurkreises) wird also nicht als solche reflektiert, **sondern in eine globale Ordnungsvorstellung und einen damit zusammenhängenden Gestaltungsanspruch des Westens übersetzt** und mit dem Begriff der „internationalen Verantwortlichkeit“ versehen.

Politiker müssen **immer verantworten**, was sie tun. Sie müssen aber auch die Folgen dessen tragen, was sie unterlassen. Auch wer nicht handelt, übernimmt doch Verantwortung. **Es ist trügerisch sich vorzustellen, Deutschland sei geschützt vor den Verwerfungen unserer Zeit – wie eine Insel. Denn Deutschland ist so tief verwoben mit der Welt wie wenige andere Staaten.** Somit profitiert Deutschland von der **offenen Ordnung** der Welt. Und es ist **anfällig für Störungen im System**.

Eben deshalb können die Folgen des Unterlassens ebenso gravierend wie die Folgen des Eingreifens sein – manchmal sogar gravierender. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Die Argumentation und die Bewertung der Globalisierung erfolgt ausschließlich in Bezug auf Deutschland. Sowohl die angesprochene Vorteile einer globalisierten Welt als auch die Gefahren gelten in Bezug auf Deutschland. Dabei wird eine globalisierte Welt vor allem und sehr deutlich als gefährlich für Deutschland beschrieben. Diese Bedrohungen würden leicht unterschätzt, sie seien „trügerisch“, was die Brisanz der Situation nur noch erhöht. Im obigen Abschnitt wird deutlich, dass das Szenario Globalisierung, auf das verantwortlich reagiert werden müsse, ein **bedrohliches** ist. (Als ein für die deutsche Lage völlig absurdes Kontrastbild wird eine Insel angeführt, die einzig Schutz vor den „Verwerfungen unserer Zeit“ bieten könne, womit die Unausweichlichkeit einer deutschen Reaktion unterstrichen wird). Um den Profit, den Deutschland aus der offenen Ordnung der Welt zieht, zu erhalten, müsse also auf die damit einhergehenden Bedrohungen reagiert werden. **These: An dieser Stelle wird so deutlich, wie an kaum einer anderen Stelle, dass es in erster Linie um deutsche Interessen geht, für die „Verantwortung“ übernommen werden müsse.**

Wird Deutschland also "mehr Ärger bekommen", wenn es sich einmischt? Es gibt ja durchaus manche, die meinen, deutsche Initiativkraft erzeuge notwendigerweise Friktionen mit Freunden und Nachbarn. Aber ich glaube: Hier liegt ein Missverständnis vor. "Mehr Verantwortung" bedeutet eben nicht: "mehr Kraftmeierei"! Und auch nicht: "mehr Alleingänge"! Ganz im Gegenteil: Durch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten, besonders in der Europäischen Union, gewinnt die Bundesrepublik Deutschland **Gestaltungskraft** hinzu. **Deutschland tut sogar noch mehr Zusammenarbeit gut.** In Zukunft kann daraus sogar eine gemeinsame **europäische Verteidigung** wachsen. In unserer vernetzten Welt gibt es **Probleme**, die kein Staat alleine lösen kann, und sei er noch so **mächtig**. Die Fähigkeit also und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit werden zum entscheidenden **Signum** internationaler Politik. In diesem Sinne ist Verantwortung stets Mitverantwortung. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Ganz offenkundig geht der hier verwendete Verantwortungsbegriff unmittelbar aus einem Machtbegriff bzw. internationalen Gestaltungsmachtbegriff hervor: Verantwortung für das Lösen der angesprochenen Probleme ergibt sich direkt und einzig aus ausreichend großer Macht. Diese Macht oder „Gestaltungskraft“ vergrößert sich in Bündnissen. In der unmittelbaren Übersetzung wird aus Macht Verantwortung und aus dem Zusammenschluss in Bündnissen wird Mitverantwortung.

So möchte ich erinnern an das, was ich an **unserem Nationalfeiertag** am 3. Oktober gesagt habe: **Wir können nicht hoffen, verschont zu bleiben von den Konflikten der Welt.** Aber wenn wir uns an deren Lösung beteiligen, können wir die Zukunft **zumindest mitgestalten**. Deshalb **lohnt** es sich für die Bundesrepublik, in die europäische Zusammenarbeit und in die internationale Ordnung angemessen zu **investieren**. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

An der Aussage, dass die Zukunft „zumindest mitgestaltet“ werden könnte, wenn man sich an der Konfliktlösung in der Welt beteiligt, wird deutlich, dass die **Angst vor Gestaltungsverlust** ein starkes, wenn nicht das primäre Handlungsmotiv ist.

Die Lösung von „Konflikten in der Welt“ wird nicht als Ziel an sich deklariert, sondern vor allem als **Mittel zum Zweck der Mitgestaltung**. Die deutsche Beteiligung an der Lösung dieser Konflikte wird mit einer Investition verglichen, die sich noch lohnen werde. Es geht also nicht um Kooperation oder Solidarität, sondern um eine **Handlungsentscheidung, die mit klaren Nutzenerwartungen verbunden ist**. Diese Sequenz **widerspricht** also einer Lesart des Verantwortungsbegriffes, wonach deutsche Außenpolitik vor allem im Sinne Dritter eine solidarische Form der Verantwortung übernehmen solle.

Ich muss wohl sehen, dass es bei uns – neben aufrichtigen Pazifisten – jene gibt, die Deutschlands historische Schuld benutzen, um dahinter Weltabgewandtheit oder Bequemlichkeit zu verstecken. In den Worten des deutschen Historikers Heinrich August Winkler ist das eine Haltung, die Deutschland ein fragwürdiges "Recht auf Wegsehen" bescheinigt, "das andere westliche Demokratien nicht für sich in Anspruch nehmen" können. So kann dann aus Zurückhaltung so etwas wie Selbstprivilegierung entstehen, und wenn das so ist, werde ich es immer kritisieren. **Denn für mich ist ganz klar: Wir brauchen das Nato-Bündnis. Und gerade wenn die Vereinigten Staaten nicht ständig mehr leisten können, müssen Deutschland und seine europäischen Partner für ihre Sicherheit zunehmend selbst verantwortlich sein.** (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

5. Das Konzept „Verantwortung“ fungiert als argumentationsstrategisches Mittel mit besonderem moralischen Überzeugungsgehalt, nicht aber als finales Argument

Nun vermuten manche in meinem Land im Begriff der "internationalen Verantwortung" ein **Codewort**. Es verschleierte, worum es in Wahrheit gehe. Deutschland solle mehr zahlen, so meinen die einen, Deutschland solle mehr schießen, so sagen die anderen. Und die einen wie die anderen sind davon überzeugt, dass "mehr Verantwortung" vor allem mehr Ärger bedeute. Es wird Sie nicht überraschen: Ich sehe das anders.

Politiker müssen **immer verantworten**, was sie tun. Sie müssen aber auch die Folgen dessen tragen, was sie unterlassen. Auch wer nicht handelt, übernimmt doch Verantwortung. **Es ist trügerisch sich vorzustellen, Deutschland sei geschützt vor den Verwerfungen unserer Zeit – wie eine Insel. Denn Deutschland ist so tief verwoben mit der Welt wie wenige andere Staaten.** Somit profitiert Deutschland von der **offenen Ordnung** der Welt. Und es ist **anfällig für Störungen im System. Eben deshalb** können die Folgen des Unterlassens ebenso gravierend wie die Folgen des Eingreifens sein – manchmal sogar gravierender. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Die zuvor selbst konstruierte und leicht zu entkräftende, vorweggenommene Kritik am eigenen Appell wird mit dem Begriff der Verantwortung widersprochen. Dabei zeigt sich deutlich, wie sehr sich der Verantwortungsbegriff als rhetorische Ressource und nicht als inhaltliches Argument eingesetzt wird (denn als inhaltliches Argument wird ja die Notwendigkeit der Verteidigung der bundesdeutschen Sicherheit und Interessen zum Schluss der Sequenz wiederholt).

Diese Ressource profitiert vor allem von ihrem **moralischen Gehalt**: gegen die Übernahme von Verantwortung lässt sich nichts einwenden, weil der Begriff per Definition beansprucht, im Sinne dessen/derjenigen praktiziert zu werden, wofür/für die Verantwortung übernommen wird und gleichzeitig Selbstlosigkeit im Rahmen dieser Verantwortungsübernahme reklamiert. (Das Interesse, das es zu schützen gilt, ist bei der Verantwortungsübernahme nicht dasjenige des Verantwortungsübernehmenden („Agenten“), sondern dasjenige eines zu Vertretenden („Principals“) s.u.). Gerade dadurch, dass die vorweggenommene Kritik als amoralisch (entweder weil egoistisch oder verblendet/gleichgültig) gekennzeichnet wird, funktioniert der Verantwortungsbegriff als Argumentationsstrategie. Der Verantwortungsbegriff wird hingegen nicht als Argumentationsziel eingesetzt. Das finale Argument bleibt die Notwendigkeit der Verteidigung deutscher Interessen. Daraus leite ich die **These ab: Das Konzept „Verantwortung“ fungiert hier in erster Linie als argumentationsstrategisches Mittel mit besonderem moralischen Überzeugungsgehalt, nicht aber als finales Argument.**

Die **Principal/Agent-Trennung im Verantwortungsbegriff** entlässt paradoxerweise praktisch denjenigen, der als Agent für den Principal Verantwortung übernimmt aus der Verantwortung, schließlich handelt der Agent ausschließlich im (moralischen) Interesse des Prinzipals, nicht in seinem eigenen. Letztendlich müsste diese **Principal-Agent-Trennung aber gerade im herkömmlichen Sinne des Modells problematisiert werden** (hier ist der Agent mit mannigfaltigen Eigeninteressen behaftet). Wer beansprucht denn im Interesse von wem zu handeln? Wie eindeutig und unumstritten sind denn die Interessen, für die es hier Verantwortung zu übernehmen gelte?

Lassen Sie uns also nicht die Augen verschließen, vor Bedrohungen nicht fliehen, sondern standhalten, universelle Werte weder vergessen noch verlassen oder gar **verraten**, sondern **gemeinsam mit Freunden und Partnern zu ihnen stehen**, sie **glaubwürdig vorleben** und sie **verteidigen**. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Vorwurf der moralischen Unzulänglichkeit gegenüber möglicher Kritik: **Der moralische Anteil in der Argumentation wird hier wiederholt vor allem als Überzeugungsstrategie und zur Abwehr möglicher Kritik eingesetzt. Die moralischen Argumentationsanteile sind hingegen kein Kernziel der Argumentation (dieses Kernziel bleibt auch hier explizit die Verteidigung des eigenen Lebensstandards und der eigenen Sicherheit gegenüber möglichen Bedrohungen).** Dem Anspruch universelle Werte zu vertreten kann kein anderer moralisch überlegener Anspruch entgegen gesetzt werden. Insofern zieht die Behauptung es gäbe Menschen, die diese Werte „vergessen“ oder diese „verlassen“ ihre argumentative Überzeugungskraft zwangsläufig aus dem **Vorwurf der moralischen Unzulänglichkeit**. Die Tatsache, dass sich ein **Verrat** entweder durch mangelnde Loyalität oder niedere Beweggründe oder gar beides auszeichnet, verschärft diesen moralischen Vorwurf erheblich.

6. Interesse an öffentlicher Debatte bleibt beschränkt auf eine „Anerkennungsdebatte“ der Notwendigkeit einer progressiveren deutschen Außenpolitik zur Verteidigung des westlichen Machtanspruchs und nationaler Interessen in einer sich verändernden Weltordnung

Deshalb ändert sich das Grundmotiv der Münchner Tagung nicht. **Sicherheit bleibt eine Existenzfrage, für Menschen und für Nationen.** Es gehört zu den Stärken offener Gesellschaften, schwierige und komplexe Themen auch öffentlich zu debattieren – so wie es traditionell auf der Münchner Sicherheitskonferenz geschieht. Denn mit allen ihren Kontroversen trägt sie dazu bei, **Sicherheit und Frieden durch Dialog zu festigen.** (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Gauck beansprucht für die Münchner Sicherheitskonferenz ein Format der öffentlichen Debatte zu sein(!). Dass die Sicherheitskonferenz nur einen ganz bestimmten und kleinen Personenkreis einlädt und zu Wort kommen lässt, der die angesprochene „offene Gesellschaft“ sicher nicht abbilden kann, scheint ihm entweder nicht bewusst zu sein oder seine Erwartungen an eine öffentliche Debatte werden von dieser Form der Öffentlichkeit erfüllt. In letzterem Fall wäre dringend zu hinterfragen, welche Form der Öffentlichkeit und vor allem wieviel Offenheit Gauck tatsächlich für die Auseinandersetzung mit deutscher Außenpolitik für wünschenswert hält. Aus dem obigen Absatz lässt sich zumindest eine gewisse Zufriedenheit mit dem aktuellen Format an Öffentlichkeit erkennen, die dafür spricht, dass eine Debatte, die einen breiteren gesellschaftlichen Personenkreis einbeziehen würde, aus der Sicht Gaucks gar nicht notwendig ist.

Die Tatsache, dass Gauck selbst auf der Sicherheitskonferenz spricht, wobei er die Herangehensweise und Bewertung einer sicherheitspolitischen Agenda weitgehend reproduziert und dies als Format des kontroversen und öffentlichen Dialogs preist, ist zumindest eindeutig **mehr dazu geeignet, von der dieser Konferenz eigenen sicherheitspolitischen Handlungslogik und Perspektive zu überzeugen, als einen kontroversen und öffentlichen Dialog zu befördern.**

Der runde Geburtstag gibt Anlass zur Rückschau, aber natürlich vor allem zum Blick nach vorn. Deshalb möchte ich heute über den Weg der Bundesrepublik sprechen – und darüber, wo er in Zukunft hinführen **kann.** Denn wir Deutschen sind auf dem Weg zu einer Form von Verantwortung, die wir noch wenig eingeübt haben.

Kurzum: Ich möchte sprechen über die Rolle Deutschlands in der Welt.
(Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

An dieser Stelle stellt Gauck den Zusammenhang zwischen Verantwortung und der Rolle Deutschlands in der Welt her: Der Begriff der **Verantwortung bezieht sich auf die Rolle Deutschlands in der Welt.** Während Gauck ankündigt über die **mögliche** Ausgestaltung dieser Rolle in der Zukunft zu reden, nimmt er bereits vorweg, dass diese Rolle in der

Übernahme von mehr Verantwortung bestehe. **Deutschlands Rolle in der Welt als eine „verantwortlichere“ und aktivere wird also an sich gar nicht zur Debatte gestellt.**

Die Bemerkung, dass diese (zukünftige) Rolle „noch wenig eingeübt“ sei, vermittelt den Eindruck, als käme Deutschland diese Rolle von selbst, von außen und gewissermaßen überraschend zu, bzw. als sei dies eine eigenständige, unabhängige Entwicklung, die **insofern eben nicht das Ergebnis eines bewussten gesellschaftlichen Willensbildungsprozesses ist:** Anders ist es nicht zu erklären, dass Gauck sich verpflichtet fühlt, darauf hinzuweisen, dass „wir“ (wohl die Deutschen) „uns“ bereits auf dem Weg zu mehr Verantwortung befänden. Diesen Eindruck greift er später in seiner Rede wieder auf, wenn er davon spricht, dass sich Deutschland bereits **„auf dem Weg** zu einem Garanten internationaler Ordnung und Sicherheit bewegt“.

Nun vermuten manche in meinem Land im Begriff der "internationalen Verantwortung" ein **Codewort**. Es verschleierte, worum es in Wahrheit gehe. Deutschland solle mehr zahlen, so meinen die einen, Deutschland solle mehr schießen, so sagen die anderen. Und die einen wie die anderen sind davon überzeugt, dass "mehr Verantwortung" vor allem mehr Ärger bedeute. Es wird Sie nicht überraschen: Ich sehe das anders. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Hier bedient sich Gauck einer klassischen rhetorischen Strategie, um Kritik zu entkräften: Er konstruiert und pauschalisiert mögliche Kritik auf eine Art und Weise, sodass ihr sehr einfach widersprochen werden kann. Die **mögliche Kritik wird personalisiert (womit ihnen das logische Argument genommen wird) und auf eine sehr vereinfachte Argumentation reduziert**, die entweder ausschließlich Geld und damit das eigene Wohl im Blick habe oder sich grundsätzlich gegen militärische Gewaltanwendung ausspreche. Schon die Platttheit dieser vermeintlichen Vorwürfe („mehr zahlen“, „mehr schießen“) wirkt dummlich und naiv. Beiden Typen von „KritikerInnen“ lässt sich daraufhin leicht Engstirnigkeit, Misstrauen, Selbstbezogenheit, Grobschlächtigkeit und fehlende Moral vorwerfen. (Die ZuhörerInnen werden jedoch von diesem Vorwurf entlastet, weil Gauck zu verstehen gibt, dass er davon ausgeht, dass sie seine Ansicht im Hinblick auf die Haltlosigkeit der Kritik teilen. Das ist eine rhetorische Verbrüderungsstrategie, wobei nicht das Argument im Mittelpunkt steht, sondern die Übereinstimmung an sich.)

Gleichzeitig werden, wie im nächsten Absatz der Rede noch deutlicher wird, die möglichen Handlungsoptionen deutscher Außenpolitik in der Form eines Entweder-oder dargestellt (in Tätig Sein oder Untätig Sein), wobei die Option des Tätig Seins bereits spezifiziert ist, vor allem im Hinblick auf die Szenarien, auf die (tätig) zu reagieren sei (Umgang mit „den Verwerfungen unserer Zeit“, Herausforderungen, Reaktion auf Bedrohungen, Gefahrenabwehr). Diese Darstellung übergeht die Vielfalt der möglichen Ausgestaltungen eines „Mehr“ an „deutschem Engagement“ („**There is no Alternative“-Strategie**), weil sie bereits ein Szenario definiert, das an keiner Stelle zur Disposition gestellt wird. **Von dem Interesse an einer echten, öffentlichen Debatte um die Art und Weise des geforderten deutschen Engagements zeugen diese Rhetorik und ein solcher Umgang mit Kritik nicht.**

Als global vernetzte Volkswirtschaft kann Deutschland gar nicht anders, **als Partner zu finden, Rücksicht zu nehmen und Kompromisse zu schließen**. Vor **Sonderpfaden** – das weiß Deutschland seit langem – sollte es sich hüten. Ein demokratisches Gemeinwesen muss zwar sehr **wohl** das Recht haben, **einmal abseits**

zu stehen. Aber dieser Schritt sollte gut überlegt sein und **nicht zur Regel werden. Alleingänge haben ihren Preis.** (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Es ist auch kein gutes Zeichen, wenn jüngere Mitglieder des Bundestages das Gefühl haben, die Beschäftigung mit Außen- und Sicherheitspolitik sei für ihre Karriere nicht förderlich. Übrigens hat der Deutsche Bundestag seit 1994 ungefähr 240 Mal über **Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr** beraten, und zwar in einer Weise, die durchaus Respekt gebietet. Allerdings hat das Parlament im selben Zeitraum weniger als zehn Mal grundsätzlich über deutsche Außen- und Sicherheitspolitik debattiert. Dabei brauchen wir **solche Debatten** – im Bundestag wie übrigens überall: in Kirchen und Gewerkschaften, bei der Bundeswehr, in den Parteien, in den Verbänden.

Denn Außenpolitik soll doch nicht eine Sache von Experten oder Eliten sein – und **Sicherheitspolitik** schon gar nicht. Das Nachdenken über Existenzfragen gehört in die Mitte der Gesellschaft. Was alle angeht, das soll von allen beraten werden. Dazu drängt uns immer wieder die Weltlage – in diesen Tagen die Ereignisse in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik. Zum Anspruch, die Debatte zu öffnen, passt gut, wie Deutschlands neuer Außenminister die Politik seines Ministeriums auf den Prüfstand – und zur Diskussion – stellen möchte. **Frank-Walter Steinmeier will den Dialog mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft suchen.** Das wäre ein Schritt auf dem Weg zu einer neuen gesellschaftlichen Selbstverständigung. **Das Gespräch darüber, wo, wie und wann wir unsere Werte und unsere Sicherheit verteidigen wollen, führt uns zu mehr Klarheit über Maß und Ziel von Deutschlands internationalem Engagement.** (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Das Gespräch, das öffentlich geführt werden soll, ist eines über die Verteidigung „unserer Werte und unsere Sicherheit“ und zwar mittels des internationalen Engagements Deutschlands.

Lassen Sie uns also nicht die Augen verschließen, vor Bedrohungen nicht fliehen, sondern standhalten, universelle Werte weder vergessen noch verlassen oder gar verraten, sondern gemeinsam mit Freunden und Partnern zu ihnen stehen, sie glaubwürdig vorleben und sie verteidigen.

Die Eindringlichkeit, mit der Gauck sich an die ZuhörerInnen wendet, vermittelt den Eindruck, als müssten diese von der **Ernsthaftigkeit der Bedrohung überzeugt** werden um auf diese Bedrohung angemessen zu reagieren. Die **Fremdzuschreibung**, die Gauck mit seinem eindringlichen Appell vornimmt, besteht in einer **tendenziell desinteressierten und mutlosen Öffentlichkeit** (die an sich lieber weglaufen möchte und sich verschließen, nicht standhalten). (Würden diese Annahmen über die potentiellen Eigenschaften der adressierten Gruppe nicht bestehen, wäre dieser Satz so nicht sinnvoll.)

6.1. Die Argumentation ist durchdrungen und wird dominiert von einer sicherheitspolitischen Perspektive (vgl. auch 6.)

Um seinen Weg in schwierigen Zeiten zu finden, braucht Deutschland Ressourcen, vor allem geistige Ressourcen – Köpfe, Institutionen, Foren. Jedes Jahr eine Sicherheitskonferenz in München – das ist gut, aber nicht genug. Ich frage mich: Ist es nicht an der Zeit, dass die Universitäten mehr anbieten als nur eine Handvoll Lehrstühle für die Analyse deutscher Außenpolitik? Muss nicht auch die Sicherheitsforschung gestärkt werden, einschließlich der Abwehr von Cyberangriffen durch Kriminelle oder durch Nachrichtendienste? (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

7. Aus der Vorstellung von einer „guten Wesenhaftigkeit“ Deutschlands wird das Recht zum „guten Nationalismus“ abgeleitet

Eines gleich vorweg: Dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir jemals hatten. [...]

Ganz zum Schluss aber, da möchte ich eine Bitte an uns Deutsche richten: dass auch wir diesem grundsätzlich gebesserten Land zuallererst in der Erhaltung des Vertrauens begegnen. Es gab für die Nachkriegsgenerationen gute Gründe, misstrauisch zu sein – gegenüber der deutschen Staatlichkeit wie gegenüber der deutschen Gesellschaft. Aber die Zeit dieses ganz grundsätzlichen Misstrauens, sie ist vorüber. Lassen Sie mich zurückkommen auf den Anfang, auf meinen Ausgangspunkt: Seit mehr als sechs Jahrzehnten lebt die Bundesrepublik mit allen Nachbarn im Frieden. Seit sechs Jahrzehnten gelten Bürger- und Menschenrechte. Seit sechs Jahrzehnten existiert die Herrschaft des Rechts. Auch Wohlstand und Sicherheit prägen dieses Land. Es ist eine lebendige Zivilgesellschaft, die Fehler erkennt und helfen kann, sie zu korrigieren.

[...] Als Deutsche einst ihr Land "über alles" stellten, da entwickelte sich ein Nationalismus, der von forciertem Selbstbewusstsein über Selbstblendung bis zur Hybris alle Stadien eines unaufgeklärten Nationalbewusstseins durchlief. Unser heutiges "ja" zur eigenen Nation gründet in dem, was dieses Land glaubwürdig und vertrauenswürdig macht – einschließlich des Bekenntnisses zur Zusammenarbeit mit unseren europäischen und nordatlantischen Freunden. Nicht weil wir die deutsche Nation sind, dürfen wir vertrauen, sondern weil wir diese deutsche Nation sind. (Gauck/Sicherheitskonferenz 2014)

Gauck argumentiert, dass sich die deutsche Zivilgesellschaft nicht allzu selbstkritisch betrachten muss, weil sie ja bereits eine lebendige, selbstkritische Zivilgesellschaft ist. Dieses Argument ist entweder zu 100 % inkonsistent oder das Argument besteht in der Vorstellung, dass Deutschland aufgrund seiner „guten Wesenhaftigkeit“ („dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir jemals hatten“) von der grundsätzlichen Notwendigkeit der Selbstreflexion und des Selbstzweifels entbunden ist (!). Argumentationsstrategisch versucht Gauck den Appell an eine gestaltungsbewusstere Rolle Deutschlands zum Schluss seiner Rede gegen jegliche Kritik/Zweifel zu immunisieren.

Rekonstruktion einzelner Sequenzen aus der Rede „Transatlantic Ties for a New Generation“ von Außenminister F.W. Steinmeier bei der Brookings Institution am 28.02.2014 (erstellt am 18., 19. und 21.04.14)

Seq. 1: “The discords that happen in every long and proven relationship: they are not foreign to the transatlantic relationship, either. Being bored by routines, mistrust creeping in, being annoyed at the ‘little differences’, feeling the draw of new attractions – or pivoting to other oceans.... Yes, these are facts about us. But what I want to suggest today is not a therapy session for an elderly couple. What I want to do is to explore what this long and proven relationship can mean for an entirely new generation!”

Bereits in der Überschrift „Transatlantic Ties for a New Generation“ macht Steinmeier deutlich, dass sein Beitrag über die transatlantischen Beziehungen als eine Betrachtung dieser Beziehungen aus der Perspektive der nächsten Generation zu verstehen ist und wiederholt diesen expliziten Interpretationswunsch (Seq. 1) zu Beginn seiner Rede.

Auffallend ist dabei die grundsätzliche Unterscheidung, die Steinmeier zwischen früher und heute vornimmt, was sich in der formulierten Abkehr vom Bild der Therapie des in die Jahre gekommenen Ehepaars und der gleichzeitigen Behauptung einer „vollkommen neuen Generation“ äußert. Dabei stellt er die angesprochene „Ehe“ gar nicht in Frage (er spricht von einer langen und gefestigten Beziehung). Aber im Zentrum seiner Auseinandersetzung steht eben nicht die Fragen, wie diese alte Ehe repariert werden kann, sondern die Frage, was diese Beziehung für die neue Generation bedeuten kann. **Als erste Hypothese formuliere ich daher: Die Autoren der Rede plädieren für eine Bewertung der transatlantischen Beziehungen vor allem in Bezug auf ihre Bedeutung für die nächste Generation.**

Ich stelle die Hypothese auf, dass die Autoren sich mit dieser Ausrichtung der Rede insbesondere von einer historisch orientierten Auseinandersetzung mit dem transatlantischen Verhältnis abgrenzen wollen. **Ich vermute die von Steinmeier beworbene, neue transatlantische Fragestellung enthält im Kern eine Kritik am Versuch der (Neu-)Begründung der transatlantischen Beziehungen einzig aus ihrer jüngeren Geschichte während des Kalten Kriegs heraus.**

Es geht um die Frage: wie lässt sich neues gestalten mit den alten Denkmustern? (Resilience und Pragmatismus?)

Seq. 2: “Let’s begin this discussion with another fact. **It may sound worrying, but it’s not.** The fact is this: **To the generation of tomorrow, the value of the transatlantic partnership is in no way as self-evident as it is to my generation and to many of us in this room.** And that shouldn’t surprise us because the world just looks so very different through the eyes of different generations. Take, for example, your Secretary of State, my colleague **John Kerry**. The world of his youth was the world in the aftermath of World War Two. As a little boy, he cycled through the rubble of Berlin Kurfürstendamm. He looked up at the first big house that

was being rebuilt and it had a sign: 'Supported by the Marshall Plan'. These images implanted the transatlantic partnership in John Kerry's moral cosmos."

Steinmeier beginnt sein Argument mit dem Hinweis darauf, dass die Bedeutung/der Wert der transatlantischen Beziehungen für die "Generation von morgen" in keiner Weise selbstverständlich ist. Er begründet dies mit dem Hinweis darauf, dass sich die Welt dieser Generation vollkommen anders darstelle. Dabei begründet er die Bewertung der Beziehungen mit der Wahrnehmung und Bewertung der Welt und ihren veränderlichen Lebensbedingungen. Ich stelle die Hypothese auf, dass Steinmeier damit die Auffassung in Frage stellt, dass die transatlantischen Beziehungen sich allein aus sich heraus begründen können. Anstatt dessen knüpft er die Bedeutung der Beziehungen an den Wert, den sie für eine andere Generation in einer anderen Umwelt mit anderen Herausforderungen haben.

Die Autoren der Rede machen die Bewertung der transatlantischen Beziehungen abhängig von ihrer zeitlichen Situierung.

Ich finde es auffallend und beeindruckend, dass Steinmeier in seiner Auseinandersetzung mit der Bedeutung der transatlantischen Beziehungen häufig Perspektiven wechselt, bzw. sich in die Sichtweise anderer Generationen hineinversetzt und dabei ein Bewusstsein für die Relativität seines Standpunktes zeigt. Ich behaupte, dass der intergenerationale und internationale Perspektivenwechsel ein Kennzeichen von Steinmeiers Rede ist.

Damit einhergehend ist es ihm möglich, die Sichtweise von US-Außenminister John Kerry, dessen Ernennung damals gerade aufgrund seiner „transatlantischen Identität“ für viel Begeisterung auf europäischer Seite gesorgt hat, vor dem Hintergrund seiner Biographie einzuordnen und damit im besten Sinne des Wortes zu „relationieren“: Dem als solchen propagierten Prototyp von einem Transatlantiker wird damit die originäre Deutungshoheit über den Stellenwert und die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen in der Welt von morgen entzogen! Ich stelle die Hypothese auf, dass die Autoren Kritik an einem Begründungsversuch der transatlantischen Partnerschaft üben, der sich vor allem auf die Interpretation der jüngeren Geschichte als Beweis für die genuine Notwendigkeit der transatlantischen Partnerschaft speist.

Gleichsam reagiert er auf mögliche Ängste vor dem drohenden Bedeutungsverlust der transatlantischen Beziehungen, die er zu Beginn dieser Sequenz entkräftet („It may sound worrying, but it is not“). Sein Argument besteht dabei in der Aufforderung der imaginierten, besorgten ZuhörerInnen, den an sich nicht besorgniserregenden Gehalt dieser Entwicklung zu erkennen, sich also von der an früheren Realitäten orientierten Sichtweise zu trennen. Anders ausgedrückt lässt sich dies als die Hypothese formulieren, dass Steinmeier diese Ängste für ein Ergebnis des Festhaltens an überkommenen Weltrealitäten hält und im Gegenzug für die Anerkennung einer veränderten Weltrealität als Ausgangspunkt für die Bewertung der transatlantischen Beziehungen plädiert.

Darüber hinaus lässt sich der Hinweis, dass der Wert der transatlantischen Partnerschaft in keiner Weise selbsterklärend für die folgende Generation sei, als Kritik an transatlantischen (Neu-)Begründungsversuchen verstehen, die eine Selbstverständlichkeit oder geradezu eine an Wahrhaftigkeit grenzenden Natürlichkeit der transatlantischen Partnerschaft unterstellen.

Seq. 3: "As for myself, the world of my youth was a world divided into two blocs, East and West, black and white. As a student, I lived in a town not even seventy miles away from the Iron Curtain that ran right through the middle of my country. And I remember my student days quite well, because I took many more years studying than probably most students in this room... **We were certain which side we belonged to.** To us living at the frontlines of the Western world, this certainty was the anchor of our security.

But today, when I talk to my daughter it turns out that hers is an entirely different world. That is: If I get to talk to her at all, because she is seventeen... **The world she is growing up in is a world more open, more diverse, more fascinating, but also more confusing than ever. Each continent, each way of life is just a tweet or a blog-post away. She asks me: "How do I find my own way in all this openness?"**

Unter Bezugnahme auf die zu Seq. 2 formulierte Hypothese, dass Steinmeier für eine Neubewertung der transatlantischen Beziehung auf Grundlage heutiger Weltrealitäten plädiert, widerspricht er hier ausdrücklich der Auffassung, dass sich die aktuelle Weltsituation durch Bipolarität und Feindseligkeit auszeichnet: Die Gründe für den damaligen Zusammenhalt der transatlantischen Partnerschaft sei heute nicht mehr gegeben. Die heutige Welt unterscheide sich von den eindeutigen Zugehörigkeiten und Gegensätzen („we were certain which side we belonged to... But today, ... hers is an entirely different world“). **Ich formuliere folglich die Hypothese, dass Steinmeier die heutige Welt im Gegensatz zur Welt des Kalten Krieges und der eindeutigen Grenzen und Feindschaften als eine Welt der Unbestimmtheit, Ambivalenz, Vernetzung und Offenheit (im Sinne von Kontingenz) versteht.**

Steinmeier beschreibt diese Weltsituation nicht als per se bedrohlich, obgleich er die Schwierigkeit der Orientierung in einer so vernetzten, vielfältigen und irritierenden Umwelt problematisiert. Nicht die Weltsituation mit all ihren Eigenschaften ist ein Problem, sondern der Umgang damit. **Diese „Navigationsschwierigkeit“ und Orientierung in einer noch regellosen Welt (s. Hypothesen x ffg.) erhebt er zum Ausgangspunkt seiner nun folgenden Argumentation.**

Seq. 4: Now I might tell her to look first to Europe and across the Atlantic. She will look at me and say: "Why should I care?" I might respond that the U.S. and Europe stand for the 'community of Western values'. At this point, she will roll her eyes and turn back to her smartphone... And you know what? **I think she's right!**

Value talk is not enough. What my daughter's generation wants to know is how to put these values to work in the 21st century! There are many tough questions that she and her generation ask: What will my job look like in **a completely interconnected world**? How will I still be in control, when much of what I do and much of who I am happens online? How will we keep our planet safe when threats spread around at broadband speed? **How will we treat this planet's natural resources when an ever-growing population asks for the same standard of living that we are used to?** With these big questions on their plate, young people have every reason to ask: "Why should we care about the transatlantic relationship?"

Well, you shouldn't care just because people of my age are **nostalgic or afraid of change.** I personally believe that the U.S. and Europe remain partners of first choice for tackling the problems we face. But the reality is that a new generation will only accept this belief and

carry it forward if we [adapt our relationship to their tough questions](#). Only if we put our values to work on the questions of today, will young people care about our partnership.

Steinmeier betont, dass sich die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen nicht allein aus deren gemeinsamen Wertefundament ergibt, solange diese nicht bei der Bearbeitung und Beantwortung der aktuell drängenden Fragen, bzw. der Fragen, die die nächste Generation betreffen, hilfreich und produktiv sind. Steinmeier stellt seinen (Neu-)Begründungsentwurf der transatlantischen Partnerschaft dabei explizit einem angstgeleiteten oder rückwärtsgeleiteten Begründungsentwurf entgegen, was mich zu der Vermutung veranlasst, dass er diese Begründungsversuche als aktuell wirksam wahrnimmt. [Ich stelle daher die Hypothese auf, dass Steinmeier mit seinem Plädoyer für die Begründung der transatlantischen Beziehungen auf deren Bedeutung für die kommende Generation ein transatlantisches Selbstverständnis kritisiert, das die eigene Bedeutung einzig aus der Überzeugung ableitet, dass die westlichen Werte vor allem aufgrund ihrer Überlegenheit und Einzigartigkeit in einer transatlantischen Partnerschaft zu schützen seien \(„Value talk is not enough“\)](#)

Während Steinmeier die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen einzig von deren Fruchtbarkeit und Nützlichkeit für die aktuell drängenden Fragen abhängig macht, stellt er den sich aus sich selbst heraus begründen Wunsch nach einer weiterhin engen Partnerschaft zwischen USA und Europa einer *Realität* der jüngeren Generation und ihrer Bedürfnisse *als Glaube* gegenüber. Dabei wird nicht nur die Unterscheidung zwischen Glaube und Realität eröffnet, sondern diese Unterscheidung wird gleichzeitig mit der zweiten Unterscheidung zwischen „WIR, die Generation von gestern und heute“ und „SIE, die Generation von morgen“ übereinander gelegt, wobei die naheliegende Gegenüberstellung des realen Heute vs. des ideellen Morgens umgekehrt wird: Das Morgen wird zum einzig realen Möglichkeitenraum, in dem sich die transatlantischen Beziehungen materialisieren können bzw. lebendig und wirksam werden können, während das Gestern sich auf den gedanklichen Wunsch der Fortsetzung der früheren Realitäten beschränken muss. [Steinmeier beschreibt die heutigen \(Be-\)DeutungsreproduzentInnen der transatlantischen Beziehungen in ihrer Verwirklichungsstrategie als existentiell abhängig von den Erwartungen und Bedürfnissen der nachfolgenden Generation in einer sich grundsätzlich veränderten Welt. Das intergenerationale Verhältnis erlebt dabei eine Umkehrung: Nicht die zukünftigen Generationen sind auf die Verwirklichungen der heutigen Generation angewiesen, sondern die heutige Generation ist für die Fortführung ihrer Ideen auf deren Anpassung an die Bedürfnisse der zukünftigen Generation in einer veränderten Welt angewiesen!](#)

[Seq. 5: The first value we need to put to work is opportunity.](#) In his State of the Union a few weeks ago, President Obama said: “Opportunity is who we are”. [Well, you should tell your President:](#) That makes two of us! Enlarging opportunity across borders is what drives the European Union today. [I think that opportunity is just the right starting point to think about the transatlantic ties for a new generation.](#) After all: When you’re my daughter’s age, all you see is opportunity! When President Obama said “Opportunity is who we are”, there is one little word I would have added and that may sound very European to you. I would say: “[Equal opportunity is who we are](#)”! That every young person gets a fair shot in life –regardless of gender or skin color or ZIP code or pocket money– that is the promise of our [democracies](#)! And let’s be honest: [We are not keeping that promise](#) in every part of Europe or the United States today.

Es fällt die Begrifflichkeit der „transatlantic ties“ anstelle der gebräuchlichen Bezeichnung der „transatlantic relations“ bzw. „partnership“ oder „friendship“ im Zusammenhang mit der Bewertung der Beziehungen für die zukünftige Generation ins Auge. „Ties“ beschreibt lediglich Bindung und Nähe ohne das soziale Verhältnis in einer personifizierenden Weise wie die Begriffe relations/friendship/partnership zu qualifizieren. „Ties“ betont den Zustand der zwischengesellschaftlichen Vernetzung und Verwobenheit mit einer deutlich geringeren emotionalen Konnotation. Dies führt mich zu der ersten Hypothese, dass die Autoren der Rede mit größerer Nüchternheit auf die transatlantischen Beziehungen blicken, ohne dabei allerdings eine ablehnende Haltung einzunehmen oder die Bedeutung der verbindenden Gemeinsamkeiten nicht anzuerkennen.

Die Autoren der Rede verwenden den Begriff der „ties“ vor allem in Bezug auf die zukünftige Ausgestaltung der Beziehungen durch die nächste Generation (s. auch Titel der Rede). Ich stelle in Verbindung mit meinem Begriffsverständnis daher die Hypothese auf, dass sich in der Begriffswahl der „ties“ die Ansicht der Autoren äußert, dass die Zukunft der transatlantischen Beziehungen als „ties“ eher eine funktionale, wenngleich möglicherweise ebenso große Bedeutung erhalten werden; demgegenüber die historische Begründungsressource der transatlantischen Beziehungen als geradezu natürliche Einheit immer weniger Bindungskraft entfalten können wird.

Die soeben aufgestellte Hypothese lässt sich auch durch die Rekonstruktion des Werteverständnisses der Autoren der Rede stützen, insbesondere im ersten Satz von Sequenz 5 mit der Aufforderung (bestimmte) Werte anzuwenden/sie arbeiten zu lassen („we need to put to work“). Von den gemeinsamen Werten wird dabei gefordert, dass sie als Handlungsregel wieder anerkannt und wirksam werden müssen („we need to put to work“). Diese Formulierung muss einerseits als fundamentale Kritik am Status Quo interpretiert werden, sonst würde ein solches Plädoyer unsinnig. Tatsächlich benennt Steinmeier fehlende Chancengleichheit am Ende von Sequenz 5 als mangelhafte Umsetzung dieses Werts, was ich als Plausibilisierung meiner „Kritik-Hypothese“ lese.

Darüber hinaus nehme ich stark an, dass die Autoren mit ihrer „need to put to work-Formulierung“ zu verstehen geben, dass sie Wertebezüge, die nur als transatlantische Selbstvergewisserung, nicht aber als Handlungsanspruch für transatlantische Verbindlichkeit sorgen sollen, eine Absage erteilen möchten. In diesem Zusammenhang ist auch die Formulierung „you should tell your President“ (der da „opportunity“ als amerikanisches Identitätsmerkmal proklamiert hat) aufschlussreich.

Das Schaffen von „Opportunity“ (ich übersetze dies mit Chancengerechtigkeit) wird zum zentralen Wert der transatlantischen Partnerschaft erklärt. Die transatlantische Partnerschaft sollte ihre Relevanz für die zukünftigen Generationen dadurch unter Beweis stellen, indem es ihr gelingt für Chancengleichheit zu sorgen.

Seq. 6: Speaking of TTIP brings me to the second value that we need to put to work. TTIP isn't just about trade and investments and jobs. It's about setting standards. The planet that our children are growing up on is becoming more interconnected and more crowded than ever before. So more than ever, we need a fair set of rules by which we treat each other and the planet we live on. TTIP is a huge opportunity to shape the rules of the next phase of globalization together.

Wiederholt sprechen die Autoren der Rede von Werten im Zusammenhang mit deren Wirksamkeit bzw. Lebendigkeit. Ich stelle **die Hypothese auf, dass die Autoren der Rede das Setzen und die Gestaltung von globalen Regeln und Standards als die wichtigste Antwort auf die Schwierigkeit der Orientierung in einer offenen, vernetzten Welt sehen.**

Seq. 7: We also need **global rules for our environment and natural resources**. Climate change is a threat to our children's prosperity, health and increasingly to their political security. I am glad that President Obama and Secretary Kerry have renewed their commitment to act. Germany will put climate change at the top of the agenda during our G8 presidency in 2015.

After all: If the U.S. and Europe don't lead the way, how will we work things out on a global scale? Talk of rules may sound abstract. But it truly isn't. When my daughter looks at this open world, it is rules that will have to make sure she can navigate it safely. **It is rules that turn the world's offerings into opportunities rather than threats.** In no other area is this need for rules as apparent as in the internet. And in case you were wondering: **From our perspective, it's not been going very well so far!**

Wenn die USA und Europa nicht in der Lage sind, sich auf gemeinsame Standards zu einigen, wie sollen sie dann in der Lage sein an einer globalen Regelsetzung mitzuwirken? Auch hier schwingt die Kritik am Missstand fehlender verbindlicher Regeln am Beispiel des Klimaschutzes mit. **Ich stelle daher die Hypothese auf, dass die Autoren mehr Verbindlichkeit transatlantischer Regeln einfordern.**

Die Autoren der Rede betonen in Sequenz 7 so deutlich wie an keiner anderen Stelle die Bedeutung der globalen Regelsetzung: Nur eine regelbasierte Weltordnung ist in der Lage die Möglichkeiten, die sich aus dem Wandel der Welt ergeben in echte (Entwicklungs-)Chancen zu verwandeln. Es ist auffallend, mit welcher positiven Grundhaltung die Autoren dabei die Möglichkeiten der globalen Veränderungen („the world's offerings“) umwandeln.

Allgemeine Leseindrücke, die noch zu beachten/einzuarbeiten sind:

- Verknüpfung von Wert 1 (opportunity) und 2 (rules) – zum Verhältnis von Chance und Regel.
- **Steinmeiers Vorschläge zielen vor allem auf einen zwischenstaatlichen Dialog über Probleme, deren Ursachen und Folgen zu allererst mit den beiden Staaten zu tun haben!!**
- Unverhohlene Kritik an der Nicht-Wertegebundenheit einiger politischer Praktiken des Westens (insbesondere Kritik an den USA)

Seq 8: After all: If the U.S. and Europe don't lead the way, how will we work things out on a global scale? Talk of rules may sound abstract. But it truly isn't. When my daughter looks at this open world, it is rules that will have to make sure she can navigate it safely. **It is rules that turn the world's offerings into opportunities rather than threats.** In no other area is this need for rules as apparent as in the internet. And in case you were wondering: From our perspective, it's not been going very well so far!

Seq. 9: But one thing is clear: The practices he revealed have eroded the trust of America's friends to an extent where it threatens to get in the way of all the other tasks, and all the other opportunities that we have. And just to clarify: The problem is not the political trouble that the news of these practices have caused us. The problem is the practices themselves!

Demokratiesequenz

Seq. 10: Democracy is always work-in-progress. Even in this country, where it is over 200 years old! In that way, a heated debate is also a sign of a healthy democracy. After all, other countries under different regimes are not even having this debate! I think we should share this debate across the Atlantic. For reasons of culture and history, we will not end up with the same answers on every issue. But the basic principle is what connects us: *That it is up to democracy –and not to private firms or to government agencies– to set the rules of the game.*

Seq. 11: I see some of you looking at the clock, probably wondering: "When is he going to talk about the bread-and-butter business of foreign policy?" The answer is: Now. But I talked about values first, for a reason: *These values –opportunity, fairness, freedom and democracy– we owe them not just to our own children.*

Multipolaritätssequenz

Seq. 12: As I said earlier, I spent many years at university. I was working on my PhD when –a few miles east– the Wall started to crumble. At that time, there were many who thought that the end of *the Cold War would mark the ultimate victory* of the Western model – as it were, "the end of history". *Far from it!* We live in a world that has lost its old order, but hasn't found a new one yet. New powers are rising; each with their own history, culture and proud way of doing things. And even if most of them aren't exactly Westminster democracies: *Each is determined to have a say in this world.* Some people in the West reacted with resignation. After all, global population growth is making Western societies fade into the shadow. *Some reacted with nostalgia for the golden transatlantic times. But those, by the way, never existed. There have always been differences* – from Schröder and Bush all the way back to Adenauer and that same inspiring President – JFK – whom I quoted above. Others reacted by turning inward. For some years now, both Europe and the U.S. have been preoccupied with their crises at home. Still others reacted by turning away from the old Western alliance. After all, the new power centers of the world would lie elsewhere. I think

that none of these reactions is right. I think we should neither resign nor despair nor turn in nor turn away. We should welcome the competition of this multi-polar world and be confident that the Western model still has the most to offer! The ultimate test if the transatlantic relationship is alive and well is not if we can look at each other and say there are no differences between us. The ultimate test is if we can stand side by side, look at the world around us and embrace the competition.

Steinmeier beschreibt die Welt als multipolar. Er stellt dieses Merkmal nicht wie häufig in regierungsamtlichen Sprechakten geäußert als Zukunftsszenario dar (ich vergleiche dies mit den Ergebnissen meiner Masterarbeit), sondern anerkennt die Multipolarität als ein bereits existierendes Charakteristikum „dieser“ Welt („of *this* multipolar world“). Mit dieser Eigenschaft verbindet Steinmeier ein starkes Wettbewerbselement: Der Wettbewerb ergibt sich in seiner Darstellung unmittelbar aus der Multipolarität der Welt. Er wiederholt diese Beschreibung im letzten Satz des Absatzes nochmals, indem er „die Welt um uns herum“ als ein Ort des Wettbewerbs beschreibt.

Dabei ist auffallend, dass die Multipolarität sowie der sich daraus ergebende Wettbewerb nicht als Bedrohung beschrieben werden, sondern als Chance, die es zu ergreifen/wahrzunehmen/anzunehmen im Sinne von bejahen („embrace“) und willkommen zu heißen gelte.

Renaissancesequenz

Seq. 13: Just a few weeks ago in Munich, my colleague John Kerry called for a “transatlantic Renaissance”. I couldn’t agree more with him. But let’s keep this in mind: The Renaissance wasn’t the rebuilding of ancient Rome. The Renaissance was the building of something new, inspired by the values of the past. And what’s even more important: The Renaissance wasn’t built by the ancient Romans – it was built by new generations. By this I do not mean to say that I am ancient...despite the color of my hair... What I am saying is: It is you, the generations of tomorrow who will build those bridges. They will be based on your connections, initiatives and communities. I thank the many foundations, universities, and NGOs, also in this city and in this room. Your tireless work is the foundation of our Renaissance!

Endsequenz

Seq. 14: In a world more open than ever before, young people face tough questions. These are global questions. They’re not unique to the U.S. or Europe. But there is still something that makes our partnership unique: that when we tackle those tough questions, we share the starting point of our history and the compass of our values. We may be an old couple, but our values still move us a long way ahead. If we put those values to work on today’s tough

questions, young people have all the reason to care for each other across the Atlantic. So let's do care, and put them to work. It's worth it. [Ende der Rede]

Demokratiensequenz	70
Multipolaritätssequenz	70
Renaissancesequenz	71
Endsequenz	71
1. Auseinandersetzung mit (Neu-)Begründungsversuchen der transatlantischen Beziehungen	73
1.1. Die Autoren der Rede beurteilen die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen in Abhängigkeit von ihrem historischen Kontext (Bedeutung der TP unterliegt demnach situativer Bedingtheit).	73
1.2. Forderung nach einer Beurteilung der zukünftigen Bedeutung der transatlantischen Beziehungen aus der Perspektive zukünftiger Generationen und deren „weltsituationsspezifischen“ Bedürfnissen (HAUPTARGUMENT I)	73
1.3. Forderung nach einer Bewertung der transatlantischen Partnerschaft aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit im Sinne einer ernsthaften Umsetzung der eigenen Werte bei der Mitwirkung an einer globalen Regelsetzung (HAUPTARGUMENT II)	75
1.4. Kritik an der These einer „transatlantischen Selbstverständlichkeit“ als historischer (Neu-)Begründungsversuch der transatlantischen Beziehungen (bzw. Kritik an der Unterstellung einer genuinen Notwendigkeit der Fortsetzung der Partnerschaft aufgrund ihrer jüngeren Geschichte)	76
1.5. Kritik an <i>Angst vor Veränderungen</i> als Ausgangspunkt vermeintlich geschichtsbewusster Begründungsversuche der transatlantischen Beziehungen	78
1.4.1. Größere Nüchternheit bei der Beurteilung der Bedeutung der TP	75
1.6. Kritik an einem transatlantischen Selbstverständnis (einer transatlantischen Selbstbegründung), das/die auf der Überzeugung der Überlegenheit der westlichen Werte beruht	79
1.7. Kritik an der Nicht-Wertegebundenheit einiger politischer Praktiken des Westens (insbesondere Kritik an den USA)	80
2. Beschreibung der zukünftigen „Weltsituation“	81
2.1. Grundsätzliche Neuartigkeit der zukünftigen „Weltsituation“ (grundsätzlich verschieden von den bisherigen Weltsituationen in den vergangenen Jahrzehnten)	81
2.2. Beschreibung der „Weltsituation“ in erster Linie als unbestimmt und zugleich offen	82
2.3. Größte Herausforderung für die nächste Generation besteht in Orientierungs- und Verwirklichungsschwierigkeiten in einer prinzipiell offenen/unbestimmten Welt	82
2.4. Heutige „Weltsituation“ <i>nicht</i> bedrohlich sondern chancenreich	83

2.5. Multipolarität und Wettbewerb als Hauptcharakteristika der zukünftigen Weltordnung	83
2.6.	83
3. Handlungsvorschlag für den angemessenen Umgang mit der zukünftigen Weltordnung (Weltunordnung bzw. „Weltsituation“)	84
3.1. Bedarf der globalen Regelsetzung zur Ermöglichung von Chancengleichheit	84
3.2. Regelsetzung als demokratischer Aushandlungsprozess	84
3.3. Perspektivenwechsel und Reflexion	84
3.4. Neugestaltung der transatlantischen Beziehungen	84
2.2.2. Außenpolitisches Primat der Diplomatie	84
2.2.3. Transatlantisches Bündnis hat die Aufgabe, die gemeinsamen Werte auf die Fragen der Zukunft anzuwenden	85

1. Auseinandersetzung mit (Neu-)Begründungsversuchen der transatlantischen Beziehungen

1.1. Die Autoren der Rede beurteilen die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen in Abhängigkeit von ihrem historischen Kontext (Bedeutung der TP unterliegt demnach situativer Bedingtheit).

Seq. 2, 3 und 4

Die Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft in der Zeit des Kalten Krieges wird der damaligen „Weltsituation“ zugeschrieben. Mit einer sich verändernden Weltsituation ändert sich in ihren Augen folglich auch die Bedeutung der Beziehung für beide Seiten.

1.2. Forderung nach einer Beurteilung der zukünftigen Bedeutung der transatlantischen Beziehungen aus der Perspektive zukünftiger Generationen und deren „weltsituationsspezifischen“ Bedürfnissen (HAUPTARGUMENT I)

Seq. 1: “But what I want to suggest today is not a therapy session for an elderly couple. What I want to do is to explore what this long and proven relationship can mean for an entirely new generation!”

Seq. 2: “Let’s begin this discussion with another fact. It may sound worrying, but it’s not. The fact is this: To the generation of tomorrow, the value of the transatlantic partnership is in no way as self-evident as it is to my generation and to many of us in this room. And that shouldn’t surprise us because the world just looks so very different through the eyes of different generations. Take,

for example, your Secretary of State, my colleague [John Kerry](#). The world of his youth was the world in the aftermath of World War Two. As a little boy, he cycled through the rubble of Berlin Kurfürstendamm. He looked up at the first big house that was being rebuilt and it had a sign: 'Supported by the Marshall Plan'. [These images implanted the transatlantic partnership in John Kerry's moral cosmos.](#)"

Als erste Hypothese formuliere ich: Die Autoren der Rede plädieren für eine Bewertung der transatlantischen Beziehungen vor allem in Bezug auf ihre Bedeutung für die folgende Generation. Die Relevanz der transatlantischen Beziehungen müsse sich aus dem Nutzen für die folgende Generation ergeben und sei entsprechend aus deren Perspektive zu beurteilen. (Seq.1, 2, 3, 4, 13, 14)

Sequenz 2 und 3 stützen diese Hypothese insofern, als sie darauf abheben, dass die Bewertung der transatlantischen Partnerschaft bisher ebenfalls aus dem historisch spezifischen Blickwinkel und Weltsituation der jeweiligen Generationen (Nachkriegsrealität/Kerry; Kalter Krieg/Steinmeier) erwachsen ist.

Seq. 4: Now I might tell her to look first to Europe and across the Atlantic. She will look at me and say: "Why should I care?" I might respond that the U.S. and Europe stand for the 'community of Western values'. At this point, she will roll her eyes and turn back to her smartphone... And you know what? [I think she's right!](#)

[Value talk is not enough.](#) What my daughter's generation wants to know is how to put these values to work in the 21st century! There are many tough questions that she and her generation ask: What will my job look like in [a completely interconnected world](#)? How will I still be in control, when much of what I do and much of who I am happens online? How will we keep our planet safe when threats spread around at broadband speed? [How will we treat this planet's natural resources when an ever-growing population asks for the same standard of living that we are used to?](#) With these big questions on their plate, young people have every reason to ask: "Why should we care about the transatlantic relationship?"

Well, you shouldn't care just because people of my age are [nostalgic or afraid of change](#). I personally believe that the U.S. and Europe remain partners of first choice for tackling the problems we face. But the reality is that a new generation will only accept this belief and carry it forward if we [adapt our relationship to their tough questions](#). Only if we put our values to work on the questions of today, will young people care about our partnership.

Während Steinmeier die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen einzig von deren Fruchtbarkeit und Nützlichkeit für die aktuell drängenden Fragen abhängig macht, stellt er den sich aus sich selbst heraus begründenden Wunsch nach einer weiterhin engen Partnerschaft zwischen USA und Europa einer *Realität* der jüngeren Generation und ihrer Bedürfnisse *als Glaube* gegenüber. Dabei wird nicht nur die Unterscheidung zwischen Glaube und Realität eröffnet, sondern diese Unterscheidung wird gleichzeitig mit der zweiten Unterscheidung zwischen „WIR, die Generation von gestern und heute“ und „SIE, die Generation von morgen“ übereinander gelegt, wobei die naheliegende Gegenüberstellung des realen Heute vs. des ideellen Morgens umgekehrt wird: Das Morgen wird zum einzig realen Möglichkeitenraum, in dem sich die transatlantischen Beziehungen

materialisieren können bzw. lebendig und wirksam werden können, während das Gestern sich auf den gedanklichen Wunsch der Fortsetzung der früheren Realitäten beschränken muss. Steinmeier beschreibt die heutigen (Be-)DeutungsreproduzentInnen der transatlantischen Beziehungen in ihrer Verwirklichungsstrategie als existentiell abhängig von den Erwartungen und Bedürfnissen der nachfolgenden Generation in einer sich grundsätzlich veränderten Welt. Das intergenerationale Verhältnis erlebt dabei eine Umkehrung: Nicht die zukünftigen Generationen sind auf die Verwirklichungen der heutigen Generation angewiesen, sondern die heutige Generation ist für die Fortführung ihrer Ideen auf deren Anpassung an die Bedürfnisse der zukünftigen Generation in einer veränderten Welt angewiesen! (Seq. 4)

Seq. 13: Just a few weeks ago in Munich, my colleague John Kerry called for a “transatlantic Renaissance”. I couldn’t agree more with him. But let’s keep this in mind: The Renaissance wasn’t the rebuilding of ancient Rome. The Renaissance was the building of something new, inspired by the values of the past. And what’s even more important: The Renaissance wasn’t built by the ancient Romans – it was built by new generations. By this I do not mean to say that I am ancient...despite the color of my hair... What I am saying is: It is you, the generations of tomorrow who will build those bridges. They will be based on your connections, initiatives and communities. I thank the many foundations, universities, and NGOs, also in this city and in this room. Your tireless work is the foundation of our Renaissance!

1.3. Forderung nach einer Bewertung der transatlantischen Partnerschaft aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit im Sinne einer ernsthaften Umsetzung der eigenen Werte bei der Mitwirkung an einer globalen Regelsetzung (HAUPTARGUMENT II)

Seq. 14: In a world more open than ever before, young people face tough questions. These are global questions. They’re not unique to the U.S. or Europe. But there is still something that makes our partnership unique: that when we tackle those tough questions, we share the starting point of our history and the compass of our values. We may be an old couple, but our values still move us a long way ahead. If we put those values to work on today’s tough questions, young people have all the reason to care for each other across the Atlantic. So let’s do care, and put them to work. It’s worth it. [Ende der Rede]

1.3.1. Größere Nüchternheit bei der Beurteilung der Bedeutung der TP

Seq. 5: I think that opportunity is just the right starting point to think about the transatlantic ties for a new generation. After all: When you’re my daughter’s age, all you see is opportunity! When President Obama said “Opportunity is who we are”, there is one little word I would have added and that may sound very European to you. I would say: “Equal opportunity is who we are”! That every young person gets a fair shot in life –regardless of gender or skin color or ZIP code or pocket money– that is the promise of our democracies!

And let's be honest: **We are not keeping that promise** in every part of Europe or the United States today.

Es fällt die Begrifflichkeit der „transatlantic ties“ anstelle der gebräuchlichen Bezeichnung der „transatlantic relations“ bzw. „partnership“ oder „friendship“ im Zusammenhang mit der Bewertung der Beziehungen für die zukünftige Generation ins Auge. „Ties“ beschreibt lediglich Bindung und Nähe ohne das soziale Verhältnis in einer personifizierenden Weise wie die Begriffe relations/friendship/partnership zu qualifizieren. „Ties“ betont den Zustand der zwischengesellschaftlichen Vernetzung und Verwobenheit mit einer deutlich geringeren emotionalen Konnotation. Dies führt mich zu der ersten Hypothese, dass die Autoren der Rede mit größerer Nüchternheit auf die transatlantischen Beziehungen blicken, ohne dabei allerdings eine ablehnende Haltung einzunehmen oder die Bedeutung der verbindenden Gemeinsamkeiten nicht anzuerkennen.

1.4. Kritik an der These einer „transatlantischen Selbstverständlichkeit“ als historischer (Neu-)Begründungsversuch der transatlantischen Beziehungen (bzw. Kritik an der Unterstellung einer genuinen Notwendigkeit der Fortsetzung der Partnerschaft aufgrund der engen Verflechtungen ihrer jüngeren Geschichten)

Seq. 1: “But what I want to suggest today is not a therapy session for an elderly couple. What I want to do is to explore what this long and proven relationship can mean for an entirely new generation!”

Ich stelle die Hypothese auf, dass die Autoren sich mit dieser Ausrichtung der Rede insbesondere von einer vornehmlich historisch orientierten Auseinandersetzung mit dem transatlantischen Verhältnis abgrenzen wollen. Ich vermute die von Steinmeier beworbene, neue transatlantische Fragestellung („...what this long and proven relationship can mean for an entirely new generation“) enthält im Kern eine Kritik am Versuch der (Neu-)Begründung der transatlantischen Beziehungen in erster Linie aus ihrer jüngeren Geschichte heraus. (Seq. 1)

Seq. 2: “Let's begin this discussion with another fact. It may sound worrying, but it's not. The fact is this: To the generation of tomorrow, the value of the transatlantic partnership is in no way as self-evident as it is to my generation and to many of us in this room. And that shouldn't surprise us because the world just looks so very different through the eyes of different generations. Take, for example, your Secretary of State, my colleague John Kerry. The world of his youth was the world in the aftermath of World War Two. As a little boy, he cycled through the rubble of Berlin Kurfürstendamm. He looked up at the first big house that was being rebuilt and it had a sign: 'Supported by the Marshall Plan'. These images implanted the transatlantic partnership in John Kerry's moral cosmos.”

Ich stelle die Hypothese auf, dass die Autoren Kritik an einem Begründungsversuch der transatlantischen Partnerschaft üben, der sich vor allem auf die Interpretation der jüngeren Geschichte als Beweis für die genuine Notwendigkeit der transatlantischen Partnerschaft stützt. Dem als solchen propagierten Prototyp von einem Transatlantiker (John Kerry) wird die originäre Deutungshoheit über den Stellenwert und die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen in der

Welt von morgen entzogen, indem seine Bewertung der Partnerschaft mit den zu seiner Zeit prägenden Umständen begründet wird. (Seq. 2)

Steinmeier beginnt sein Argument mit dem Hinweis darauf, dass die Bedeutung/der Wert der transatlantischen Beziehungen für die "Generation von morgen" in keiner Weise selbstverständlich ist. Er begründet dies mit dem Hinweis darauf, dass sich die Welt dieser Generation vollkommen anders darstelle. Dabei begründet er die Bewertung der Beziehungen mit der Wahrnehmung und Bewertung der Welt und ihren veränderlichen Lebensbedingungen. Ich stelle die Hypothese auf, dass Steinmeier damit die Auffassung in Frage stellt, dass die transatlantischen Beziehungen sich allein aus sich heraus begründen können. Anstatt dessen knüpft er die Bedeutung der Beziehungen an den Wert, den sie für eine andere Generation in einer anderen Umwelt mit anderen Herausforderungen haben.

Ebenso lässt sich der Hinweis, dass der Wert der transatlantischen Partnerschaft in keiner Weise selbsterklärend für die folgende Generation sei, als Kritik an transatlantischen (Neu-)Begründungsversuchen verstehen, die eine Selbstverständlichkeit oder geradezu eine an Wahrfähigkeit grenzenden Natürlichkeit der transatlantischen Partnerschaft unterstellen. (Seq. 2)

Seq. 4: Now I might tell her to look first to Europe and across the Atlantic. She will look at me and say: "Why should I care?" I might respond that the U.S. and Europe stand for the 'community of Western values'. At this point, she will roll her eyes and turn back to her smartphone... And you know what? I think she's right!

Value talk is not enough. What my daughter's generation wants to know is how to put these values to work in the 21st century! There are many tough questions that she and her generation ask: What will my job look like in a completely interconnected world? How will I still be in control, when much of what I do and much of who I am happens online? How will we keep our planet safe when threats spread around at broadband speed? How will we treat this planet's natural resources when an ever-growing population asks for the same standard of living that we are used to? With these big questions on their plate, young people have every reason to ask: "Why should we care about the transatlantic relationship?"

Well, you shouldn't care just because people of my age are nostalgic or afraid of change. I personally believe that the U.S. and Europe remain partners of first choice for tackling the problems we face. But the reality is that a new generation will only accept this belief and carry it forward if we adapt our relationship to their tough questions. Only if we put our values to work on the questions of today, will young people care about our partnership.

Steinmeier betont, dass sich die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen nicht allein aus deren gemeinsamen Wertefundament ergibt, solange diese nicht bei der Bearbeitung und Beantwortung der aktuell drängenden Fragen, bzw. der Fragen, die die nächste Generation betreffen, hilfreich und produktiv sind. Steinmeier stellt seinen (Neu-)Begründungsentwurf der transatlantischen Partnerschaft dabei explizit einem angstgeleiteten oder rückwärtsgeleiteten Begründungsentwurf entgegen, was mich zu der Vermutung veranlasst, dass er diese Begründungsversuche als aktuell

wirksam wahrnimmt. Ich stelle daher die Hypothese auf, dass Steinmeier mit seinem Plädoyer für die Begründung der transatlantischen Beziehungen auf deren Bedeutung für die kommende Generation ein transatlantisches Selbstverständnis kritisiert, das die eigene Bedeutung einzig aus der Überzeugung ableitet, dass die westlichen Werte vor allem aufgrund ihrer Überlegenheit und Einzigartigkeit in einer transatlantischen Partnerschaft zu schützen seien.

Seq 5: Die Autoren der Rede verwenden den Begriff der „ties“ vor allem in Bezug auf die zukünftige Ausgestaltung der Beziehungen durch die nächste Generation (s. auch Titel der Rede). Ich stelle in Verbindung mit meinem Begriffsverständnis von „ties“ (vgl. Ausführungen dazu unter Seq. 5) daher die Hypothese auf, dass sich in der Begriffswahl der „ties“ die Ansicht der Autoren äußert, dass die Zukunft der transatlantischen Beziehungen als „ties“ eher eine funktionale, wenngleich möglicherweise ebenso große Bedeutung erhalten werden; demgegenüber die historische Begründungsressource der transatlantischen Beziehungen als geradezu natürliche Einheit Kraft ihrer gemeinsamen Werte immer weniger Bindungskraft entfalten können wird.

Seq. 12 (s. auch 1.5.)

1.4.1. Kritik an *Angst vor Veränderungen* als Ausgangspunkt vermeintlich geschichtsbewusster Begründungsversuche der transatlantischen Beziehungen

Seq. 2: “Let’s begin this discussion with another fact. It may sound worrying, but it’s not. The fact is this: To the generation of tomorrow, the value of the transatlantic partnership is in no way as self-evident as it is to my generation and to many of us in this room. And that shouldn’t surprise us because the world just looks so very different through the eyes of different generations. Take, for example, your Secretary of State, my colleague John Kerry. The world of his youth was the world in the aftermath of World War Two. As a little boy, he cycled through the rubble of Berlin Kurfürstendamm. He looked up at the first big house that was being rebuilt and it had a sign: ‘Supported by the Marshall Plan’. These images implanted the transatlantic partnership in John Kerry’s moral cosmos.”

Gleichsam reagiert Steinmeier auf mögliche Ängste vor dem drohenden Bedeutungsverlust der transatlantischen Beziehungen, die er zu Beginn dieser Sequenz entkräftet („It may sound worrying, but it is not“). Sein Argument besteht dabei in der Aufforderung der imaginierten, besorgten ZuhörerInnen, den an sich nicht besorgniserregenden Gehalt dieser Entwicklung zu erkennen, sich also von der an früheren Realitäten orientierten Sichtweise zu trennen. Anders ausgedrückt lässt sich dies als die Hypothese formulieren, dass Steinmeier diese Ängste für ein Ergebnis des Festhaltens an überkommenen Weltrealitäten hält und im Gegenzug für die Anerkennung einer veränderten Weltrealität als Ausgangspunkt für die Bewertung und Neubegründung der transatlantischen Beziehungen plädiert. (Seq. 2)

Vgl. auch Seq. 4: “Well, you shouldn’t care just because people of my age are nostalgic or afraid of change.”

Seq 12

1.4.2. Zurückweisung/Kritik an der Vorstellung der transatlantischen Partnerschaft als einer harmonischen Einheit

Seq. 1: “The discords that happen in every long and proven relationship: **they are not foreign to the transatlantic relationship, either.** Being bored by routines, mistrust creeping in, being annoyed at the ‘little differences’, feeling the draw of new attractions – or pivoting to other oceans.... **Yes, these are facts about us.** But what I want to suggest today is not a therapy session for an elderly couple. What I want to do is to explore what this long and proven relationship can mean for an entirely new generation!”

Seq. 12: As I said earlier, I spent many years at university. I was working on my PhD when – a few miles east – the Wall started to crumble. At that time, there were many who thought that the end of the Cold War would mark the ultimate victory of the Western model – as it were, “the end of history”. Far from it! We live in a world that has lost its old order, but hasn’t found a new one yet. New powers are rising; each with their own history, culture and proud way of doing things. And even if most of them aren’t exactly Westminster democracies: Each is determined to have a say in this world. Some people in the West reacted with resignation. After all, global population growth is making Western societies fade into the shadow. **Some reacted with nostalgia for the golden transatlantic times. But those, by the way, never existed. There have always been differences – from Schröder and Bush all the way back to Adenauer and that same inspiring President – JFK – whom I quoted above.** Others reacted by turning inward. For some years now, both Europe and the U.S. have been preoccupied with their crises at home. Still others reacted by turning away from the old Western alliance. After all, the new power centers of the world would lie elsewhere. I think that none of these reactions is right. I think we should neither resign nor despair nor turn in nor turn away. **We should welcome the competition of this multi-polar world and be confident that the Western model still has the most to offer! The ultimate test if the transatlantic relationship is alive and well is not if we can look at each other and say there are no differences between us. The ultimate test is if we can stand side by side, look at the world around us and embrace the competition.**

1.5. Kritik an einem transatlantischen Selbstverständnis (einer transatlantischen Selbstbegründung), das/die auf der Überzeugung der Überlegenheit der westlichen Werte beruht

Seq. 4: Now I might tell her to look first to Europe and across the Atlantic. She will look at me and say: “Why should I care?” I might respond that the U.S. and Europe stand for the ‘community of Western values’. At this point, she will roll her eyes and turn back to her smartphone... And you know what? **I think she’s right!**

Value talk is not enough. What my daughter's generation wants to know is how to put these values to work in the 21st century! There are many tough questions that she and her generation ask: What will my job look like in a completely interconnected world? How will I still be in control, when much of what I do and much of who I am happens online? How will we keep our planet safe when threats spread around at broadband speed? How will we treat this planet's natural resources when an ever-growing population asks for the same standard of living that we are used to? With these big questions on their plate, young people have every reason to ask: "Why should we care about the transatlantic relationship?"

Well, you shouldn't care just because people of my age are nostalgic or afraid of change. I personally believe that the U.S. and Europe remain partners of first choice for tackling the problems we face. But the reality is that a new generation will only accept this belief and carry it forward if we adapt our relationship to their tough questions. Only if we put our values to work on the questions of today, will young people care about our partnership.

Steinmeier betont, dass sich die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen nicht allein aus deren gemeinsamen Wertefundament ergibt, solange diese nicht bei der Bearbeitung und Beantwortung der aktuell drängenden Fragen, bzw. der Fragen, die die nächste Generation betreffen, hilfreich und produktiv sind. Steinmeier stellt seinen (Neu-)Begründungsentwurf der transatlantischen Partnerschaft dabei explizit einem angstgeleiteten oder rückwärtsgeleiteten Begründungsentwurf entgegen, was mich zu der Vermutung veranlasst, dass er diese Begründungsversuche als aktuell wirksam wahrnimmt. Ich stelle daher die Hypothese auf, dass Steinmeier mit seinem Plädoyer für die Begründung der transatlantischen Beziehungen auf deren Bedeutung für die kommende Generation ein transatlantisches Selbstverständnis kritisiert, das die eigene Bedeutung einzig aus der Überzeugung ableitet, dass die westlichen Werte vor allem aufgrund ihrer Überlegenheit und Einzigartigkeit in einer transatlantischen Partnerschaft zu schützen seien („Value talk is not enough“)

Darüber hinaus nehme ich stark an, dass die Autoren mit ihrer „need to put to work-Formulierung“ zu verstehen geben, dass sie Wertebezüge, die nur als transatlantische Selbstvergewisserung, nicht aber als Handlungsanspruch für transatlantische Verbindlichkeit sorgen sollen, eine Absage erteilen möchten. In diesem Zusammenhang ist auch die Formulierung „you should tell your President“ (der da „opportunity“ als amerikanisches Identitätsmerkmal proklamiert hat) aufschlussreich.

1.6. Offene Kritik an der Nicht-Wertegebundenheit politischer Praktiken der US-Regierung (insbesondere Kritik am Umgang der US-Regierung mit Datenschutz)

Seq. 9: But one thing is clear: The practices he revealed have eroded the trust of America's friends to an extent where it threatens to get in the way of all the other tasks, and all the other opportunities that we have. And just to clarify: The problem is not the political trouble that the news of these practices have caused us. The problem is the practices themselves!

Seq. 10: Democracy is always work-in-progress. Even in this country, where it is over 200 years old! In that way, a heated debate is also a sign of a healthy democracy. After all, other countries under different regimes are not even having this debate! I think we should share this debate across the Atlantic. For reasons of culture and history, we will not end up with the same answers on every issue. But the basic principle is what connects us: That it is up to

democracy –and not to private firms or to government agencies– to set the rules of the game.

Seq. 11: I see some of you looking at the clock, probably wondering: “When is he going to talk about the bread-and-butter business of foreign policy?” The answer is: Now. But I talked about values first, for a reason: [These values –opportunity, fairness, freedom and democracy– we owe them not just to our own children.](#)

2. Beschreibung der zukünftigen „Weltsituation“

2.1. Grundsätzliche Neuartigkeit der zukünftigen „Weltsituation“ (grundsätzlich verschieden von den bisherigen Weltsituationen in den vergangenen Jahrzehnten)

Seq. 2: “Let’s begin this discussion with another fact. [It may sound worrying, but it’s not.](#) The fact is this: [To the generation of tomorrow, the value of the transatlantic partnership is in no way as self-evident as it is to my generation and to many of us in this room.](#) And that shouldn’t surprise us because the world just looks so very different through the eyes of different generations. Take, for example, your Secretary of State, my colleague [John Kerry](#). The world of his youth was the world in the aftermath of World War Two. As a little boy, he cycled through the rubble of Berlin Kurfürstendamm. He looked up at the first big house that was being rebuilt and it had a sign: ‘Supported by the Marshall Plan’. [These images implanted the transatlantic partnership in John Kerry’s moral cosmos.](#)”

Seq. 3: „But [today](#), when I talk to my daughter it turns out that [hers](#) is an entirely different world. That is: If I get to talk to her at all, because she is seventeen... [The world she is growing up in is a world more open, more diverse, more fascinating, but also more confusing than ever.](#) Each continent, each way of life is just a tweet or a blog-post away. [She asks me: “How do I find my own way in all this openness?”](#) Now I might tell her to look first to Europe and across the Atlantic. She will look at me and say: “Why should I care?” I might respond that the U.S. and Europe stand for the ‘community of Western values’. At this point, she will roll her eyes and turn back to her smartphone... And you know what? I think she’s right! Value talk is not enough. What my daughter’s generation wants to know is how to put these values to work in the 21st century! There are many tough questions that she and her generation ask: What will my job look like in [a completely interconnected world?](#) [How will I still be in control, when much of what I do and much of who I am happens online?](#) [How will we keep our planet safe when threats spread around at broadband speed?](#) [How will we treat this planet’s natural resources when an ever-growing population asks for the same standard of living that we are used to?”](#)

Seq. 14: In a [world more open than ever before](#), young people face tough questions. These are [global questions](#). They’re not unique to the U.S. or Europe. But there is still something that makes our partnership unique: that when we tackle those tough questions, we share the starting

point of our history and the compass of our values. We may be an old couple, but our values still move us a long way ahead. If we put those values to work on today's tough questions, young people have all the reason to care for each other across the Atlantic. So let's do care, and put them to work. It's worth it. [Ende der Rede]

2.2. Beschreibung der „Weltsituation“ in erster Linie als unbestimmt und zugleich offen

Seq. 2: "Let's begin this discussion with another fact. It may sound worrying, but it's not. The fact is this: To the generation of tomorrow, the value of the transatlantic partnership is in no way as self-evident as it is to my generation and to many of us in this room. And that shouldn't surprise us because the world just looks so very different through the eyes of different generations. Take, for example, your Secretary of State, my colleague John Kerry. The world of his youth was the world in the aftermath of World War Two. As a little boy, he cycled through the rubble of Berlin Kurfürstendamm. He looked up at the first big house that was being rebuilt and it had a sign: 'Supported by the Marshall Plan'. These images implanted the transatlantic partnership in John Kerry's moral cosmos."

Ich formuliere folglich die Hypothese, dass Steinmeier die heutige Welt im Gegensatz zur Welt des Kalten Krieges und der eindeutigen Grenzen und Feindschaften als eine Welt der Unbestimmtheit, Ambivalenz, Vernetztheit und Offenheit versteht. (Seq. 2 und 3)

Zentrales Merkmal der zukünftigen Weltsituation ist Offenheit sowohl im Sinn der Chance als auch im Sinne der Unbestimmtheit, was die Schwierigkeit der Orientierung mit sich bringt und worauf auch die transatlantische Partnerschaft Antworten finden muss, möchte sie für die zukünftigen Generationen

Seq. 14: In a world more open than ever before, young people face tough questions. These are global questions. They're not unique to the U.S. or Europe. But there is still something that makes our partnership unique: that when we tackle those tough questions, we share the starting point of our history and the compass of our values. We may be an old couple, but our values still move us a long way ahead. If we put those values to work on today's tough questions, young people have all the reason to care for each other across the Atlantic. So let's do care, and put them to work. It's worth it. [Ende der Rede]

2.3. Größte Herausforderung für die nächste Generation besteht in Orientierungs- und Verwirklichungsschwierigkeiten in einer prinzipiell offenen/unbestimmten Welt

Seq. 2: "Let's begin this discussion with another fact. It may sound worrying, but it's not. The fact is this: To the generation of tomorrow, the value of the transatlantic partnership is in no way as self-evident as it is to my generation and to many of us in this room. And that shouldn't surprise us because the world just looks so very different through the eyes of different generations. Take, for example, your Secretary of State, my colleague John Kerry. The world of his youth was the world in the aftermath of World War Two. As a little boy, he cycled through the rubble of Berlin

Kurfürstendamm. He looked up at the first big house that was being rebuilt and it had a sign: 'Supported by the Marshall Plan'. [These images implanted the transatlantic partnership in John Kerry's moral cosmos.](#)"

Steinmeier beschreibt diese Weltsituation nicht als per se bedrohlich, obgleich er die Schwierigkeit der Orientierung in einer so vernetzten, vielfältigen und irritierenden Umwelt problematisiert. Nicht die Weltsituation mit all ihren Eigenschaften ist ein Problem, sondern der Umgang damit. [Diese „Navigationsschwierigkeit“ und Orientierung in einer \(noch\) offenen, regellosen Welt erhebt er zum Ausgangspunkt seiner nun folgenden Argumentation und seines Neubegründungsversucht der transatlantischen Partnerschaft.](#) (Seq. 2)

[Seq. 14: In a world more open than ever before, young people face tough questions. These are global questions. They're not unique to the U.S. or Europe. But there is still something that makes our partnership unique: that when we tackle those tough questions, we share the starting point of our history and the compass of our values. We may be an old couple, but our values still move us a long way ahead. If we put those values to work on today's tough questions, young people have all the reason to care for each other across the Atlantic. So let's do care, and put them to work. It's worth it. \[Ende der Rede\]](#)

[Seq 8: After all: If the U.S. and Europe don't lead the way, how will we work things out on a global scale? Talk of rules may sound abstract. But it truly isn't. When my daughter looks at this open world, it is rules that will have to make sure she can navigate it safely. It is rules that turn the world's offerings into opportunities rather than threats.](#) In no other area is this need for rules as apparent as in the internet. And in case you were wondering: From our perspective, it's not been going very well so far!

2.4. Heutige „Weltsituation“ nicht bedrohlich sondern chancenreich

(Seq. 2)

Vlg. explizite Unterscheidung von der Zeit des Kalten Kriegs

[Seq 8: After all: If the U.S. and Europe don't lead the way, how will we work things out on a global scale? Talk of rules may sound abstract. But it truly isn't. When my daughter looks at this open world, it is rules that will have to make sure she can navigate it safely. It is rules that turn the world's offerings into opportunities rather than threats.](#) In no other area is this need for rules as apparent as in the internet. And in case you were wondering: From our perspective, it's not been going very well so far!

2.5. Multipolarität und Wettbewerb als Hauptcharakteristika der zukünftigen Weltordnung

3. Handlungsvorschlag für den angemessenen Umgang mit der zukünftigen Weltordnung (Weltunordnung bzw. „Weltsituation“)

3.1. Bedarf der globalen Regelsetzung zur Ermöglichung von Chancengleichheit

Seq. 5, 6

“We also need global rules for our environment and natural resources. Climate change is a threat to our children’s prosperity, health and increasingly to their political security. I am glad that President Obama and Secretary Kerry have renewed their commitment to act. Germany will put climate change at the top of the agenda during our G8 presidency in 2015.”

“After all: If the U.S. and Europe don’t lead the way, how will we work things out on a global scale? Talk of rules may sound abstract. But it truly isn’t. When my daughter looks at this open world, it is rules that will have to make sure she can navigate it safely. It is rules that turn the world’s offerings into opportunities rather than threats. In no other area is this need for rules as apparent as in the internet. And in case you were wondering: From our perspective, it’s not been going very well so far!”

3.2. Regelsetzung als demokratischer Aushandlungsprozess

3.3. Perspektivenwechsel und Reflexion

3.4. Neugestaltung der transatlantischen Beziehungen

Just a few weeks ago in Munich, my colleague John Kerry called for a “transatlantic Renaissance”. I couldn’t agree more with him. But let’s keep this in mind: The Renaissance wasn’t the rebuilding of ancient Rome. The Renaissance was the building of something new, inspired by the values of the past. And what’s even more important: The Renaissance wasn’t built by the ancient Romans – it was built by new generations.

2.2.2. Außenpolitisches Primat der Diplomatie

Diplomacy is ‘Perception’, as Henry Kissinger likes to say. It requires seeing the world through a lens that might not always be one’s own. I believe that our joint efforts will only be fruitful

if we keep our channels of diplomacy open wherever we can. I am convinced that diplomatic persistence pays off eventually.

I am committed to a foreign policy that will expand and leverage the toolbox of diplomacy, in order to act earlier, more substantively and more decisively to prevent and to solve conflicts. In some cases, Europe will take the diplomatic lead, as we are doing in Ukraine. In other cases, the U.S. will take the diplomatic lead, as Secretary Kerry is currently doing with great energy in the Middle-East peace process.

2.2.3. Transatlantisches Bündnis hat die Aufgabe, die gemeinsamen Werte auf die Fragen der Zukunft anzuwenden

For reasons of culture and history, we will not end up with the same answers on every issue. But the basic principle is what connects us: That it is up to democracy –and not to private firms or to government agencies– to set the rules of the game.

I see some of you looking at the clock, probably wondering: “When is he going to talk about the bread-and-butter business of foreign policy?” The answer is: Now. But I talked about values first, for a reason: These values –opportunity, fairness, freedom and democracy– we owe them not just to our own children. They are values that young people dream of far beyond our borders! They are, for instance, the dream of many young people on the Maidan in Kyiv. When the struggle for their dream was spiraling down into bloodshed last week, my Polish and French colleagues and I travelled to Kyiv to try to break the spiral and bring the parties back to the table.

Rede reagiert explizit auf bereits geäußerte Reaktionen auf Aufstieg anderer Mächte

As I said earlier, I spent many years at university. I was working on my PhD when –a few miles east– the Wall started to crumble. At that time, there were many who thought that the end of the Cold War would mark the ultimate victory of the Western model – as it were, “the end of history”. Far from it! We live in a world that has lost its old order, but hasn’t found a new one yet. New powers are rising; each with their own history, culture and proud way of doing things. And even if most of them aren’t exactly Westminster democracies: Each is determined to have a say in this world.

Some people in the West reacted with resignation. After all, global population growth is making Western societies fade into the shadow. Some reacted with nostalgia for the golden transatlantic times. But those, by the way, never existed. There have always been differences – from Schröder and Bush all the way back to Adenauer and that same inspiring President – JFK – whom I quoted above. Others reacted by turning inward. For some years now, both

Europe and the U.S. have been preoccupied with their crises at home. Still others reacted by turning away from the old Western alliance. After all, the new power centers of the world would lie elsewhere. I think that none of these reactions is right. I think we should neither resign nor despair nor turn in nor turn away.

„I. Einführung

Deutschland war noch nie so wohlhabend, so sicher und so frei wie heute. Es hat – keineswegs nur durch eigenes Zutun – mehr Macht und Einfluss als jedes demokratische Deutschland vor ihm. Damit wächst ihm auch neue Verantwortung zu.“
(NMNV 2013, S. 2)

Das **erste Wort** im Fließtext des NMNV ist „Deutschland“. Alleine in der Einleitung taucht das Wort „Deutschland“ 41-mal auf. „**Deutschland**“ ist zweifelsohne **der zentrale Bezugspunkt** in der Einleitung des vorliegenden Papiers. Trotz dessen Zentralität, wird das angewandte „Deutschland“-Konzept nicht ausdrücklich definiert/erläutert (meint „Deutschland“ die Bundesrepublik oder den geographischen Raum, eine Gruppe von Menschen oder den internationalen Akteur?). Deutschland wird damit als eine **selbstverständliche und fraglose Denkfigur** eingeführt. „Deutschland“, so wie es hier als Konzept verwendet wird, lässt sich nur aufgrund der vielfältigen Zuschreibungen im NMNV und der Assoziationen, die es bei den LeserInnen weckt, im NMNV rekonstruieren. Dabei lässt sich gleichzeitig der Eindruck gewinnen, dass **das Papier in Bezug auf „Deutschland“ einen umfassenden Geltungsanspruch** erhebt.

Angeichts der Zuschreibungen im ersten Absatz tritt „Deutschland“ insbesondere als Staat und Staatsform (demokratisches Deutschland, sicher, frei), als Wirtschaftssystem (wohlhabend, sicher, frei, machtvoll) und als internationaler Akteur (demokratisch, machtvoll, sicher, frei) auf: Die Merkmale „wohlhabend/sicher/frei“ beziehen sich **nicht** auf einzelne Individuen in einem abgrenzbaren, geographischen Raum oder auf Zugehörige einer Volksgruppe. Nicht „Menschen in Deutschland“ sind wohlhabend, leben sicher, fühlen sich frei oder sind machtvoll, sondern es ist die **„Struktur/Nation/Einheit Deutschland“**, die die Eigenschaften Einfluss, Wohlstand, Sicherheit und Freiheit auf sich vereint. Diese Zuschreibungen lassen Deutschland einerseits als eine **homogene Einheit** erscheinen. Das verwendete „Deutschlandkonzept“ ist **geschlossen**. Es lässt sich nicht aufbrechen, es legt keine Binnendifferenzierung nahe. Deutschland wird im NMNV-Konzept als **staatlicher Monolith etabliert** und dabei gleichzeitig als **makro-politisches und makro-ökonomisches Erfolgsmodell eines Staates** gepriesen.

Gleichzeitig/Andererseits wird diese homogene Einheit als handlungsfähiger Akteur im internationalen Raum konstituiert: Aufgrund der Subjektivierung Deutschlands als machtvollem und einflussreichem Akteur („ES hat Macht“, „eigenes Zutun“ setzt subjektspezifische Handlungsfähigkeit voraus) im zweiten Satz wird deutlich, dass sich das verwendete Deutschlandkonzept sinnvollerweise nur als **Akteur in einem Umfeld** denken lässt, denn die Wirkungsrichtung eines machtvollen Subjekts verläuft gemeinhin **nach außen** und nur in pathologischen Ausnahmefällen nach innen. („Macht und Einfluss“ sind keine Konzepte der Selbstkontrolle (wie Disziplin oder Willensstärke), sondern richten sich üblicherweise auf etwas, das außerhalb des machtvollen Selbst liegen muss.).

Einerseits ist damit bereits im ersten Absatz eine **internationale Betrachtungsweise** angelegt: **Der relevante Aktionsraum des konstituierten einheitlichen Akteurs „Deutschlands“ ist notwendigerweise sein Umfeld, nicht Deutschland selbst.** (Ein Akteur ohne Um-/Handlungsfeld ist ein absurder Gedanke/undenkbar). Dadurch, dass Deutschland als staatlicher Akteur eingeführt wird, liegt die Assoziation nahe, dass sich sein Umfeld vor allem auch aus vergleichbaren Akteuren zusammensetzt, also aus anderen Staaten. Der Blick wird also auf das **internationale Umfeld Deutschlands als sein Handlungsfeld** gelenkt.

Andererseits wird dieses internationale Handlungsfeld genau durch die Konstitution Deutschlands als machtvollstem Akteur eröffnet! Dadurch wird das **internationale Handlungsfeld als ein Aktionsraum der Macht** beschrieben(, in dem es Sicherheit und Freiheit zu verteidigen gilt), in dem Deutschland eine vergleichsweise große Macht auf sich vereint.

Im Zuge der Machtzuschreibung wird eine **Unterscheidung nahegelegt in „demokratisch“ und „nicht-demokratisch“**. Die Notwendigkeit dieser Unterscheidung erscheint nur vor dem Hintergrund sinnvoll, dass ein nicht-demokratisches Deutschland in diesem Zusammenhang nicht als legitimer und wünschenswerter Maßstab anerkannt wird, dass aber ein „nicht-demokratisches“ Deutschland in der Vergangenheit noch mehr Macht auf sich vereinigen konnte: hier liegt der **Verweis u. a. auf die Großmachtambitionen der Nazi-Diktatur auf der Hand**. Weil sich die Unterscheidung allerdings nur auf die Staatsform Deutschlands und auf das Machtausmaß bezieht, **nicht aber auf die Art der Macht**, fehlt die Unterscheidung zwischen der Art der Macht, die von einem demokratischen Deutschland ausgeht und derjenigen, die von einem undemokratischen Deutschland ausgeht. Letztendlich wird nicht ausgeschlossen, dass die Macht, die ein undemokratisches Deutschland (Kaiserreich, NS-Diktatur) bisher für sich beansprucht hat, **dieselbe Art der Macht** ist/sein kann, auf die das jetzige demokratische Deutschland zurückgreifen könne!

Diesem **unterschiedslosen Machtbegriff** wird eine „**Deutschland-Pluralität**“ gegenübergestellt: Die Formulierung „wie kein demokratisches Deutschland vor ihm“ legt nahe, dass es unterschiedliche (demokratische) Deutschlands gebe und, dass sich das Wesen Deutschlands im Zeitverlauf so grundlegend geändert habe, dass es nun als anderes/neues Deutschland mit eigenen Wesensmerkmalen gelten könne. Neben der doppelten Distanzierung von der NS-Diktatur (undemokratisch und „anderes Wesen“) und trotz des offensichtlichen Problembewusstseins wird also **keine Qualifizierung der Art des internationalen Machtanspruches** vorgenommen. Ich gehe davon aus, dass es sich bei diesem Machtbegriff um die **Möglichkeit des Einflusses auf und des unmittelbaren Eingriffs in die Selbstbestimmung anderer Staaten** handelt.

Diese Erfolgsbeschreibung und die Machtzuschreibung geschieht im **Rahmen einer Dramaturgie der Erst- bzw. Einmaligkeit** („noch nie so ... wie heute“/ „kein Deutschland... vor ihm“): Noch nie ging es DE so gut und noch nie war DE dabei so machtvoll. **Aus dieser Dramaturgie wird eine Handlungsnotwendigkeit abgeleitet** und zwar die Übernahme **neuer** Verantwortung (nicht „mehr“ oder „größere“ Verantwortung, sondern „neue“) nahegelegt. Diese Handlungsnotwendigkeit wird dabei als ein **Automatismus** dargestellt, der als Gegensatz zur Konzeptualisierung Deutschlands als einem selbstbestimmten Akteur gelesen werden kann: „Damit **wächst ihm** neue Verantwortung zu“ (passiv, Deutschland wird hier zum Objekt). Deutschland muss damit selbst keinen Anspruch zur Übernahme der Verantwortung stellen, sondern es wird behauptet, dass es sich dieser förmlich gar nicht erwehren kann. **Es fällt auf, dass Verantwortung zwar als zentrale Schlussfolgerung der Argumentation im ersten Absatz angeführt wird, sich aber als Konzept in diesem Kontext nicht schlüssig entziffern lässt.**

Was ist mit Verantwortung gemeint, worauf/ auf wen bezieht sie sich in diesem Fall? Für den Erhalt des eigenen Wohlstands? Das wäre zynisch, wird aber zunächst nicht ausgeschlossen. Für all die anderen Länder, die unsicher, unfrei und arm sind? (Das wäre unter Umständen nicht weniger zynisch). Verantwortung ist einerseits mit der Aufforderung zur **Entscheidung** und zum **tätig sein/Handeln** verbunden (Das Gegenteil von Verantwortung wäre das gleichgültige untätig sein).

Andererseits ist Verantwortung notwendigerweise ein **moralisches und soziales Konzept**. Erstens: Verantwortung macht irgendeine moralische Instanz notwendig, vor der man sich verantworten muss (extern oder der eigene Anspruch). Gerade wenn es der eigene Anspruch/die eigene

Moralvorstellungen sind, ist es fragwürdig, ob Verantwortung dann ein sinnvoller Maßstab für die Ausübung und Beurteilung internationaler Handlungsentscheidungen eines Landes ist (bspw. im Gegensatz zu internationalem Recht?).

Hier deutet sich gleichzeitig an, dass das Konzept der Verantwortung etwa im Gegensatz zu einer Verpflichtung die **Selbständigkeit** desjenigen betont, der Verantwortung übernimmt! (vgl. auch später die Betonung von „Selbstbindung“). Derjenige, der Verantwortung übernimmt, tut dies eigenständig (Zwang zur Verantwortung ist paradox) verfügt also über eine **größere Entscheidungskompetenz** als derjenige oder dasjenige, worauf die Übernahme von Verantwortung abzielt. Daneben kann Verantwortung in Abgrenzung zur Pflicht auch als ein **Konzept der Freiwilligkeit** verstanden werden. Die Übernahme von Verantwortung wird dort notwendig, wo Institutionen nicht in der Lage sind für wünschenswerte Handlungsergebnisse zu sorgen. Anders herum: **Dort wo die Einhaltung formalisierter Regeln wünschenswert ist/angestrebt wird, müsste der Spielraum für die Notwendigkeit zur Übernahme von Verantwortung verringert werden.**

Zweitens (sozial): Verantwortung setzt ein **schutzbedürftiges Gut** voraus, wobei die Verwirklichung dieses Wohles/Schutzes zunächst außerhalb des eigenen Einflussbereichs und/oder Interesses liegt (meist das Wohlergehen Dritter, etwa von Kindern, die selbst noch nicht für ihr eigenes Wohlergehen sorgen können). Gleichzeitig muss die Verwirklichung dieses Wohles/Schutzes in irgendeiner Form **in Frage stehen** oder gar **unmittelbar bedroht** sein.

Um das zentrale Postulat des NMNV zu wiederholen (siehe auch Titel des Papiers: „Neue Macht, Neue Verantwortung“): **Aus der historisch bislang einmaligen Situation eines erfolgreichen (s.o.) und gleichzeitig machtvollen Deutschlands erwächst neue Verantwortung.** Vor dem Hintergrund des bisher rekonstruierten lässt sich die Argumentation des ersten Absatzes nun auch im Hinblick auf die Fragen, worin genau/in welcher Logik dieser Automatismus „neue Macht führt zu neuer Verantwortung“ besteht, folgendermaßen deuten:

Das Konzept der einzelstaatlichen Macht im internationalen Gefüge wird im Falle Deutschlands in das Konzept der Verantwortung übersetzt. Gerade weil die „neue Macht“ Deutschland offensichtlich an die klassischen Machtkonzepte staatlicher Macht im internationalen Raum (Macht des Stärkeren) anschließt (s.o.), bedarf es einer Antwort auf die Frage, was Deutschland mit dieser neuen Macht tut. Das Konzept der Verantwortung kann als vorläufige Antwort auf diese Frage verstanden werden: **In Form der Übernahme von Verantwortung erscheint die Ausübung von einzelstaatlicher Macht nicht als Selbstzweck.** Gleichzeitig erhält sich derjenige, der Verantwortung übernimmt, jede Form der Eigenständigkeit und Selbstbestimmung. Er selbst entscheidet über die zu schützenden Güter und die Art und Weise, wie er dies tut. Verantwortung alleine ist damit weiterhin absolut unspezifisch, beansprucht aber über die reine Ausübung von Macht hinaus ein hehreres Ziel als das der Durchsetzung von Eigeninteressen. Dadurch, dass das Konzept der Verantwortung einen so starken Handlungsaspekt enthält (s.o.), ist es daneben einfach in Macht übersetzbar (bzw. auf sie angewiesen).

Grobe Hypothesen (abgeleitet aus den ersten drei Sätzen des NMNV):

Hypothese 1: Internationaler Handlungsraum als ein **Aktionsraum einzelstaatlicher Macht.**

Hypothese 2: **Deutschland als neuer, starker internationaler Akteur** aufgrund seiner Erfolgsgeschichte als Wirtschaftsraum und Staat.

Hypothese 3: Das Konzept der **Verantwortung als Ausübungsform einzelstaatlicher Macht** durch Deutschland.

TRASH:

Lesart 3: Der logische Schluss „Mehr Macht führt zu mehr Verantwortung“ macht nur in einem Umfeld Sinn, in dem es keine übergeordnete Machtinstanz gibt, die für den eigenen Schutz oder den der anderen sorgen könnte.

Lesart 2: Moralisches Argument: Wenn es einem Land so gut geht, wie Deutschland und es gleichzeitig so viel Macht hat, dann ist es moralisch (aus Dankbarkeit/Pflichtgefühl/Solidarität) dazu verpflichtet, seine Macht, seinen Wohlstand und seine günstigen Ausgangsbedingungen im Sinne anderer, denen es nicht so gut geht, einzusetzen. Dennoch besteht defacto Freiwilligkeit, die nicht über eine Selbstbindung hinausgeht.

*Lesart 1: Die historische Erst-/Einmaligkeit und zeitliche Koinzidenz sind der Grund für den Zuwachs an Verantwortung. Dies überzeugt nicht, weil damit keine inhaltlichen Argumente angeführt werden. Der Automatismus bestünde in der Zufälligkeit einer bestimmten Konstellation. Weil hierhin kaum belastbare Argumente gefunden werden können, die Dramaturgie der Einmaligkeit dennoch verwendet wird, wirft diese Lesart die weitere Frage auf, worin die Funktion der Dramaturgie dann besteht: **Überzeugungskraft durch Begeisterung/Emotionalisierung?***

(Sollte die Übernahme von Verantwortung mit der Ausübung von Macht und Einfluss einhergehen – wovon auszugehen ist – besteht ein offensichtlicher Widerspruch zwischen der zum oben hypostasierten Machtbegriff.) Nein, gerade nicht, das ist der Schlüssel!

Fortsetzung der Einleitung des NMNV auf Seite 2:

Vor 1990 wurde (west-)deutsche Außenpolitik aus einem Koordinatensystem mit **zwei Fixpunkten** hergeleitet: der überwundenen Vergangenheit und der erwünschten Zukunft. Aus der **Vergangenheit** erwuchs das **unbedingte Bekenntnis zu Menschenwürde, Freiheit, rechtsstaatlicher Ordnung und Demokratie sowie zu einer auf universale Normen gestützte internationale Ordnung**. Diese **Selbstbindung** gilt auch weiterhin. Aus den Staatszielen nationale Einheit, Schutz gegen die Bedrohung aus dem Osten und Aussöhnung mit dem Westen folgte das Eintreten für die europäische Integration und das atlantische Bündnis. **Diese Fixpunkte** sind durch den Fall der Mauer, die Auflösung des Warschauer Pakts und den immer weiter vertieften europäischen Integrationsprozess **verschwunden**. Für die deutsche Außenpolitik bleiben Vereinte Nationen, EU und NATO als verbindliche Rahmen – und **doch** sucht sie **gleichzeitig** nach **neuer Orientierung**.

Die Zäsur von 1990 hat indes bekanntlich die Geschichte nicht beendet – auch nicht die deutsche. Im Gegenteil, Deutschlands strategisches Umfeld hat sich seitdem gewaltig verändert. Die Globalisierung eröffnet neue Freiheits- und Entwicklungsräume, schafft aber auch neue Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten und schwächt die Steuerungsfähigkeit staatlicher Politik. Die erklärten Feinde von früher sind vielfältigen, diffusen Sicherheitsrisiken gewichen. Aufsteigende Mächte fordern mehr Teilhabe. Die internationale

Nachkriegsordnung wankt, aber eine neue ist nicht in Sicht. Die Vereinten Nationen, die NATO und die Europäische Union befinden sich im Umbruch; insbesondere der europäische Einigungsprozess steckt in der Krise.

Auf diese Veränderungen muss Deutschland reagieren. Bekenntnisse zur existierenden internationalen Ordnung reichen nicht mehr aus. Die unübersichtliche neue Lage und die Lockerung tradierter Bindungen bedeutet aber auch keinen Freifahrtschein für deutsche Alleingänge in der Welt. Denn Deutschland hat – das ist das Paradoxon deutscher Außenpolitik nach der Wiedervereinigung – seine formale völkerrechtliche Bindungsfreiheit

zurück erhalten zu einer Zeit, in der kaum eine Aufgabe der Außenpolitik mehr im nationalen Alleingang gelöst werden kann.

Mit diesem Problem umzugehen ist die zentrale Aufgabe deutscher Außenpolitik. Vor allem anderen muss sie sich an der Einsicht orientieren, dass Deutschland überdurchschnittlich globalisiert ist. Viele seiner Bürger sind europäisch integriert und welt-
[Ende 2]

weit vernetzt, seine Unternehmen operieren auf allen Kontinenten. Deutschland profitiert wie kaum ein anderes Land von der Globalisierung und der friedlichen, offenen und freien Weltordnung, die sie möglich macht. Gleichzeitig ist Deutschland aber auch besonders abhängig

von Funktionen dieser Ordnung. Es ist damit auf besondere Weise verwundbar und anfällig für die Folgen von Störungen im System.

Das überragende strategische Ziel Deutschlands ist der Erhalt und die Fortentwicklung dieser freien, friedlichen und offenen Ordnung. Deutschland müsste künftig schon mehr tun als jetzt, um diesen für es vorteilhaften Status quo zu bewahren. Es wird erst recht mehr Anstrengungen unternehmen müssen, um regionale und globale Ordnungsstrukturen

den veränderten Herausforderungen anzupassen. Das kann es jedoch nur gemeinsam mit anderen tun.

Gefragt sind mehr Gestaltungswillen, Ideen und Initiativen.

Deutschland wird künftig öfter und entschiedener führen müssen. Aber unter den Bedingungen

von Vernetzung und gegenseitiger Abhängigkeit – und ganz besonders im Rahmen der multilateralen Bindungen, die es selbst gewählt hat (VN, EU, NATO) – kann das nur heißen: führen für gemeinsame Ziele, führen mit anderen und mit Rücksicht auf andere.

Deutschlands neues strategisches Umfeld

Aus den Anfängen der Globalisierung ist, befördert durch gewaltige technische Entwicklungen, eine dichte politische, ökonomische und soziale Verflechtung entstanden, die inzwischen fast den gesamten Globus umspannt. Diese vielfältigen Netzwerke haben weltweit Freiheitsräume geschaffen und Chancen für Wachstum und Entwicklung eröffnet.

Denn sie bewegen Menschen und Güter durch physische Räume ebenso wie Daten und Ideen durch den Cyberraum; sie haben Kommunikation und Handel revolutioniert und abgeschottete

Gesellschaften ebenso an die Weltmärkte angeschlossen wie an globale Debatten.

Diese Verflechtung ist aber zweischneidig: Sie bewirkt eine nie zuvor gekannte Abhängigkeit und Verwundbarkeit, mit profunden Konsequenzen für die Autonomie von Nationalstaaten.

Am Standort Deutschland, in der Mitte einer immer tiefer integrierten

Europäischen Union, wird das besonders deutlich. Europa profitiert von der Globalisierung, und Deutschland profitiert von der Union. Erst die wirtschaftliche und politische Integration hat den Staaten Europas im Verbund das internationale Gewicht verliehen, das selbst die Großen des Kontinents alleine nicht mehr auf die Waagschale bringen. Umgekehrt be-

[Ende 3]

drohen Gefahren und Risiken in Europa fast nie nur einen Staat allein; Gefahrenabwehr und Risikomanagement sind in einem rein nationalstaatlichen Rahmen nur noch im Ausnahmefall

sinnvoll zu denken und zu organisieren.

Diese neue Abhängigkeit und ihre Folgen werden besonders deutlich in der Sicherheitspolitik. Staaten sind nach wie vor die Hauptakteure der Weltpolitik; Macht, Konkurrenz und Geografie bleiben bestimmende Faktoren der internationalen Beziehungen.

Die traditionellen Bedrohungen und Gefahren – Krieg, die Proliferation von Massenvernichtungswaffen

– sind weiterhin aktuell. Die Globalisierung hat jedoch die Privatisierung und Individualisierung der Gewalt – etwa in Form von Terrorismus und organisierter Kriminalität

– beschleunigt. Sie hat zudem ein breites Spektrum grenzüberschreitender Risikofaktoren hinzugefügt, die oft gehäuft auftreten, sich gegenseitig verstärken, und gegen die staatliche Hoheitsgewalt nur wenig auszurichten vermag: Klimawandel, demografische Entwicklung, unkontrollierte Migration, Ressourcen- und Nahrungsmittelknappheit, Pandemien, schwache und versagende Staaten. Damit ist neben der Gefahrenabwehr das Risikomanagement

zum neuen Paradigma der Sicherheitspolitik geworden.

Die weltweite Finanzkrise hat zudem illustriert, dass Vernetzung und Verflechtung auch nationale Wirtschaftsordnungen auf ganz neue Weise verwundbar machen – und in der Folge auch Gesellschaften und Regierungen. In der Eurozone hat sich gezeigt, dass Ungleichgewichte oder fehlregulierte nationale Ökonomien die Stabilität des ganzen Währungsraums gefährden können; auch der tief integrierte transatlantische Finanzmarkt

hat sich als hochgradig anfällig erwiesen. Die Auswirkungen der Krise sind auf beiden Seiten des Atlantiks zu erkennen in politischen und institutionellen Blockaden oder dem Erfolg populistischer Bewegungen. Autoritäre Schwellenmächte sind allerdings gegen solche Erschütterungen keineswegs besser gewappnet als westliche Demokratien.

Die neuen Technologien – die entscheidenden Treiber für die jüngste Vertiefung der Globalisierung – haben durchaus zwiespältige Auswirkungen auf die Macht von Staaten. Einerseits stärken sie die staatlichen Exekutiven, weil sie ihnen gegenüber ihren Bürgern völlig neue Überwachungs- und Kontrollmöglichkeiten an die Hand geben. Dieselben Technologien haben aber auch die Ermächtigung privater Akteure bewirkt – von Freiheitskämpfern, engagierten Bürgern, Verbrauchern und Wirtschaftsunternehmen bis hin zu kriminellen Organisationen und Terroristen.

Die Machtdiffusion im Inneren der Staaten geht mit Machtverschiebungen in der internationalen Politik einher. Die Weltordnung der Nachkriegszeit hat [Ende 4]

insgesamt ein bemerkenswertes Beharrungsvermögen bewiesen. Dem Westen und seiner auf Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Demokratie beruhenden Legitimität

ist kein Gegenpol mit ähnlich universaler Strahlkraft erwachsen. Und der jahrzehntelange Garant dieser Ordnung, die Vereinigten Staaten, bleibt zumindest auf absehbare Zeit die einzige Supermacht mit globalem Ordnungswillen und Reichweite.

Doch die USA signalisieren – im Bewusstsein geschrumpfter materieller Ressourcen – deutlich, dass Amerikas Engagement in der Welt künftig selektiver und sein Anspruch an Partner entsprechend höher sein wird. Vor allem für Europa und Deutschland

bedeutet dies einen großen Zuwachs an Aufgaben und Verantwortung.

Die drei Institutionen, über die deutsche Außenpolitik in der globalen Nachkriegsordnung mehr als ein halbes Jahrhundert lang verankert wurde – Vereinte Nationen, NATO und Europäische Union – befinden sich selbst im Umbruch. Alle drei sind Schauplatz fundamentaler Auseinandersetzungen zwischen ihren Mitgliedern über die Ausrichtung,

Aufgaben und Architektur dieser Institutionen. Gleichzeitig fordern aufstrebende Mächte eine angemessenere Vertretung in internationalen Institutionen. Manche stellen

auch deren normative Grundlagen oder gar ihre Legitimität insgesamt in Frage. Aber sie tun dies nur selten in Verbindung mit dem Angebot eines Gegenentwurfs; oft sind sie nur Störer, nicht Gegenpol. Die Staaten des Westens umgehen selbst angesichts von anhaltendem Dissens und Blockaden immer öfter die bewährten multilateralen Institutionen und greifen stattdessen zu „Koalitionen der Willigen“ oder informellen Formaten, um Krisen zu bewältigen und Probleme zu lösen.

Kurz: Die Umwälzungen in Deutschlands strategischem Umfeld – in der Europa- und der Sicherheitspolitik, im Umgang mit neuen Mächten und bei der Erneuerung der globalen Ordnung – verlangen eine neue Definition deutscher Staatsziele.

Deutschlands Ziele, Werte und Interessen

Deutschlands Bekenntnis zu Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und rechtsstaatlicher Ordnung sowie zu einer auf universale Normen gestützten internationalen Ordnung bleibt gültig, ebenso wie die Einbindung der deutschen Außenpolitik in Vereinte Nationen, Europäische Union und atlantisches Bündnis. Vor dem Hintergrund seines veränderten strategischen Umfelds müssen zu dieser Definition deutscher Staatsziele jedoch **neue Elemente** hinzutreten. [Ende 5]

Die Neuausrichtung deutscher Außenpolitik ist so zentral, dass das Bekenntnis zur Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und rechtsstaatlicher Ordnung bekräftigt werden muss. Es bleibt aber ein „Bekenntnis“, es ist kein „Interesse“, sondern ein Staatsziel..

Deutschland mit seiner **freien und offenen Bürgergesellschaft** lebt wie kaum ein anderes Land von der **Globalisierung**. Seine **gegenwärtige Stärke** beruht wesentlich auf seiner Fähigkeit zu Reformen, die seine Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit erhalten haben – aber noch mehr auf seinem **Erfolg als Handels- und Exportnation**. Es ist **existenziell abhängig vom Austausch** (von Menschen, Gütern, Ressourcen, Ideen und Daten) mit anderen Gesellschaften. Deutschland **braucht also die Nachfrage aus anderen Märkten sowie den Zugang zu internationalen Handelswegen und Rohstoffen**. Mehr noch aber braucht es das stabile und vitale globale Umfeld, das diese Freiheiten erst möglich macht: ein starkes Europa, und eine **liberale, normengestützte Weltordnung** mit freien, offenen Staaten und Gesellschaften. **Deutschlands überragendes strategisches Ziel muss es daher sein, diese Weltordnung zu erhalten, zu schützen und weiter zu entwickeln.**

H1: Hinter dem Wunsch die „liberale“ Weltordnung zu erhalten, stehen deutscher wirtschaftspolitischer Interessen.

Gleichzeitig unterhält Deutschland allerdings auch strategisch wichtige Beziehungen zu Staaten, die zwar hohe Wachstumsraten und Renditen versprechen, **aber bisher wenig Neigung zeigen, sich das westliche Staats- und Gesellschaftsmodell zum Vorbild zu nehmen**. Aus diesem Spannungsverhältnis folgt indes keineswegs, dass Deutschland im Zeichen einer neuen „Realpolitik“ zwischen seiner tradierten normativen und multilateralen Ausrichtung und einer geoökonomisch orientierten Außenpolitik zu wählen hat; oder dass es sich gar – noch deutlicher gesagt – **zwischen seinen Werten und seinen Interessen entscheiden muss**. Richtig ist, dass Zielkonflikte zwischen deutschen Werten und Interessen, gerade im Verkehr mit autoritären Staaten, kurzfristig oft unvermeidbar sind und im konkreten Einzelfall ausbalanciert werden müssen. **In der langfristigen Perspektive aber ist Werteorientierung für eine westliche Demokratie ein existenzielles Interesse.**

Denn Menschenwürde, bürgerliche Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit und Partizipation gefährden nicht etwa die Stabilität einzelner Länder und Regionen, sie sind deren Voraussetzung. Autoritäre Regime sind aber auch keineswegs schon deshalb stabil, weil sie autoritär sind. Gerade (Ost-)Deutschlands jüngere Geschichte hat gezeigt, wie fragil autokratische Macht

sein kann. **Diese Ziele auch in anderen Staaten zu unterstützen, entspricht daher Deutschlands Werten ebenso wie seinen strategischen Interessen.** Wenn Deutschland als außenpolitischer Akteur nicht **nur erfolgreich**, sondern auch **glaubwürdig** sein will, muss es die Werte, die es zuhause pflegt, auch in seiner Außenpolitik verfolgen. Allerdings ist nicht zu verkennen, dass die **Fliehkräfte der Globalisierung** (verstärkt durch die globale Wirtschaftskrise) nicht nur die Staaten des Westens, sondern auch ihre Bürger treffen: Gesellschaften werden fragiler, Gesellschaftsverträge brüchiger. **Umgekehrt gilt also: Deutschland muss die Werte, die es nach außen vertritt, auch intern glaubhaft verkörpern.** Denn dass die [Ende 6] Wertebindung deutscher Außenpolitik zuhause beginnt, versteht sich keineswegs von selbst. Die globale Wirtschaftskrise hat mit der Illusion aufgeräumt, dass moderne Demokratien gegen populistische Versuchungen oder ängstliche Abschottungsversuche nach außen gefeit sind; das gilt auch für Europa und für Deutschland. **Doch die Legitimität und Strahlkraft des westlichen Modells beruht nicht zuletzt darauf, dass es auch zuhause entschlossen gegen Anfechtungen verteidigt wird.** [Ende 7]

[Merkkasten]

Partner deutscher Außenpolitik

Deutsche Außenpolitik wird nach wie vor mit alten, aber auch mit neuen Partnern zusammen arbeiten; mit bewährten gleichgesinnten Freunden und Verbündeten, mit Herausforderern und manchmal sogar mit Störern. **Kooperation** – von multilateralen Institutionen über Bündnisse bis hin zur supranationalen Integration – dient aber heute nicht mehr bloß der **Delegation von Aufgaben, der Verstärkung von Ressourcen und Kräften oder der Begründung von Legitimität.** Ein so tief in die Weltwirtschaft eingebundenes Land wie Deutschland wird immer öfter schlicht keine andere Wahl haben als das gemeinsame Handeln und zwar weil engmaschige Zusammenarbeit über Staatsgrenzen hinweg das einzig sinnvolle oder gar mögliche Format ist, um Probleme zu lösen, Risiken zu managen oder **Gefahren abzuwehren.**

Die jüngste Vergangenheit hält viele Beispiele (Libyen, Mali, Syrien) dafür bereit, dass trotz dieser gegenseitigen Abhängigkeit Meinungsverschiedenheiten unter Verbündeten möglich und sogar legitim sind. Aber deshalb muss Deutschland erst recht [Ende 8] künftig die eigene Verflechtung und Abhängigkeit in seine Kalkulation mit einbeziehen. Das gilt auch umgekehrt: Nicht nur Deutschland ist abhängig von seinen Partnern, sie sind auch abhängig von Deutschland. Souveränität in einer vernetzten Welt heißt deshalb auch Rücksichtnahme und Ergebnisverantwortung.

Der entscheidende Grund, warum Deutschland ein strategisches Interesse daran hat, ein guter Nachbar, Verbündeter und Partner zu sein, leitet sich aus dieser Vernetzung ab. Die größte aller außenpolitischen Aufgaben – die Erneuerung, Anpassung und Neugestaltung der internationalen Ordnung – ist von keinem Staat dieser Erde allein zu leisten. Bisher hat Deutschland jedoch, zumindest im Verhältnis zu seiner Wirtschaftskraft, seinem geopolitischen Gewicht und seinem internationalen Ansehen, eher selektiv und zögerlich Gestaltungsangebote gemacht oder Initiativen ergriffen. Noch ist Deutschland eine Gestaltungsmacht im Wartestand.

Deutschland wird künftig auch öfter führen müssen. Das heißt aber nicht: sich an die Spitze setzen und Gefolgschaft erwarten. Es heißt vielmehr, in langfristige Beziehungen und in Kompromisse zu investieren; das verlangt Geduld und Empathie. Eine solche **partnerschaftliche Führung hat Kosten.** Sie sind es wert, weil nur eine ernsthaft am Konsens und Interessenausgleich orientierte Führung auf Erfolg rechnen kann. **Deutschland muss gestalten; aber entweder gestaltet es mit anderen, oder es hört auf zu gestalten.** [Ende 9]

Die folgenden vier Kapitel widmen sich vier zentralen Feldern dieser neuen Gestaltungsverantwortung:

- Deutschland und die internationale Ordnung

- Deutschland und Europa
- Deutschlands strategische Beziehungen
- Deutschland und die internationale Sicherheit [Ende 10; Ende der Einleitung]

Aufbau des Dokuments: Eingerückter Text ist Originaltext; Text, der direkt am linken Zeilenrand beginnt, wurde von mir verfasst. Die Reihenfolge des Originaltextes wurde nicht verändert. Gelb markierte Sequenzen aus dem Originaltext wurden als Sequenzen in den Kodierbaum übernommen. Grau markierte Abschnitte wurden als Erläuterungen für die Codes in den Kodierbaum übernommen.

Eröffnung der 50. Münchner Sicherheitskonferenz durch den Bundespräsidenten:

bearbeitet am 27.-28.02.14, 9.-10.03.14

online abgerufen am 27.02.14 unter:

<http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html>

München, 31. Januar 2014,

"Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen"

Die Überschrift der Rede postuliert Deutschland als Akteur mit einer eigenen Rolle in der Welt. Sie markiert die Begriffe Verantwortung, Normen und Bündnisse als zentrale Referenzpunkte dieser Rolle in der Welt. Deutschland (einem Land mit 80 Millionen Einwohnern) wird eine eigene Rolle in der Welt zugesprochen.

Fünf Jahrzehnte Münchner Sicherheitskonferenz spiegeln ein gutes Stück Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: **von der Verteidigung des Westens hin zur globalen Ordnungspolitik und von der Wehrkunde zu einem umfassenden Sicherheitsbegriff.** Was für ein Bogen! Als die Tagung erstmals hier in München stattfand, waren Deutschland und seine Hauptstadt geteilt und sie standen unter atomarer Bedrohung. Heute treiben uns neue Spannungen und neue Kriege um: zwischen Staaten und innerhalb von Staaten, in der Nähe und in der Ferne.

Die ersten Sätze seiner Rede verwendet Gauck dazu, einen **thematischen Zusammenhang zwischen der Rolle und Positionierung der Bundesrepublik Deutschland im Ost-West-Konflikt und dem Verhältnis Deutschlands zur heutigen Weltordnung** herzustellen. Dass dieser „Bogen“ keinesfalls nur historisch geschlagen wird, sondern dass hier explizit **inhaltliche Parallelen zwischen der Verteidigungshaltung von damals und dem Verständnis einer „globalen Ordnungspolitik“ von heute** festgestellt werden sollen, verdeutlicht Gauck mit der Doppelung der Satzstruktur im zweiten Halbsatz des ersten Satzes: Dabei wird eine eindeutige Zuordnung vorgenommen zwischen der „Verteidigung des Westens“ und der „Wehrkunde“ sowie zwischen der „globalen Ordnungspolitik“ und einem „umfassenden Sicherheitsbegriff“. Die Parallelität wird nochmals durch die darauffolgenden Sätze gefestigt, in denen Gauck die Teilung Deutschlands und die atomare Bedrohung von damals neben die Situation Deutschlands von heute stellt, die sich durch vielfältige neue Spannungen und neue Kriege auszeichne. **Gauck thematisiert und charakterisiert damit die heutige Sicherheitslage Deutschlands in drastischer Weise als von außen bedroht und legt die Notwendigkeit einer geeigneten Verteidigung nahe.** Diese Einschätzung der Lage wird an keiner Stelle diskutiert, hinterfragt oder als solche gekennzeichnet. Ebenso

wenig wird der genaue Grund für die bedrohte Sicherheitslage Deutschlands durch Spannungen in nah und fern erklärt (Warum treiben uns diese Spannungen um?).

Darüber hinaus legt Gauck nahe, dass die angesprochenen Spannungen und Kriege in anderen Teilen der Welt (wo auch immer sie stattfinden mögen) „uns“ gerade deswegen „umtreiben“, **weil** sie eine Gefahr für die deutsche Sicherheit darstellten. Die im ersten Absatz formulierten Gegenüberstellungen legen hingegen nicht die Auffassung nahe, dass die neuen Kriege und Spannungen an sich (unabhängig von Deutschland) ein Grund zur Beunruhigung seien.

Die Aufmerksamkeit für die Spannungen in anderen Teilen der Welt wird also durch deren vorgeblich hochproblematischen Bezug zu Deutschland hergestellt. Aus der prominenten Positionierung dieser Feststellung (Gefahr für Deutschland) direkt an den Beginn der Rede muss zudem abgeleitet werden, dass **die Einschätzung eines bedrohten Deutschlands für den Verlauf der Rede und die darin vorgenommene Argumentation von zentraler Bedeutung ist.** (Bedrohung Deutschlands als Ausgangsfeststellung der Argumentation).

Darüber hinaus wird durch die Beschreibung deutscher Außenpolitik als „globale Ordnungspolitik“ offenkundig ein **ausgesprochen umfassender (ein globaler) Gestaltungsanspruch für Deutschland** reklamiert (s.o.: „globale Ordnungspolitik“ wird als ein Teil „gutes Stück Geschichte“ beschrieben). In der Umkehrung wird **globale Ordnungspolitik zu einer Verteidigungspolitik stilisiert, deren „Wehrkunde“ im umfassenden Sicherheitsbegriff besteht.**

Deshalb ändert sich das Grundmotiv der Münchner Tagung nicht. **Sicherheit bleibt eine Existenzfrage, für Menschen und für Nationen.** Es gehört zu den Stärken offener Gesellschaften, schwierige und komplexe Themen auch öffentlich zu debattieren – so wie es traditionell auf der Münchner Sicherheitskonferenz geschieht. Denn mit allen ihren Kontroversen trägt sie dazu bei, Sicherheit und Frieden **durch Dialog zu festigen.**

Gauck beansprucht für die Münchner Sicherheitskonferenz ein Format der öffentlichen Debatte zu sein(!). Dass die Sicherheitskonferenz nur einen ganz bestimmten und kleinen Personenkreis einlädt und zu Wort kommen lässt, der die angesprochene „offene Gesellschaft“ sicher nicht abbilden kann, scheint ihm entweder nicht bewusst zu sein oder seine Erwartungen an eine öffentliche Debatte werden von dieser Form der Öffentlichkeit erfüllt. In letzterem Fall wäre dringend zu hinterfragen, welche Form der Öffentlichkeit und vor allem wieviel Offenheit Gauck tatsächlich für die Auseinandersetzung mit deutscher Außenpolitik für wünschenswert hält. Aus dem obigen Absatz lässt sich zumindest eine gewisse Zufriedenheit mit dem aktuellen Format an Öffentlichkeit erkennen, die dafür spricht, dass eine Debatte, die einen breiteren gesellschaftlichen Personenkreis einbeziehen würde, aus der Sicht Gaucks gar nicht notwendig ist.

Die Tatsache, dass Gauck selbst auf der Sicherheitskonferenz spricht, wobei er die Herangehensweise und Bewertung einer sicherheitspolitischen Agenda weitgehend reproduziert und dies als Format des kontroversen und öffentlichen Dialogs preist, ist mehr dazu geeignet, von der dieser Konferenz eigenen Logik und Haltung zu überzeugen, als einen kontroversen und öffentlichen Dialog zu befördern.

Gleichfalls übernimmt und unterstützt Gauck vollständig die Themensetzung der Münchner Sicherheitskonferenz und bekräftigt damit auch deren spezifische Agenda-Setzung, deren Ansatz darin besteht (deutsche) Außenpolitik als Sicherheitspolitik zu behandeln, von der

Gefahr her zu denken. Er bestätigt explizit das „Grundmotiv“ der M. Sk. und führt es im Anschluss selbst nochmals aus, indem er **„Sicherheit als Existenzfrage“ dezidiert als seinen thematischen Zugang zu „Deutschlands Rolle in der Welt“ (Überschrift der Rede) wählt**. In Verbindung mit dem vorangegangenen Absatz (dem ersten) der Rede wird deutlich, dass Gauck seine Beobachtung einer **aktuellen Sicherheitsbedrohung Deutschlands** („durch neue Spannungen und neue Kriege“), die sogar einem Vergleich mit der atomaren Bedrohung während des Ost-West-Konflikts ausgesetzt wird, dezidiert als thematischen Ausgangspunkt der Rede fixiert. Wie sehr sich Gauck die Perspektive der Sicherheitspolitik zu eigen macht bzw. wie sehr sein Blick auf Außenpolitik durch die Perspektive der Sicherheitspolitik geprägt ist, wird auch im folgenden Absatz der Rede deutlich, in der er von Außen- und Sicherheitspolitik spricht. (Perspektive der Sicherheitspolitik)

Sehr geehrter Herr Ischinger,

Sie haben – gemeinsam mit Ihrem Vorgänger Horst Teltschik und dem Gründer Ewald von Kleist – die Sicherheitskonferenz zu einem **herausragenden Forum** gemacht, das wir nicht mehr wegdenken mögen aus dem Jahresplan der **Außen- und Sicherheitspolitiker**. Deshalb bin ich gern gekommen, um diese 50. Konferenz zu eröffnen.

Der runde Geburtstag gibt Anlass zur Rückschau, aber natürlich vor allem zum Blick nach vorn. Deshalb möchte ich heute über den Weg der Bundesrepublik sprechen – und darüber, wo er in Zukunft hinführen **kann**. Denn wir Deutschen sind auf dem Weg zu einer Form von Verantwortung, die wir noch wenig eingeübt haben.

Kurzum: Ich möchte sprechen über die Rolle Deutschlands in der Welt.

An dieser Stelle stellt Gauck den Zusammenhang zwischen Verantwortung und der Rolle Deutschlands in der Welt her: Der Begriff der **Verantwortung bezieht sich auf die Rolle Deutschlands in der Welt**. Während Gauck ankündigt über die **mögliche** Ausgestaltung dieser Rolle in der Zukunft zu reden, nimmt er bereits vorweg, dass diese Rolle in der Übernahme von mehr Verantwortung bestehe. **Deutschlands Rolle in der Welt als eine „verantwortlichere“ und aktivere wird also an sich gar nicht zur Debatte gestellt**.

Die Bemerkung, dass diese (zukünftige) Rolle „noch wenig eingeübt“ sei, vermittelt den Eindruck, als käme Deutschland diese Rolle von selbst, von außen und gewissermaßen überraschend zu, bzw. als sei dies eine eigenständige Entwicklung, die **zumindest nicht das Ergebnis eines bewussten gesellschaftlichen Willensbildungsprozesses ist**: Anders ist es nicht zu erklären, dass Gauck sich verpflichtet fühlt, darauf hinzuweisen, dass „wir“ (wohl die Deutschen) „uns“ bereits auf dem Weg zu mehr Verantwortung befänden. Diesen Eindruck greift er später in seiner Rede wieder auf, wenn er davon spricht, dass sich Deutschland bereits **„auf dem Weg zu einem Garanten internationaler Ordnung und Sicherheit bewegt“**.

Gauck kennzeichnet mit diesem Satz die gesamte Rede als eine Rede über die Rolle Deutschlands in der Welt! Es liegt also im Interesse des Redners, dass die folgenden Aussagen vor dem Hintergrund genau dieses umfassenden Anspruchs interpretiert werden. Auch sorgt diese Klarstellung möglichen Missverständnissen vor bspw. wenn Aussagen über Bereiche getroffen werden, deren Zusammenhang zur Rolle Deutschlands in der Welt möglicherweise zunächst nicht auf der Hand liegt ist.

Eines gleich vorweg: **Dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir jemals hatten.** Das auszusprechen, ist keine Schönfärberei. Als ich geboren wurde, herrschten die Nationalsozialisten, die die Welt mit Leid und Krieg überzogen haben. Als der Zweite Weltkrieg endete, war ich fünf Jahre alt. Unser Land war zerstört, materiell und moralisch. Schauen wir uns an, wo **Deutschland heute steht: Es ist eine stabile Demokratie, frei und friedliebend, wohlhabend und offen. Es tritt ein für Menschenrechte. Es ist ein verlässlicher Partner in Europa und in der Welt, gleich berechtigt und gleich verpflichtet.** Das alles erfüllt mich mit tiefer Dankbarkeit und Freude.

Aber gerade weil dies gute Zeiten für Deutschland sind, müssen wir überlegen, was wir heute zu verändern haben, damit morgen bleibt, was uns wesentlich ist. Manche in Deutschland fragen, was es denn da eigentlich zu ändern gebe. Unser Land sei von Freunden umgeben, und weit und breit schicke sich kein Staat an, sich mit uns zu verfeinden. Sie glauben, dass die deutsche Außenpolitik ihre bekömmliche Rezeptur längst gefunden habe. Da gebe es wenig zu justieren, schon gar nichts zu ändern. Warum reparieren, was nicht kaputt ist?

Offensichtlich besteht aus der Sicht Gaucks die Möglichkeit, dass das, was „uns wesentlich ist“ (die Errungenschaften) in Gefahr ist. Es muss etwas getan werden, damit bleibt, was ist.

Die Frage nach dem Erhalt der eigenen Werte, der eigenen Verfasstheit und des eigenen Wohlstands (des eigenen Wesens: „was uns wesentlich ist“) wird dem Ruf nach einer aktiveren Rolle Deutschlands in der Welt als Ausgangsüberlegung vorangestellt. Die Begründung des Aufrufs zu mehr Verantwortungsübernahme besteht damit offenkundig in der Notwendigkeit des Schutzes **nationalstaatlicher und Bündnis-Interessen.** Der Anspruch damit internationale Verantwortung zu übernehmen erscheint vor diesem Hintergrund ausgesprochen fragwürdig.

Ohne Zweifel stimmt an diesem Argument, dass die deutsche Außenpolitik solide verwurzelt ist. **Ihre wichtigste Errungenschaft ist, dass Deutschland mit Hilfe seiner Partner auf eine Vergangenheit aus Krieg und Dominanz eine Gegenwart von Frieden und Kooperation gebaut hat.** Dazu zählen die Aussöhnung mit unseren Nachbarn, das Staatsziel der europäischen Einigung sowie das Bündnis mit den Vereinigten Staaten als Grundpfeiler der **Nordatlantischen Verteidigungsallianz.** Deutschland tritt ein für einen **Sicherheitsbegriff, der wertebasiert ist und die Achtung der Menschenrechte umfasst.** Im außenpolitischen Vokabular reimt sich Freihandel auf Frieden und Warenaustausch auf Wohlstand.

Deutschland ist überdurchschnittlich globalisiert und es profitiert deshalb überdurchschnittlich von einer offenen Weltordnung – **einer Weltordnung, die Deutschland erlaubt, Interessen mit grundlegenden Werten zu verbinden.** Aus all dem leitet sich Deutschlands wichtigstes außenpolitisches Interesse im 21. Jahrhundert ab: **dieses Ordnungsgefüge, dieses System zu erhalten und zukunftsfähig zu machen.**

Deutschlands so definiertes Kerninteresse zu verfolgen, während sich die Welt rundherum tiefgreifend verändert, das ist die große Herausforderung unserer Zeit.

Gauck bekräftigt wiederholt, dass die proklamierte Verantwortung und Rolle Deutschlands in der Welt letztendlich darin besteht, **das alte globale Ordnungsgefüge zu erhalten, um damit eigene, nationale Interessen zu schützen.**

Der letzte Satz der obigen Sequenz muss so aufgefasst werden, dass Gauck die angesprochenen **globalen Veränderungen** als einen Antagonismus gegenüber dem so definierten deutschen Kerninteresse versteht, sonst wäre die Verfolgung der deutschen Kerninteressen nicht „die große Herausforderung unserer Zeit“. **Es lässt sich daraus die Hypothese ableiten, dass Gauck die globalen Veränderungen als den potentiellen Verlust an der Möglichkeit der Gestaltung der globalen Ordnung im Sinne Deutschlands versteht.**

Wenn es in den vergangenen Jahren eine Konstante gab, so ist es die Beobachtung, dass die **Geschwindigkeit des Wandels permanent unterschätzt wurde.** Regelmäßig wundern sich Zukunftsforscher, dass Veränderungen in der Welt deutlich schneller Wirklichkeit werden als von ihnen prognostiziert. **Dies hat auch Konsequenzen für unsere Sicherheit: Unvermutet** schnell geraten wir hinein in eine Welt, in der sich Einzelne so viel Vernichtungskraft kaufen können wie früher nur Staaten. **Eine Welt, in der ökonomische und politische Macht wandert oder ganze Regionen aufrüstet.** Im Nahen Osten drohen sich einzelne Feuer zu einem Flächenbrand zu verbinden. Just in dem Moment überdenkt die einzige Supermacht Ausmaß und Form ihres globalen Engagements. Ihr Partner Europa ist mit sich selbst beschäftigt. **Im Zuge dieser Entwicklung zu glauben, man könne in Deutschland einfach so weitermachen wie bisher – das überzeugt mich nicht.**

Veränderungen/Wandel wird vor allem im Zusammenhang mit globalen Machtverschiebungen als Sicherheitsbedrohung wahrgenommen, die die acht weg von der westlichen Dominanz der Weltordnung: Das Aufrüsten neuer Regionen, die Verschiebung ökonomischer und politischer Macht werden als Beispiele **desselben Trends** genannt, wie die Möglichkeit eines weltpolitischen Rückzug der USA („einzige Supermacht“) und der Introversion des europäischen Partners. Der fehlende globale Gestaltungsanspruch der USA und Europas wird in eine Reihe mit der wachsenden Vernichtungskraft „Einzelner“ und dem Machtzuwachs anderer Regionen gestellt. Die Bedrohung besteht also in genau der Veränderung, die dem Westen (den USA und Europa) einen Machtverlust beschert.

Wie der **Wandel allmählich an bundesdeutschen Gewissheiten** nagt, ist seit einiger Zeit nicht mehr zu übersehen. An der europäischen Idee halten wir fest. Aber Europas Krise verunsichert uns. Auch an der Nato halten wir fest. Aber über die Ausrichtung der Allianz debattieren wir seit Jahren, und ihrer finanziellen Auszehrung werfen wir uns nicht entgegen. Das Bündnis mit den Vereinigten Staaten stellen wir nicht in Frage. Aber Stresssymptome und Zukunftsungewissheit beobachten wir durchaus. Die regelbasierte Welt der Vereinten Nationen halten wir in hohen Ehren. Aber die Krise des Multilateralismus können wir nicht ignorieren. **Die neuen Weltmächte, wir sähen sie gerne als Teilhaber einer Weltordnung. Aber einige suchen ihren Platz nicht in der Mitte des Systems, sondern eher am Rande.** Wir fühlen uns von Freunden umgeben, wissen aber kaum, wie wir umgehen sollen mit diffusen Sicherheitsrisiken wie der Privatisierung von Macht durch Terroristen oder Cyberkriminelle. Wir beschweren uns, zu Recht, wenn Verbündete bei der elektronischen Gefahrenabwehr

über das Ziel hinausschießen. Und doch ziehen wir es vor, auf sie angewiesen zu bleiben, und zögern, eigene Fähigkeiten zur Gefahrenabwehr zu verbessern.

Aus all dem folgt: Die Beschwörung des Altbekannten wird künftig nicht ausreichen! Die Kernfrage lautet doch: **Hat Deutschland die neuen Gefahren und die Veränderung im Gefüge der internationalen Ordnung schon angemessen wahrgenommen?** Reagiert es seinem Gewicht entsprechend? Ergreift die Bundesrepublik genügend Initiative, um jenes **Geflecht aus Normen, Freunden und Allianzen zukunftsfähig zu machen, das uns doch Frieden in Freiheit und Wohlstand in Demokratie gebracht hat?**

Im Zuge der Formulierung der „Kernfrage“ wird die beschriebene Bedrohungslage nochmals dezidiert mit „der Veränderung im Gefüge der internationalen Ordnung“ verknüpft, die mit der rhetorischen Frage ergänzt wird, ob Deutschland das westliche Bündnis (das angesprochene Geflecht) ausreichend unterstützt, was die Vorstellung impliziert, dass die geeignete Reaktion auf die beschriebene Gefahr darin besteht, durch eine Stärkung des westlichen Bündnisses den angesprochenen Gefahren und Veränderungen etwas entgegenzusetzen.

Manche im Inland und Ausland haben eine schnelle und etwas grobschlächtige Antwort parat: Sie sehen Deutschland schlicht als Drückeberger in der Weltgemeinschaft. Bei schwierigen Fragen duckt sich Deutschland allzu oft weg. Dieser Kritik sind zunächst Fakten und dann ein wenig historische Perspektive entgegenzustellen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte zunächst niemand, nicht im Ausland und nicht im Inland, Interesse an einer starken internationalen Rolle Deutschlands. Es gab zudem zwei deutsche Staaten, beide in unterschiedlichem Maße teilsouverän. Seit der Wiedervereinigung hat sich Deutschland auf den Weg gemacht. Schritt um Schritt wird die Bundesrepublik von einem Nutznießer zu einem Garanten internationaler Ordnung und Sicherheit: Ich nenne erstens die Entwicklungszusammenarbeit. Deutschland investiert hier auch deshalb große Summen, weil es helfen möchte, stabile und eben sichere Gesellschaften aufzubauen. Deutschland tut zweitens viel dafür, die Welt in eine ressourcenschonende Zukunft zu bringen. Und drittens fördert kaum ein Land die internationalen Institutionen engagierter. Viertens hat sich Deutschland auch an Militäreinsätzen so manches Mal beteiligt. Was die Bundesrepublik fünftens für das Zusammenwachsen Europas und die Überwindung der jüngsten Krise getan hat, das kann sich durchaus sehen lassen.

Soweit die Fakten. Und doch sind nicht alle Kritiker der deutschen Politik einfach nur ungerecht. Einige differenzieren und nuancieren, und in solcher Kritik steckt wohl oft ein wahrer Kern. Auf dem Weg zu einem **Garanten internationaler Ordnung und Sicherheit** bewegt sich Deutschland nun schon im 24. Jahr. Es ist eine mühsame Wanderung auf gewundenem Pfad. **Wer aber die kleinsten Schritte für die besten hält, wird kaum mithalten können mit dem rasanten Wandel der Bedrohungen, und wird auch den Umwälzungen im strategischen Umfeld nicht gerecht werden können.**

Lassen sie mich ein paar Beispiele in Fragen kleiden: Tun wir, was wir tun könnten, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren, im Osten wie in Afrika? Tun wir, was wir tun müssten, um den Gefahren des Terrorismus zu begegnen? Und wenn wir überzeugende Gründe dafür gefunden haben, uns **zusammen mit unseren Verbündeten auch militärisch zu engagieren**, sind wir dann bereit, die Risiken fair mit ihnen zu teilen? Tun wir, was wir sollten, um neue oder **wiedererstarke Großmächte für die gerechte Fortentwicklung der internationalen Ordnung zu gewinnen**? Ja, interessieren wir uns überhaupt für manche Weltgegenden so, wie es die Bedeutung dieser Länder verlangt? Welche Rolle wollen wir in den Krisen ferner Weltregionen spielen? Engagieren wir uns schon ausreichend dort, wo die Bundesrepublik eigene und eigene Kompetenz entwickelt hat – nämlich bei der **Prävention von Konflikten**? Ich meine: Die Bundesrepublik sollte sich **als guter Partner** früher, entschiedener und substantieller einbringen.

Deutschland zeigt zwar seit langem, dass es **international verantwortlich** handelt. Aber es könnte – gestützt auf seine Erfahrungen bei der Sicherung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit – entschlossener weitergehen, um den **Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, Nato und den Vereinten Nationen aufrechtzuerhalten und zu formen**. Die Bundesrepublik muss dabei auch bereit sein, mehr zu tun für **jene Sicherheit, die ihr von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde**.

Wiederholt macht Gauck eine **Bedrohungslage, die mit dem Wandel der internationalen Ordnung in Zusammenhang** steht, zum **Ausgangspunkt seiner Argumentation** und nimmt diese zum Anlass für seine Forderung nach einer aktiveren Rolle Deutschlands in der Welt. Er tut damit kund, dass er sich darüber bewusst ist, dass es nicht die *eine* internationale Ordnung gibt. Im dritten Absatz konkretisiert Gauck folgerichtig seine spezifische Vorstellung der angestrebten internationalen Ordnung, die Deutschland mitformen soll als einen „Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, Nato und den Vereinten Nationen“. Das Verb „aufrechtzuerhalten“ unterstreicht den Eindruck, dass es dabei genau um **die bisherige, vom Westen dominierte internationale Ordnung geht, die Gauck als Handlungsziel des von ihm geforderten aktiveren Engagements Deutschlands in der Welt aufstellt**. In anderen Worten: **Deutschlands Rolle in der Welt besteht in der Aufrechterhaltung der alten internationalen Ordnung**. Diese Lesart bekräftigt Gauck, indem er im darauffolgenden Satz (also im letzten Satz des dritten Absatzes dieser Sequenz) die *eine* Sicherheit spezifiziert, die es seiner Meinung nach durch den „rasanten Wandel der Bedrohungen“ und die damit zusammenhängenden „Umwälzungen im strategischen Umfeld“ zu schützen gilt: „jene Sicherheit“, die Deutschland von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde, womit nur die USA und andere westliche Nato-Verbündete Westdeutschlands im Kalten Krieg gemeint sein können. **Wiederholt** rekurriert Gauck dabei auf die **Bedrohungs- und Bündnislage im Kalten Krieg als Referenzrahmen für die Beschreibung Deutschlands Rolle in der Welt!** Diese Rolle wird als **Stärkung des traditionellen westlichen Bündnisses** gesehen. Um an dieser Sichtweise keinen Zweifel zu lassen, betont Gauck auch ein drittes Mal, dass sich Deutschland „**als guter Partner**“ mehr engagieren solle (letzter Satz des zweiten Absatzes).

Trotz der vorgenommenen Differenzierung und Spezifizierung der angestrebten internationalen Ordnung (als eine westlich dominierte und definierte Ordnung) erhebt Gauck für diese Ordnung einen **globalen Gerechtigkeitsanspruch**, von dem die „wiedererstarckenden Großmächte“ überzeugt werden müssten. Die Perspektivität und der damit verbundene spezifische Macht- und Gestaltungsanspruch **einer** bestimmten Weltregion (bzw. Akteurkreises) wird also nicht als solche reflektiert, **sondern in eine globale**

Ordnungsvorstellung übersetzt und mit dem Anspruch der „internationalen Verantwortung“ versehen.

Nun vermuten manche in meinem Land im Begriff der "internationalen Verantwortung" ein **Codewort**. Es verschleierte, worum es in Wahrheit gehe. Deutschland solle mehr zahlen, so meinen die einen, Deutschland solle mehr schießen, so sagen die anderen. Und die einen wie die anderen sind davon überzeugt, dass "mehr Verantwortung" vor allem mehr Ärger bedeute. Es wird Sie nicht überraschen: Ich sehe das anders.

Hier bedient sich Gauck einer klassischen rhetorischen Strategie, um Kritik zu entkräften: Er konstruiert und pauschalisiert mögliche Kritik auf eine Art und Weise, sodass ihr sehr einfach zu widersprechen ist. Die **mögliche Kritik wird personalisiert (womit ihnen das logische Argument genommen wird) und auf eine sehr vereinfachte Argumentation reduziert**, die entweder ausschließlich Geld und damit das eigene Wohl im Blick habe oder sich grundsätzlich gegen militärische Gewaltanwendung ausspreche. Schon die Plattheit dieser vermeintlichen Vorwürfe („mehr zahlen“, „mehr schießen“) wirkt dümmlich und naiv. Beiden Typen von „KritikerInnen“ lässt sich daraufhin leicht Engstirnigkeit, Misstrauen, Selbstbezogenheit, Grobschlächtigkeit und fehlende Moral vorwerfen. (Die ZuhörerInnen werden jedoch von diesem Vorwurf entlastet, weil Gauck zu verstehen gibt, dass er davon ausgeht, dass sie seine Ansicht im Hinblick auf die Haltlosigkeit der Kritik teilen. Das ist eine rhetorische Verbrüderungsstrategie, wobei nicht das Argument im Mittelpunkt steht, sondern die Übereinstimmung an sich.)

Gleichzeitig werden, wie im nächsten Absatz noch deutlicher wird, die möglichen Handlungsoptionen deutscher Außenpolitik in der Form eines Entweder-oder dargestellt (in Tätig Sein oder Untätig Sein), wobei die Option des Tätig Seins bereits spezifiziert ist, vor allem im Hinblick auf die Szenarien, auf die (tätig) zu reagieren sei (Umgang mit „den Verwerfungen unserer Zeit“, Herausforderungen, Reaktion auf Bedrohungen, Gefahrenabwehr). Diese Darstellung übergeht die Vielfalt der möglichen Ausgestaltungen eines „Mehr“ an „deutschem Engagement“ („There is no Alternative“-Strategie), weil sie bereits ein Szenario definiert, das an keiner Stelle zur Disposition gestellt wird. **Von dem Interesse an einer echten, öffentlichen Debatte um die Art und Weise des geforderten deutschen Engagements zeugen diese Rhetorik und ein solcher Umgang mit Kritik nicht.**

Politiker müssen **immer verantworten**, was sie tun. Sie müssen aber auch die Folgen dessen tragen, was sie unterlassen. Auch wer nicht handelt, übernimmt doch Verantwortung. **Es ist trügerisch sich vorzustellen, Deutschland sei geschützt vor den Verwerfungen unserer Zeit – wie eine Insel. Denn Deutschland ist so tief verwoben mit der Welt wie wenige andere Staaten.** Somit profitiert Deutschland von der **offenen Ordnung** der Welt. Und es ist **anfällig für Störungen im System**. **Eben deshalb** können die Folgen des Unterlassens ebenso gravierend wie die Folgen des Eingreifens sein – manchmal sogar gravierender.

Die zuvor selbst konstruierte und leicht zu entkräftende Kritik wird mit dem Begriff der Verantwortung widersprochen. Dabei zeigt sich deutlich, wie sehr sich der **Verantwortungsbegriff als rhetorische Ressource** (nicht als logisches Argument) einsetzen lässt. Diese Ressource profitiert vor allem von ihrem **moralischen Gehalt**: gegen die Übernahme von Verantwortung lässt sich nichts einwenden, weil der Begriff per Definition beansprucht, im Sinne dessen/derjenigen praktiziert zu werden, wofür/für die Verantwortung übernommen wird und gleichzeitig Selbstlosigkeit im Rahmen dieser

Verantwortungsübernahme reklamiert. (Das Interesse, das es zu schützen gilt, ist bei der Verantwortungsübernahme nicht dasjenige des Verantwortungsübernehmenden („Agent“), sondern dasjenige eines zu Vertretenden (Principals) s.u.). Gerade dadurch, dass die Kritik als amoralisch (entweder weil egoistisch oder naiv) gekennzeichnet wird, funktioniert diese Argumentationsstrategie. Daraus leite ich die **These ab: Das Hauptargument „Verantwortung“ für eine „engagiertere“ deutsche Außenpolitik wird als ein moralisches Argument geführt.**

Die **Principal/Agent-Trennung im Verantwortungsbegriff** entlässt darüber hinaus paradoxerweise praktisch denjenigen, der als Agent für den Principal Verantwortung übernimmt aus der Verantwortung, schließlich handelt der Agent ausschließlich im (moralischen) Interesse des Prinzipals, nicht in seinem eigenen. Letztendlich müsste diese **Principal-Agent-Trennung aber gerade im Sinne des Modells problematisiert werden** (hier ist der Agent mit mannigfaltigen Eigeninteressen behaftet). Wer beansprucht denn im Interesse von wem zu handeln? Wie eindeutig und unumstritten sind denn die Interessen, für die es hier Verantwortung zu übernehmen gelte?

Die Argumentation und die Bewertung der Globalisierung erfolgt ausschließlich in Bezug auf Deutschland. Sowohl die angesprochene Vorteile einer globalisierten Welt als auch die Gefahren gelten in Bezug auf Deutschland. Dabei wird eine globalisierte Welt vor allem und sehr deutlich als gefährlich für Deutschland beschrieben. Diese Bedrohungen würden leicht unterschätzt, sie seien „trügerisch“, was die Brisanz der Situation nur noch erhöht. Im obigen Abschnitt wird deutlich, dass das Szenario Globalisierung, auf das verantwortlich reagiert werden müsse, ein **bedrohliches** ist. (Als ein für die deutsche Lage völlig absurdes Kontrastbild wird eine Insel angeführt, die einzig Schutz vor den „Verwerfungen unserer Zeit“ bieten könne, womit die Unausweichlichkeit einer deutschen Reaktion unterstrichen wird). Um den Profit, den Deutschland aus der offenen Ordnung der Welt zieht, zu erhalten, müsse also auf die damit einhergehenden Bedrohungen reagiert werden. **These:** An dieser Stelle wird so deutlich, wie an kaum einer anderen Stelle, dass es in erster Linie um deutsche Interessen geht, für die Verantwortung übernommen werden müsse.

So möchte ich erinnern an das, was ich an **unserem Nationalfeiertag** am 3. Oktober gesagt habe: **Wir können nicht hoffen, verschont zu bleiben von den Konflikten der Welt.** Aber wenn wir uns an deren Lösung beteiligen, können wir die Zukunft **zumindest mitgestalten.** Deshalb **lohnt** es sich für die Bundesrepublik, in die europäische Zusammenarbeit und in die internationale Ordnung angemessen zu **investieren.**

Die Welt wird als konflikträchtig dargestellt und eine Vernetzung mit ihr erzeuge unweigerlich Gefahr, wobei sich die Vernetzung nicht auflösen lasse: Wiederholt (vgl. Inselvergleich) wird hier auf ein **deutsches Schutzbedürfnis und auf den vermeintlichen Wunsch der Deutschen nach Isolation rekurriert** („wir können nicht hoffen“), um in dessen Widerlegung die Notwendigkeit zu einer Reaktion auf eine Bedrohung zu unterstreichen.

An der Aussage, dass die Zukunft „zumindest mitgestaltet“ werden könnte, wenn man sich an der Konfliktlösung in der Welt beteiligt, wird deutlich, dass die **Angst vor Gestaltungsverlust ein starkes, wenn nicht das primäre Handlungsmotiv ist.** Die Lösung von „Konflikten in der Welt“ wird nicht als Ziel an sich deklariert, sondern vor allem als Mittel zum Zweck der Mitgestaltung.

Daneben wird das geforderte deutsche Engagement mit einer Investition verglichen, die sich noch lohnen werde. Es geht also nicht um Kooperation oder Solidarität, sondern um eine **Handlungsentscheidung, die mit klaren Nutzenerwartungen verbunden ist.**

Es ist schon richtig: Probleme zu lösen, kann Geld kosten, manchmal viel Geld. Aber nicht nur in der europäischen Krise haben wir bewiesen, dass wir bereit sind, weit zu gehen, Bündnisverpflichtungen einzuhalten und Unterstützung zu leisten, **weil dies letztlich auch in unserem eigenen Interesse liegt.**

Manchmal kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein. Eines haben wir gerade in Afghanistan gelernt: Der Einsatz der Bundeswehr war notwendig, konnte aber nur ein Element einer Gesamtstrategie sein. Deutschland wird nie rein militärische Lösungen unterstützen, es wird politisch besonnen vorgehen und alle diplomatischen Möglichkeiten ausschöpfen. Aber wenn schließlich der äußerste Fall diskutiert wird – der Einsatz der Bundeswehr –, dann gilt: Deutschland darf weder aus Prinzip "nein" noch reflexhaft "ja" sagen.

Ich muss wohl sehen, dass es bei uns – neben aufrichtigen Pazifisten – jene gibt, die Deutschlands historische Schuld benutzen, um dahinter **Weltabgewandtheit oder Bequemlichkeit** zu verstecken. In den Worten des deutschen Historikers Heinrich August Winkler ist das eine Haltung, die Deutschland ein fragwürdiges "Recht auf Wegsehen" bescheinigt, "das andere westliche Demokratien nicht für sich in Anspruch nehmen" können. So kann dann aus Zurückhaltung so etwas wie Selbstprivilegierung entstehen, und wenn das so ist, werde ich es immer kritisieren. **Denn für mich ist ganz klar: Wir brauchen das Nato-Bündnis.** Und gerade wenn die Vereinigten Staaten nicht ständig mehr leisten können, müssen Deutschland und seine europäischen Partner für ihre Sicherheit zunehmend selbst verantwortlich sein.

Zudem sollte es heute für Deutschland und seine Verbündeten selbstverständlich sein, Hilfe anderen nicht einfach zu versagen, wenn Menschenrechtsverletzungen in Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit münden. Die Achtung der Menschenrechte ist nicht nur der Kern des Selbstverständnisses westlicher Demokratien. Sie ist eine ganz grundsätzliche Bedingung für die Garantie von Sicherheit, ja, für eine friedliche und kooperative Weltordnung.

Das Prinzip der staatlichen Souveränität und der Grundsatz der Nichteinmischung dürfen gewalttätige Regime nicht unantastbar machen. Hier setzt das "Konzept der Schutzverantwortung" an: Es überträgt der internationalen Gemeinschaft den Schutz der Bevölkerung vor Massenverbrechen, wenn der eigene Staat diese Verantwortung nicht übernimmt. Als äußerstes Mittel ist dann der Einsatz von Militär möglich, und zwar nach sorgfältiger Prüfung und nach Folgenabwägung sowie Ermächtigung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Ich weiß, und ich leide wie viele Menschenrechtsverteidiger in der ganzen Welt daran, dass nicht überall dort eingegriffen wird, wo es ethisch, zum Schutz von Leib und Leben bedrohter Menschen, geboten wäre. Im Fall Syrien hat sich dieses Dilemma jüngst wieder gezeigt. Und ich weiß auch um das Spannungsverhältnis zwischen Legalität und Legitimität, das fortbestehen wird, solange der Sicherheitsrat in diesen Fragen so oft gespalten ist.

Es wird viele Gründe geben, warum das Konzept der Schutzverantwortung selten in eine Intervention münden wird. Oft sind die Folgen schwer zu kalkulieren, vielleicht auch gar nicht. Vielleicht ist nicht exakt genug zu klären, ob nach dem Militäreinsatz die Verhältnisse in einem Krisengebiet besser sein werden. Manchmal mögen auch innenpolitische Erwägungen dem Handeln entgegenstehen. In jedem Fall aber stellt die Entscheidung zwischen Eingriff und dem Verzicht darauf eine große moralische Herausforderung dar.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat das Konzept der Schutzverantwortung im Grundsatz anerkannt. Trotzdem bleibt es umstritten, und, wir wissen es alle, die internationale Diskussion darüber geht weiter. Das ist gut so, denn es gilt, den potentiellen Missbrauch des Schutzkonzepts zu expansionistischen oder gar **imperialen Zwecken auszuschließen. Ich begrüße deshalb, dass die Bundesregierung an der Fortentwicklung des Konzepts beteiligt ist** und dabei besonders auf Prävention, auf internationale Zusammenarbeit sowie auf die Entwicklung von Frühwarnsystemen gegen Massenverbrechen setzt.

Wird Deutschland also "mehr Ärger bekommen", wenn es sich einmischt? Es gibt ja durchaus manche, die meinen, deutsche Initiativkraft erzeuge notwendigerweise Friktionen mit Freunden und Nachbarn. Aber ich glaube: Hier liegt ein Missverständnis vor. "Mehr Verantwortung" bedeutet eben nicht: "mehr Kraftmeierei"! Und auch nicht: "mehr Alleingänge"! Ganz im Gegenteil: Durch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten, besonders in der Europäischen Union, gewinnt die Bundesrepublik Deutschland **Gestaltungskraft** hinzu. **Deutschland tut sogar noch mehr Zusammenarbeit gut.** In Zukunft kann daraus sogar eine gemeinsame **europäische Verteidigung** wachsen. In unserer vernetzten Welt gibt es **Probleme**, die kein Staat alleine lösen kann, und sei er noch so **mächtig**. Die Fähigkeit also und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit werden zum entscheidenden **Signum** internationaler Politik. In diesem Sinne ist Verantwortung stets Mitverantwortung.

Die Probleme, die es offenkundig für Deutschland in der Welt zu lösen gibt, lassen sich nur oder vor allem mit Macht lösen. Diese Macht kann in Bündnissen aggregiert und dadurch vergrößert werden. Eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik ist also vor allem ein Machtinstrument zur Lösung der Probleme in der Welt.

Als global vernetzte Volkswirtschaft kann Deutschland gar nicht anders, als Partner zu finden, Rücksicht zu nehmen und Kompromisse zu schließen. Vor Sonderpfaden – das weiß Deutschland seit langem – sollte es sich hüten. **Ein demokratisches Gemeinwesen muss zwar sehr wohl das Recht haben, einmal abseits zu stehen. Aber dieser Schritt sollte gut überlegt sein und nicht zur Regel werden. Alleingänge haben ihren Preis.**

Natürlich gilt: Wer handelt, erntet Kritik. Wir haben das während der europäischen Krise erlebt. Da hat Deutschland die Initiative ergriffen. Und schnell wurden hie und da alte Ressentiments wach, außerhalb wie innerhalb Deutschlands. Aber ich mag mir andererseits den Sturm der Entrüstung gar nicht vorstellen, wäre Deutschland im Augenblick der europäischen Not nicht aktiv geworden.

Ich bin zutiefst davon überzeugt: Deutschland, der Welt stärker zugewandt, wird ein noch besserer Freund und ein noch besserer Alliierte sein – und übrigens ganz besonders in Europa.

Um seinen Weg in schwierigen Zeiten zu finden, braucht Deutschland Ressourcen, vor allem geistige Ressourcen – Köpfe, Institutionen, Foren. Jedes Jahr eine Sicherheitskonferenz in München – das ist gut, aber nicht genug. Ich frage mich: Ist es nicht an der Zeit, dass die Universitäten mehr anbieten als nur eine Handvoll Lehrstühle für die Analyse deutscher Außenpolitik? Muss nicht auch die Sicherheitsforschung gestärkt werden, einschließlich der Abwehr von Cyberangriffen durch Kriminelle oder durch Nachrichtendienste?

Es ist auch kein gutes Zeichen, wenn jüngere Mitglieder des Bundestages das Gefühl haben, die Beschäftigung mit Außen- und Sicherheitspolitik sei für ihre Karriere nicht förderlich. Übrigens hat der Deutsche Bundestag seit 1994 ungefähr 240 Mal über **Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr** beraten, und zwar in einer Weise, die durchaus Respekt gebietet. Allerdings hat das Parlament im selben Zeitraum weniger als zehn Mal grundsätzlich über deutsche Außen- und Sicherheitspolitik debattiert. Dabei brauchen wir **solche Debatten** – im Bundestag wie übrigens überall: in Kirchen und Gewerkschaften, bei der Bundeswehr, in den Parteien, in den Verbänden.

Denn Außenpolitik soll doch nicht eine Sache von Experten oder Eliten sein – und Sicherheitspolitik schon gar nicht. Das Nachdenken über Existenzfragen gehört in die Mitte der Gesellschaft. Was alle angeht, das soll von allen beraten werden. Dazu drängt uns immer wieder die Weltlage – in diesen Tagen die Ereignisse in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik. Zum Anspruch, die Debatte zu öffnen, passt gut, wie Deutschlands neuer Außenminister die Politik seines Ministeriums auf den Prüfstand – und zur Diskussion – stellen möchte. **Frank-Walter Steinmeier will den Dialog mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft suchen.** Das wäre ein Schritt auf dem Weg zu einer neuen gesellschaftlichen Selbstverständigung. **Das Gespräch darüber, wo, wie und wann wir unsere Werte und unsere Sicherheit verteidigen wollen, führt uns zu mehr Klarheit über Maß und Ziel von Deutschlands internationalem Engagement.**

An dieser Stelle möchte ich den ausländischen Gästen der Münchner Sicherheitskonferenz dafür danken, dass ihre Staaten dem westlichen Deutschland schon Vertrauen entgegengebracht haben, als das vielen Zeitgenossen noch als Wagnis galt.

Ganz zum Schluss aber, da möchte ich eine Bitte an uns Deutsche richten: dass auch wir diesem **grundsätzlich gebesserten Land** zuallererst in der Erhaltung des Vertrauens begegnen. Es gab für die Nachkriegsgenerationen gute Gründe, misstrauisch zu sein – gegenüber der deutschen Staatlichkeit wie gegenüber der deutschen Gesellschaft. **Aber die Zeit dieses ganz grundsätzlichen Misstrauens, sie ist vorüber.** Lassen Sie mich zurückkommen auf den Anfang, auf meinen Ausgangspunkt: Seit mehr als sechs Jahrzehnten lebt die Bundesrepublik mit allen Nachbarn im Frieden. Seit sechs Jahrzehnten gelten Bürger- und Menschenrechte. Seit sechs Jahrzehnten existiert die **Herrschaft des Rechts**. Auch Wohlstand und Sicherheit prägen dieses Land. **Es ist eine lebendige Zivilgesellschaft, die Fehler erkennt und helfen kann, sie zu korrigieren.**

Gauck argumentiert, dass sich die deutsche Zivilgesellschaft nicht allzu selbstkritisch betrachten muss, weil sie ja bereits eine lebendige, selbstkritische Zivilgesellschaft ist. Dieses Argument ist entweder zu 100 % **inkonsistent** oder das Argument besteht in der Vorstellung,

dass **Deutschland aufgrund seiner „guten Wesenhaftigkeit“** („dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir jemals hatten“) **von der grundsätzlichen Notwendigkeit der Selbstreflexion und des Selbstzweifels entbunden ist**. Damit versucht Gauck zum Schluss seiner Rede den Appell an eine gestaltungsbewusstere Rolle Deutschlands gegen jegliche Kritik/Zweifel zu immunisieren.

Niemals in der Geschichte unserer Nation gab es eine solche Zeit, niemals. **Das ist auch der Grund, warum wir Zutrauen und Vertrauen zu uns selber haben dürfen**. Denn wir wissen doch: Nur wer sich selbst vertraut, gewinnt die Kraft, sich der Welt zuzuwenden. Wer sich selbst vertraut, ist **verlässlich für die Partner**.

Als Deutsche einst ihr Land "über alles" stellten, da entwickelte sich ein Nationalismus, der von forciertem Selbstbewusstsein über Selbstblendung bis zur Hybris alle Stadien eines **unaufgeklärten** Nationalbewusstseins durchlief. Unser heutiges "ja" zur eigenen Nation gründet in dem, was dieses Land glaubwürdig und vertrauenswürdig macht – einschließlich des **Bekenntnisses zur Zusammenarbeit mit unseren europäischen und nordatlantischen Freunden**. Nicht weil wir die deutsche Nation sind, dürfen wir vertrauen, sondern weil wir **diese deutsche Nation sind**.

Lassen Sie uns also nicht die Augen verschließen, vor Bedrohungen nicht fliehen, sondern standhalten, universelle Werte weder vergessen noch verlassen oder gar **verraten**, sondern **gemeinsam mit Freunden und Partnern zu ihnen stehen**, sie glaubwürdig **vorleben** und sie **verteidigen**.

Gauck beendet seine Rede mit dem wiederholten Verweis auf ein existierendes Bedrohungsszenario für Deutschland, das er bereits zu Beginn der Rede angeführt hat. Er betont damit abermals die **zentrale Bedeutung, die diese Bedrohung für die Argumentation** seiner Rede hat. Das letzte Wort der Rede ist „verteidigen“.

Die Eindringlichkeit, mit der Gauck sich dabei an die ZuhörerInnen wendet, vermittelt den Eindruck, als müssten diese von der **Ernsthaftigkeit der Bedrohung** überzeugt werden um auf diese Bedrohung angemessen zu reagieren. Die Fremdzuschreibung, die Gauck mit seinem eindringlichen Appell vornimmt, besteht in einer **tendenziell desinteressierten und mutlosen Öffentlichkeit** (weglaufen, sich verschließen, nicht standhalten), die gar drauf und dran ist, ihre eigenen Werte zu **verraten** – also die obendrein **illoyal und amoralisch** ist. (Würden diese Annahmen über die potentiellen Eigenschaften der adressierten Gruppe nicht bestehen, wäre dieser Satz so nicht sinnvoll.)

Vorwurf der moralischen Unzulänglichkeit gegenüber möglicher Kritik: Dem Anspruch universelle Werte zu vertreten kann kein anderer moralisch überlegener Anspruch entgegen gesetzt werden. Insofern schwingt in der Behauptung es gäbe Menschen, die diese Werte „vergessen“ oder diese „verlassen“ zwangsläufig auch der **Vorwurf der moralischen Unzulänglichkeit** mit. Die Tatsache, dass sich ein **Verrat** entweder durch mangelnde Loyalität oder niedere Beweggründe oder gar beides auszeichnet, verschärft diesen moralischen Vorwurf erheblich. **Der moralische Anteil in der Argumentation wird hier wiederholt vor allem als Überzeugungsstrategie und zur Abwehr möglicher Kritik eingesetzt. Die moralischen Argumentationsanteile sind hingegen kein Kernziel der Argumentation (dieses Kernziel bleibt auch hier explizit die Verteidigung des eigenen Lebensstandards und der eigenen Sicherheit gegenüber möglichen Bedrohungen).**

Feindbildkonstruktion: Ein Verrat kann dabei nur vorgenommen werden, wenn ein Sachverhalt, der die Interessen eines *bestimmten* Personenkreises betrifft, an Dritte *außerhalb* dieses Personenkreises gelangt, **die Willens und/oder in der Lage sind, diesen Interessen zuwiderzuhandeln**. Im Lichte dieses Begriffsverständnisses erscheint ein Verrat an universellen Werten entweder widersinnig (universelle Werte dürften ja gerade keinen bestimmten Personenkreis betreffen und daher gar nicht verraten werden können) oder aufschlussreich im Hinblick auf die Vorstellung von „universellen Werten“, die hier zugrunde gelegt wird.

So stellt diese Formulierung entweder in Frage, dass die gemeinten universellen Werte tatsächlich universell sind (es läge dann nahe, dass sie tatsächlich **nur von einem bestimmten Personenkreis vertreten werden**) oder sie legt es darauf an eine offensichtlich bemerkenswerte Anzahl von **Akteuren für böartig und feindlich gesonnen zu erklären, die Willens und in der Lage sind, genau diesen „universellen Werten“ zuwiderzuhandeln**. Wenn wir also davon ausgehen, dass der Sprechakt von der Universalität der Werte ausgeht, dann erzeugt die implizite Behauptung, dass es nennenswerte Akteure gibt, die *universellen* Werten zuwiderhandeln, ein Bedrohungsszenario auf Kosten der **Konstruktion eines schwerwiegenden Feindbildes**.

Gleichzeitig beansprucht Gauck in seinem letzten Satz allgemein, dass Deutschland „gemeinsam mit Freunden und Partnern“ universelle Werte vertreten kann sowie er diese universellen Werte speziell für die in seiner Rede skizzierte Rolle Deutschlands beansprucht. Das heißt, er geht davon aus, dass die Werte, die eine kleine Gruppe von Ländern vertritt, universelle Gültigkeit besitzen kann.

Dieses sich hier abzeichnende Missverhältnis wirft die zentrale Frage auf, warum Gauck die universellen Werte denn nicht in einem viel größeren Kreis, global vertreten wissen möchte, was angesichts des behaupteten Geltungsbereichs der Werte sehr viel näher läge. Die Antwort darauf kann nur lauten, dass Gauck davon ausgeht, dass andere Akteure, die nicht seine Freunde oder Partner sind, nicht an der Ausübung universell gültiger Werte interessiert sind, bzw. diesen geradezu widerstreben möchten. (Feindbildaufbau)